Donnerstag, 26. September 1985 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 224 - 39.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 120 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

Reagan: Axel Springer wird uns fehlen

Zum Tode des Berliner Verlegers Axel Springer sandte US-Präsident Ronald Reagan der Witwe Friede Springer folgendes Telegramm:

„Der Tod Axel Springers hat mich tief betrübt. Axel Springer war einer der großen Verleger unserer Zeit. Aber er war mehr als das. Axel Springer war ein deutscher Patriot und ein Demokrat. Er gehört zu jener seltenen Gattung der praktischen Idealisten, die nie den Glauben an die Zukunft ihres Landes verloren haben – auch nicht in dessen schwärzesten Stunden.

Axel Springers Mut war seinen Überzeugungen ebenbürtig. Von den harten Tagen der unmittelbaren Nachkriegszeit bis zu seiner hervorragenden Stellung in der heutigen deutschen Presse hat er sich durch nichts von seiner Hingabe an ein einfaches, aber allumfassendes Ideal abbringen lassen: daß Totalitarismus schlecht ist – egal, ob auf der Linken oder der Rechten. Daß die Demokratie der natürliche Feind der Tyrannen ist und daß die Presse das beste Mittel ist, um die Demokratie zu bewahren und dem Totalitarismus zu wehren. Axel Springer war ein starker und zugleich gütiger Mann. Die freie Presse in der Bundesrepublik Deutschland und in der Welt wird durch sein Ableben ärmer. Wir finden jedoch Trost und Ermutigung in dem Wissen, daß er unauslöschliche Spuren in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands hinterlassen hat. Er wird all jenen fehlen, die – genau wie er – sich für Toleranz gegenüber denen einsetzen, die selber tolerant sind, aber die Intoleranten bekämpfen." S. 4: Weitere Nachrufe

POLITIK

NRW-Haushalt: In einem vertraulichen Brief an seine Kabinettskollegen warnt Finanzminister Posser vor einer Fortsetzung der Verschuldungspolitik. Die hohen Zinslasten drohten den Haushalt in Kürze zu „erdrosseln". (S. 4)

Brüter: Durch Streichung der Bundesmittel für die Brüter-Technologie will die SPD die Inbetriebnahme des nahezu fertiggestellten Schnellen Brüters in Kalkar verhindern. (S. 11)

Spionage: Der Spionageabwehr droht nach Auffassung des Bundesinnenministeriums durch den von der SPD geforderten Untersuchungsausschuß eine nachhaltige Gefährdung. Minister Zimmermann unterrichtete gestern erneut die Parlamentarische Kontrollkommission über den Fall Tiedge. (S. 10)

Terror: Zwei Palästinenser kaperten in Larnaka (Zypern) eine israelische Jacht, um in Israel inhaftierte Guerrillas freizupressen. Die beiden Täter gaben später auf, nachdem sie alle drei israelischen Besatzungsmitglieder ermordet hatten. (S. 2)

Anschlag: Bei einem Bombenanschlag auf das Büro der „British Airways" in Rom wurden mindestens 15 Personen zum Teil schwer verletzt. Die Polizei geht davon aus, daß Terroristen aus dem Nahen Osten hinter dem Anschlag stehen. (S. 22)

Indien: Ministerpräsident Gandhi hat sein Kabinett umgebildet und 16 neue Minister ernannt. Gandhi gab das von ihm geführte Außenministerium ab und übernahm dafür das Verteidigungsministerium. (S. 5)

WIRTSCHAFT

Alterssicherung: Zur Sanierung der Rentenversicherung schlägt das „Biedenkopf-Institut" die Einführung einer einheitlichen Grundrente von 40 Prozent des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts aller abhängig Beschäftigten für jeden Bürger ab 63 Jahre vor. Weitergehende Ansprüche sollten durch private Vorsorge gedeckt werden. (S. 12)

Buchhandel: Eine Umsatzsteigerung um zwei Prozent auf 8,8 Milliarden DM verzeichnete die deutsche Buchbranche 1984. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres schnitt sie mit einem Umsatzplus von sechs Prozent überdurchschnittlich gut ab. (S. 11)

Börse: Massive Kaufaufträge aus dem Ausland führten zu hausseartigen Kurssteigerungen an den Aktienmärkten. Der Rentenmarkt war behauptet. WELT-Aktienindex 220,43 (215,12). BHF-Rentenindex 105,405 (105,346). Performance Index 108,048 (107,957). Dollarmittelkurs 2,7160 (2,7130) Mark. Goldpreis pro Feinunze 328,50 (327,90) Dollar.

KULTUR

Gastpiel: Interpretationen von Benjamin Britten und seine monumentale Bewältigung von Mussorgskys „Bilder einer Ausstellung" haben ihn weltberühmt gemacht. Beim Gitarren-Kongreß in Mettmann gibt Kazuhito Yamashita, das Gitarrengenie aus Nagasaki, morgen sein erstes Gastspiel in Deutschland. (S. 21)

Ehrung: Mit „Ödipus Rex", der größten der griechischen Tragödien, wurde 1585 das Teatro Olimpico in Vicenza eröffnet. Mit „Ödipus Rex" feierte nun die Academia Olimpica, die den ersten nachantiken Theaterbau in Italien vor mehr als 300 Jahren in Auftrag gegeben hatte, seinen Architekten Andrea Palladio. (S. 21)

SPORT

Leichtathletik: Wegen der geplanten Tournee eines australischen Kricket-Teams durch Südafrika will die Afrikanische Amateur-Leichtathletik-Vereinigung die Commonwealth-Spiele 1986 in Edinburgh boykottieren.

Rad: Der 22jährige Rolf Gölz aus Bad Schussenried erhielt nach seiner ersten Profi-Saison einen Zwei-Jahres-Vertrag beim italienischen Team Del Tongo. Vertragsbedingung: Er soll internationale Rennen gewinnen. (S. 18)

AUS ALLER WELT

Krebshilfe: Durch anhaltend starke Unterstützung der Bevölkerung kann die Deutsche Krebshilfe ihre Programme zur Früherkennung, Therapie und Nachsorge stetig ausweiten. 1984 flossen ihr 30,2 Millionen Mark an Spenden zu.

Herstatt: Die größte Bankpleite der Nachkriegszeit wird im Oktober die Richter am Bundesverfassungsgericht in einem Revisionsverfahren beschäftigen. (S. 22)

Wetter: Meist heiter und trocken. 15 bis 22 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Wettbewerb am Katheder – Gastkommentar von Professor H. Schiedermair S. 2

Bonn: Warum die SPD Zimmermann halten möchte – Von Wilfried Hertz-Eichenrode S. 3

Kambodscha: Vietnam stößt jetzt auf einen stärkeren Gegner – Von Thomas West S. 5

Forum: Personalien und Leserbriefe an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 6

Umwelt–Forschung–Technik: Wird Schnittbrot bald tiefgekühlt? – Von A. Nöldechen S. 7

Das Politische Buch: Studien zu Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik S. 8

Fernsehen: SFB-Intendant Lothar Loewe im Kreuzfeuer der Kritik – Klima unterkühlt S. 20

Erdbeben Mexico City: Deutsche Helfer: „Keiner von uns wird diesen Einsatz vergessen" S. 22

Bahr: Auch Rau unterstützt Plan für A-Waffen-freie Zone

Gespräche mit der SED sollen eines Tages in Regierungsverhandlungen münden

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Egon Bahr hat gestern klargemacht, daß die in Bonn umstrittenen Gespräche einer Kommission von Sozialdemokraten mit der kommunistischen SED über eine von Chemiewaffen freie Zone „in unmittelbare Regierungsverhandlungen" einmünden würden, sollte seine Partei künftig wieder die Bundesregierung stellen. Bahr setzte hinzu: „Ob wir mit Atomwaffen so weit kommen, kann man überhaupt nicht übersehen."

Die jüngsten Beschlüsse der führenden SPD-Gremien, mit der SED weitere Gemeinsamkeiten in Abrüstungsfragen zu suchen, haben der größten Oppositionspartei den Vorwurf eingetragen, Elemente der Politik des Ostens zu übernehmen. Eine SPD-Kommission soll schon im November mit Vertretern der „DDR"-Einheitspartei zu Sondierungen über Möglichkeiten der Schaffung einer von Nuklearwaffen freien Zone in Mitteleuropa zusammenzutreffen.

Mitte dieses Jahres hatten sich Kommissionen beider Seiten auf einen gemeinsamen Vorschlag für eine chemiewaffenfreie Zone verständigt. Die Koalitionsparteien werteten dies als „Nebenaußenpolitik" der SPD. CDU/CSU- und FDP-Politiker sahen ihre in diesem Zusammenhang geäußerten Befürchtungen bestätigt, als der „DDR"-Staatsratsvorsitzende und SED-Chef Erich Honecker wenige Tage vor dem Besuch Willy Brandts in Ost-Berlin in allen mitteldeutschen Zeitungen einen Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl veröffentlichen ließ, in dem ganz konkret und unter Hinweis auf die SPD/SED-Kontakte Verhandlungen über eine C-Waffen-freie Zone angeboten wurden.

Bahr legte im Deutschlandfunk die Zielsetzungen der SPD für die neuen Gespräche mit der SED folgendermaßen dar: Als Grundlage sollen die Vorschläge der sogenannten Palme-Kommission dienen, die im Juni 1982 unter anderem die Einrichtung eines insgesamt 300 Kilometer breiten Streifens frei von Atomwaffen beiderseits der innerdeutschen Grenze angeregt hatte. Bahr gehörte der Kommission unter Vorsitz des schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme an. Über das mögliche Ergebnis der neuerlichen Kontakte mit der SED wollte Bahr sich jetzt nicht äußern, da das Thema „sehr viel komplizierter" sei als das über die chemischen Waffen. Jedenfalls ist die Opposition nach seinen Worten „dazu da, Alternativen zu entwickeln".

Egon Bahr, der zu den maßgeblichen Inspiratoren dieser Politik gehört, meinte gestern, auch der wahrscheinliche Kanzlerkandidat der Sozialdemokraten, Johannes Rau, unterstütze die Vorstellungen von einer kernwaffenfreien Zone. In Presseberichten hatte es geheißen, Rau verfolge mit großer Skepsis und Distanz die sicherheitspolitische Diskussion in seiner Partei, wie sie sich nicht zuletzt in dem umstrittenen Bülow-Papier niederschlug. Der „Hoffnungsträger" der Sozialdemokraten, so die Spekulationen weiter, wolle alles vermeiden, was als direkte Abkehr von der Politik Helmut Schmidts verstanden werden könne.

Egon Bahr reklamierte aber gestern ausdrücklich auch den früheren SPD-Kanzler für den jetzt eingeschlagenen Kurs. Selbst Helmut Schmidt habe seine Meinung bereits 1982 unter dem Einfluß des früheren amerikanischen Außenministers Cyrus Vance geändert und die Ansichten der von den Vereinten Nationen eingesetzten Palme-Kommission gutgeheißen. Vance gehörte neben Bahr, Palme, dem früheren britischen Außenminister David Owen und dem sowjetischen Amerikaspezialisten Georgij Arbatow dieser Kommission an. Bahr war derjenige, der während ihrer Arbeiten nach damaligen Berichten immer wieder auf die Idee der

● Fortsetzung Seite 10

DER KOMMENTAR

Unsichere Zone

HERBERT KREMP

Man kann den Sozialdemokraten nicht vorwerfen, sie trieben eine einfallslose Politik. Nachdem sie mit der kommunistischen SED den „Rahmen für ein Abkommen über die Bildung einer von chemischen Waffen freien Zone in Europa" vereinbart haben, streben sie einen derartigen Entwurf auch über taktische Atomwaffen an. Europa soll auf weite Sicht von Atomwaffen jeder Art geräumt werden. Ganz Europa? Nein, so weit gehen Brandt und Bahr nicht; denn dieser Begriff umfaßt neben den Atombesitzern Frankreich und Großbritannien auch – bis zum Ural – die Sowjetunion. Ihre atomare Souveränität darf natürlich nicht angetastet werden – genausowenig wie ihre chemische.

Bahr sagte im Rundfunk, die Atom-Gespräche mit der SED begännen im November, sie hätten die Vorschläge der Palme-Kommission vom April 1982 zum Gegenstand. Die ost-westlich gemischte Kommission hatte damals empfohlen, beiderseits der Grenzen zwischen NATO und Warschauer Pakt eine je 150 Kilometer tiefe von nuklearen Gefechtsfeldwaffen freie Zone zu schaffen. Keine Mehrheit hatte der weitergehende Vorschlag Bahrs gefunden, alle Atomwaffen aus jenen Staaten abzuziehen, die nicht selber darüber verfügen können. Damit waren in erster Linie die Bundesrepublik und die „DDR" gemeint. Auf dieses Modell greifen die Sozialdemokraten jetzt zurück, wobei sie den Plan zunächst auf „Gefechtsfeldwaffen", also Kurzstrecken-Projektile, begrenzen.

Der Vorschlag ist nicht plausibel. Gefechtsfeldwaffen sind ebenso wie chemische Waffen leichte militärische Güter, die schnell transportiert werden können. Eine Zone dieser Art ist daher „frei", aber nicht gesichert. Man kann in sie hineinschießen, wie man in die ehemalige atomwaffenfreie Zone Hiroshima hineinbomben konnte. Ohne Risiko, etwas um die eigenen Ohren zu kriegen. Das weiß Egon Bahr, der seine Sicherheitsschule besucht hat, ganz genau. Aber er vertritt diesen Nonsens, weil es ihm einzig darauf ankommt, die amerikanischen Waffen in Europa zum Abzug zu bewegen.

Darüber kann sich seine SPD mit der SED Honeckers leicht verständigen. Am Ende der Außenpolitik von Partei zu Partei wird wieder ein Vertragsentwurf stehen, über dessen Inhalt Honecker der Bundesregierung Verhandlungen anbietet. Man hat den Eindruck, daß die Große Koalition zwischen SPD und SED besser funktioniert als die kleine Regierungskoalition in Bonn.

Scharfe UNO-Rede Schewardnadses

Weitreichende Vorschläge Moskaus für die Genfer Abrüstungsrunde angekündigt

FRITZ WIRTH, New York

Der sowjetische Außenminister Schewardnadse hat mit seiner gestrigen Rede vor den Vereinten Nationen Spekulationen über eine bevorstehende neue und signifikante sowjetische Initiative zur Nuklearabrüstung ausgelöst. Er erklärte, daß die sowjetische Delegation zu der gegenwärtigen Runde der Abrüstungsverhandlungen in Genf „substantielle, umfangreiche und weitreichende Vorschläge mitgebracht" habe.

Auf amerikanischer Seite versuchte man bisher vergeblich, diese Vorschläge zu orten. Der amerikanische Delegationsleiter bei den Abrüstungsverhandlungen in Genf, Max Kampelman, erklärte, bisher nichts davon gesehen zu haben. Er vermutet, daß Schewardnadse sie sich bis zu einer Begegnung mit Präsident Reagan am Freitag im Weißen Haus vorbehält.

Ohne Einzelheiten über diese Initiative zu kennen und ohne zu wissen, ob sie überhaupt kommt, sandte das amerikanische Außenministerium ihr vorsorglich einen Willkommensgruß entgegen: „Wir begrüßen Mr. Schewardnadses Andeutung. Von unserer Seite liegen schon seit dem Frühjahr konkrete Vorschläge in Genf auf dem Tisch, die die Sowjetunion jedoch bis heute nicht bereit war, ernsthaft zu diskutieren."

Präsident Reagan äußerte die Hoffnung, daß die Sowjets eine Reduzierung der Nuklearwaffen um mehr als 40 Prozent vorschlagen. Die USA haben jedoch nach wie vor nicht die Absicht, bei Verhandlungen über derartige Vorschläge, sollten sie wirklich gemacht werden, ihr SDI-Programm ins Spiel zu bringen.

SEITE 3:
Genschers UNO-Rezept:

Schewardnadses UNO-Rede war ansonsten scharf und voller propagandistischer Elemente, mit denen er das sozialistische Schaufenster dekorierte und alle Konflikte dieser Welt „den USA und einigen NATO-Ländern" anlastete. Er beendete sie mit einem Propagandacoup, indem er einen Vorschlag zur Entmilitarisierung und zur friedlichen Nutzung des Weltraums ankündigte und ihn publikumswirksam im Kontrast zum sogenannten, den Amerikanern angelasteten, „Krieg der Sterne" als „Frieden der Sterne" etikettierte.

Der Haken dieser Pointe: Sie ist überhaupt nicht mehr neu. Die USA verfolgen mit ihrem Weltraumprogramm seit Jahren friedliche Forschung, während nach amerikanischer Schätzung heute 80 Prozent der von den Sowjets ins All geschossenen Satelliten militärischen Zwecken dienen. Im übrigen erklärte das State Department: „Wir sehen keine Verbindung zwischen diesem sowjetischen Vorschlag und unserer Forschung über die Möglichkeit einer strategischen Weltraum-Verteidigung".

■ Fortsetzung Seite 10

Weniger Steuern für bleifreien Kraftstoff

DW. Bonn

Das Bundeskabinett hat gestern eine weitere Senkung der Mineralölsteuer für bleifreies Benzin um drei Pfennig je Liter beschlossen. Vom 1. Januar 1986 an soll die Steuer für unverbleites Benzin um insgesamt sieben Pfennig je Liter unter der für verbleiten Kraftstoff liegen. Die Bundesregierung hofft, daß der Preisvorteil des bleifreien Kraftstoffes an der Tankstelle mindestens einen Pfennig betragen wird.

Innenminister Friedrich Zimmermann erklärte, die Mineralölwirtschaft habe zugesagt, die Steuervorteile voll an die Kunden weiterzugeben.

Der Entwurf sieht weiter vor, den Steuervorteil für bleifreies Benzin vom 1. April 1987 bis zum 31. März 1988 wieder auf zwei, vom 1. April 1988 bis zum 31. März 1989 auf einen Pfennig abzubauen. Um Mißbrauch vorzubeugen, kann steuerbegünstigtes bleifreies Benzin zudem gefärbt werden.

Seit der ersten Steuersenkung für unverbleites Benzin bei gleichzeitiger Anhebung der Abgabe für verbleiten Treibstoff im April dieses Jahres beträgt der Steuervorteil vier Pfennig. Der Absatz bleifreien Benzins, das in der Regel noch um zwei Pfennig teurer ist, stagniert jedoch bei einem Prozent des Gesamtbenzinabsatzes.

Zimmermann äußerte die Erwartung, durch die Verbilligung werde die Nachfrage nach bleifreiem Benzin sprunghaft ansteigen. Bisher werde schon an 17 Prozent der Tankstellen bleifrei angeboten.

Worms-Rivale Pützhofen sammelt Punkte

DW. Bonn

Als eine Vorentscheidung für die Neuwahl des rheinischen CDU-Vorsitzenden gilt der Ausgang der Abstimmung im Bonner CDU-Kreisverband, aus der der Krefelder Oberbürgermeister Dieter Pützhofen als eindeutiger Sieger hervorging. Für Pützhofen stimmten 337 Mitglieder, für den derzeitigen Landesvorsitzenden Bernhard Worms nur 28. Der Bonner Verband ist der einzige Kreisverband in Nordrhein-Westfalen, der bei Kreisparteitagen zugunsten unmittelbarer Mitwirkung aller Mitglieder auf das Delegationsprinzip verzichtet.

Worms will trotz der vernichtenden Niederlage seine Kandidatur für den Landesvorsitz auf dem Parteitag am 19. Oktober aufrechterhalten. Er wertete das Bonner Ergebnis lediglich als Etappe auf dem Weg zum Parteikongreß. Sein erfolgreicher Herausforderer Pützhofen bemühte sich, den Eindruck zu zerstreuen, daß die Sache für ihn praktisch entschieden sei. Ähnlich wie Worms sprach er aufgrund der Zusammensetzung der Bonner Versammlung von einem Zufallsvotum. Er sei selbstbewußt genug, daraus für sich keine Vorentscheidung abzulesen. Selbstbewußt zeigte er sich auch in einer anderen Frage: „Wenn es um nordrhein-westfälische Interessen geht, kann ich mir eine begrenzte Zusammenarbeit zwischen der Düsseldorfer Landesregierung und der CDU-Opposition im Landtag im Hinblick auf die Bundesregierung vorstellen." Pützhofen forderte ferner eine programmatische und organisatorische Erneuerung der CDU.

Seite 3: Signale auf Rot

Bonn beschließt Führerschein auf Probe

Mk. Bonn

Die Bundesregierung hat gestern die Einführung des Führerscheins auf Probe beschlossen. Das Straßenverkehrsgesetz und das Fahrlehrergesetz sollen so geändert werden, daß künftig bei einem erstmaligen Erwerb einer Fahrerlaubnis diese für zwei Jahre nur auf Probe erteilt wird.

Fällt der Fahranfänger nicht durch erhebliche Verkehrsverstöße auf, so gilt die Fahrerlaubnis nach Ablauf der zwei Jahre automatisch als endgültig erteilt. Verstößt er dagegen innerhalb der Probezeit massiv gegen Verkehrsvorschriften, muß er nach dem Entwurf an einem Nachschulungskurs teilnehmen. Kommt er der Aufforderung nicht nach, wird ihm die Fahrerlaubnis entzogen. Begeht er trotz Nachschulung innerhalb der Probezeit schwerwiegende Verkehrsverstöße, dann muß die Fahrprüfung wiederholt werden.

Seite 2: Probe-Fahrer

Streit um Zivildienstdauer

Junge Union für Verlängerung, Junge Liberale dagegen

rmc. Bonn

Um die von der Bundesregierung angestrebte Verlängerung des Grundwehrdienstes und die damit zusammenhängende Steigerung der Zivildienstdauer auf 24 Monate ist es zum Streit zwischen der Jungen Union und den Jungen Liberalen gekommen. Während der Vorsitzende der Jugendorganisation der Unionsparteien, Christoph Böhr, die beabsichtigte Verlängerung des Zivildienstes auf zwei Jahre guthieß, sprach der Vorsitzende der Jungen Liberalen, Guido Westerwelle, von einer „unerträglichen Benachteiligung der Zivildienstleistenden". Nach seinen Worten steht die pauschale Verlängerung des Zivildienstes um ein Drittel gegenüber dem Wehrdienst „in keinem Verhältnis zu dem Ziel, die Ernsthaftigkeit der Gewissensentscheidung zu überprüfen". Böhr sagte gegenüber der WELT, das Zivildienstgesetz müsse in seiner jetzigen Zielrichtung erhalten bleiben.

Dies will die Koalition, indem sie mit einer Novellierung die bis zum 30. Juni 1986 gehende Befristung der gesetzlichen Bestimmung, der Zivildienst dauere für anerkannte Verweigerer „um ein Drittel länger" als der Grundwehrdienst, aufheben möchte. Böhr jedoch hält die Aufstockung des Zivildienstes um fünf statt sechs Monate und damit auf 23 gegenüber 18 beim Grundwehrdienst für ausreichend.

Westerwelle von den jungen Liberalen erblickt, wie aus seiner gestrigen Erklärung weiter hervorging, in der Verlängerung um ein halbes Jahr eine „auch materiell nicht zu rechtfertigende Beeinträchtigung der Zivildienstleistenden". Bei einem gegenüber Wehrdienstleistenden soviel längeren Berufs- und Studienausfall sei eine freie Gewissensentscheidung kaum noch möglich. Die Wehrdienstverlängerung nannte Westerwelle unnötig, aber „kaum noch zu verhindern".

Wellington besteht auf Prozeß gegen französische Agenten

Hernu dementiert Versenkungsbefehl nicht

DW. New York/Paris

Neuseeland hat in New York vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen den Wunsch seines Landes zum Ausdruck gebracht, zu Frankreich trotz der Versenkung des Greenpeace-Schiffes „Rainbow Warrior" durch französische Agenten weiterhin „traditionell gute und bisher hoch eingeschätzte Beziehungen" zu unterhalten. Der stellvertretende neuseeländische Premierminister Palmer äußerte sich befriedigt über seine Unterredung in New York mit dem französischen Außenminister Dumas. Ein weiteres Gespräch werde in den nächsten Tagen folgen.

Der neuseeländische Ministerpräsident Lange hat gestern jedoch die Möglichkeit ausgeschlossen, daß seine Regierung das Gerichtsverfahren gegen die beiden französischen Geheimdienstagenten Dominique Prieur und Alain Mafart einstellt und sie in ihre Heimat zurückkehren läßt. Solche Pressespekulationen würden dem Dialog zwischen den beiden Regierungen nicht helfen.

Die französische Regierung steht nach Ansicht politischer Kommentatoren bei der Frage der Schuldzuweisung vor einem Dilemma. Nach einem Bericht der französischen Abendzeitung „Le Monde" hatte Hernu den Befehl erteilt, das Greenpeace-Schiff „zu neutralisieren". Der Exminister dementierte diese Darstellung nicht ausdrücklich. Eine Belastung Hernus, so heißt es in Kommentaren, müsse die Glaubwürdigkeit der politischen Führung unterminieren. Wenn die Regierung indessen den einstigen Chef des Geheimdienstes DGSE, Admiral Lacoste, der am vergangenen Freitag im Zusammenhang mit dem Greenpeace-Skandal entlassen worden war, als Verantwortlichen namhaft macht, riskiere sie ein schweres Zerwürfnis mit dem Militär.

Zum neuen Chef des französischen Geheimdienstes wurde auf der gestrigen Kabinettssitzung in Paris der bisherige Generalstabschef der französischen Landstreitkräfte, Armee-General René Imbot, ernannt. Sein Nachfolger an der Spitze der Landstr[illegible] kräfte wird General Maurice Sch[illegible]

Neue Heimat – Misere eines Konzerns

PETER JENTSCH, Bonn

Daß die Steuerprivilegien für gemeinnützige Wohnungsbauunternehmen in regelmäßigen Abständen in Frage gestellt und darüber Gutachten verfaßt werden, hatte bisher stets etwas mit der Neuen Heimat zu tun. Geändert hat sich bis heute zwar nichts. Doch die gestern in der Aktuellen Stunde des Bundestages diskutierten Praktiken der Neuen Heimat haben all jenen Munition geliefert, denen die steuerliche Subventionierung der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen, weil sie denn nicht mehr zeitgemäß sei, schon seit langem ein Dorn im Auge ist.

So kündigte Bundesbauminister Schneider in der von der FDP beantragten Aktuellen Stunde über den „Ausverkauf von Sozialmietwohnungen durch gemeinnützige Wohnungsunternehmen" – genauer: durch die Neue Heimat – dann auch an, die Bundesregierung werde als „Anwalt der Mieter" aus den Vorgängen „Schlüsse ziehen" und sich bemühen, die Gemeinnützigkeit der Gesellschaften auf eine neue rechtliche Grundlage zu stellen.

Einig waren sich die Redner von Koalition und SPD-Opposition in der Verurteilung des Vorgehens des gewerkschaftseigenen Konzerns, innerhalb kurzer Zeit gut 80 000 Wohnungen „verramscht" (Schneider) und damit Verluste in Höhe von 1,3 Milliarden Mark ausgeglichen zu haben. Wohnungen immerhin, die mit zehn Milliarden Mark öffentlich subventioniert worden sind.

SEITE 13:
„Kein anderer Weg"

Der SPD-Abgeordnete Ernst Waltemathe etwa machte deutlich, seine Fraktion werde es nicht zulassen, „daß die Misere eines Konzerns auf dem Rücken der kleinen Leute ausgetragen wird". Auch Peter Conradi (SPD) schlug in diese Kerbe, als er die Gewerkschaften bat, „ihre soziale Verpflichtung nicht zu leicht, sondern vielmehr Einfluß auf die Neue Heimat zu nehmen".

Sprecher der Koalitionsfraktionen freilich wiesen auf die Doppelzüngigkeit der SPD in dieser Frage hin. Dietmar Kansy, CDU: „Hier im Parlament fordern Sie den Neubau von Sozialwohnungen, draußen verhökern ihre Genossen von der Neuen Heimat Tausende von Wohnungen, und zwar in gröblicher Verletzung der Arbeitnehmerinteressen." Oscar Schneider: „Draußen werben Sie mit dem Gespenst der Neuen Armut. Doch die Mieter sind bei privaten Wohnungseigentümern besser aufgehoben als bei der Neuen Heimat." Otto Graf Lambsdorff empfahl dem DGB, die Neue Heimat mit Mitteln der Aktionäre zu sanieren: „Aber dann ginge es wieder an die Kasse des DGB. Ich verstehe schon, daß der DGB die Bundesanstalt für Arbeit als Streikkasse behalten muß."

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die Antwort: Terror

Von Peter M. Ranke

Frau Thatcher hat für ihr Nachgeben gegenüber der PLO die Antwort bekommen, die leider zu erwarten war. Für den Milliardenpreis von britischen Waffen- und Flugzeuglieferungen an Jordanien und Saudi-Arabien hatte sie als Gegenleistung zwei PLO-Palästinenser des Arafat-Flügels nach London eingeladen und die bewährte Forderung fallen gelassen, vor direkten Kontakten müsse die PLO das Existenzrecht Israels anerkennen und dem Terror abschwören.

Prompt hat ein Terror-Kommando der Palästinenser im Hafen von Larnaka auf Zypern eine israelische Jacht überfallen und drei Menschen ermordet. Die PLO Arafats stellt eine Beteiligung zwar in Abrede, doch gehören die in Israel einsitzenden Terroristen, die freigepreßt werden sollten, alle der Fatah-Gruppe Arafats an. Sie waren vor Terror-Angriffen von der israelischen Marine abgefangen worden.

Die israelische Regierung hatte vor wenigen Tagen Frau Thatcher gewarnt, sie schätze die Friedensbereitschaft der PLO falsch ein, wenn sie jetzt den illusionären „Friedensprozeß" von Washington nach London verlagern wolle. Vergeblich. Das ohnehin pro-arabische Foreign-Office will als einen der PLO-Vertreter den Ex-Bürgermeister Muhammed Milhem in London empfangen, der von den Israelis wegen Lobes für den PLO-Terror ausgewiesen worden war. Man meint wohl, die britischen Waffenlieferungen seien das wert.

Frau Thatcher lehnte es zu Recht ab, mit nordirischen Terroristen zu verhandeln oder Zugeständnisse an den internationalen Terrorismus zu machen. Wenn sie diese Haltung nun für die PLO revidiert hat, können auch andere und nicht nur israelische Jacht-Crews auf Zypern zu Opfern werden.

Sogar Palästinenser. Schon hat der Alt-Terrorist Abu Nidal angekündigt, er werde jeden PLO-Vertreter töten, der in London verhandelt. Da kann man sich denken, wer hinter dem zweiten blutigen Überfall vom Mittwoch steckt, dem Handgranatenanschlag auf das Büro der British Airways in Rom. Frau Thatchers fatales Zugeständnis bewirkt, wie befürchtet, keinen neuen „Friedensprozeß", sondern öffnet eher die Schleusen für neue Verbrechen. Wo sind eigentlich die früher so bewährten Arabien-Experten des Foreign Office geblieben?

Probe-Fahrer

Von Hans-Jürgen Mahnke

Das jahrelange Drängen der Verkehrssicherheitsexperten war also nicht erfolglos. Die Bundesregierung will den Führerschein auf Probe einführen. Damit wird ein Schluß aus dem Umstand gezogen, daß gerade jugendliche Fahranfänger besonders häufig an Unfällen beteiligt sind.

Wer künftig erstmals eine Fahrerlaubnis erwirbt, der fährt zwei Jahre auf Bewährung. Verstößt er innerhalb dieser Frist nicht gravierend gegen die Verkehrsregeln, so erhält er automatisch und endgültig seinen Führerschein. Erwirbt also jemand mit 16 Jahren seinen Moped-Führerschein und fällt zwei Jahre nicht auf, dann kann er mit 18 Jahren seine Prüfung für den Pkw machen, und zwar jetzt ohne erneute Probezeit.

An einem Nachschulungskurs muß derjenige teilnehmen, der während der zwei Jahre in die Flensburger Verkehrssünderkartei eingetragen wird. Hilft auch das nicht, dann muß er seine Prüfung mit allen Gebühren noch einmal ablegen.

Die Bundesregierung will damit die Unfallzahlen weiter senken. Durch die Sanktionen sollen gerade die Fahranfänger risikobewußter gemacht werden. Ohne Druck und Buße scheint es leider nicht zu gehen. Zwar ist die Zahl der Verkehrstoten in der Bundesrepublik in letzter Zeit erheblich zurückgegangen, auch wenn es 1984 immer noch mehr als zehntausend waren. Besonders kräftig, nämlich um 22 Prozent, ist die Zahl in den ersten sieben Monaten dieses Jahres gesunken. Ein wichtiger Grund: Ein Jahr zuvor gab es das Bußgeld für Gurtmuffel noch nicht.

Auch der Führerschein auf Probe dürfte ein weiterer Weg in diese Richtung sein, selbst wenn es einige Ungereimtheiten gibt. So wird derjenige, der zu seinem 18. Geburtstag einen Führerschein geschenkt bekommt, aber nicht fahren kann, weil er erst nach einigen Jahren sich einen Wagen kauft, von der Bewährung nicht erfaßt. Wenn er sich schließlich in den Verkehr stürzt, dann besteht für ihn kein Unterschied zu der bisherigen Regelung. Die Zahl der sporadischen Fahrer ist recht hoch. Trotzdem: Zu mehr Nachdenklichkeit dürfte die jetzt beschlossene Maßnahme schon anregen. Zur Weiterentwicklung auch.

Keine Schuld der Azteken

Von Günter Friedländer

Die ersten Fernsehbilder nach dem tragischen Erdbeben in Mexiko überraschten viele in Erdbebenzonen lebende Lateinamerikaner. Nahezu überall beherrscht man heute die Technik, erdbebensicher zu bauen. Nur alte, aus Luftziegeln oder noch primitiverem Baumaterial erbaute Häuser fallen zusammen; deshalb ist die Zahl der Toten meist relativ klein.

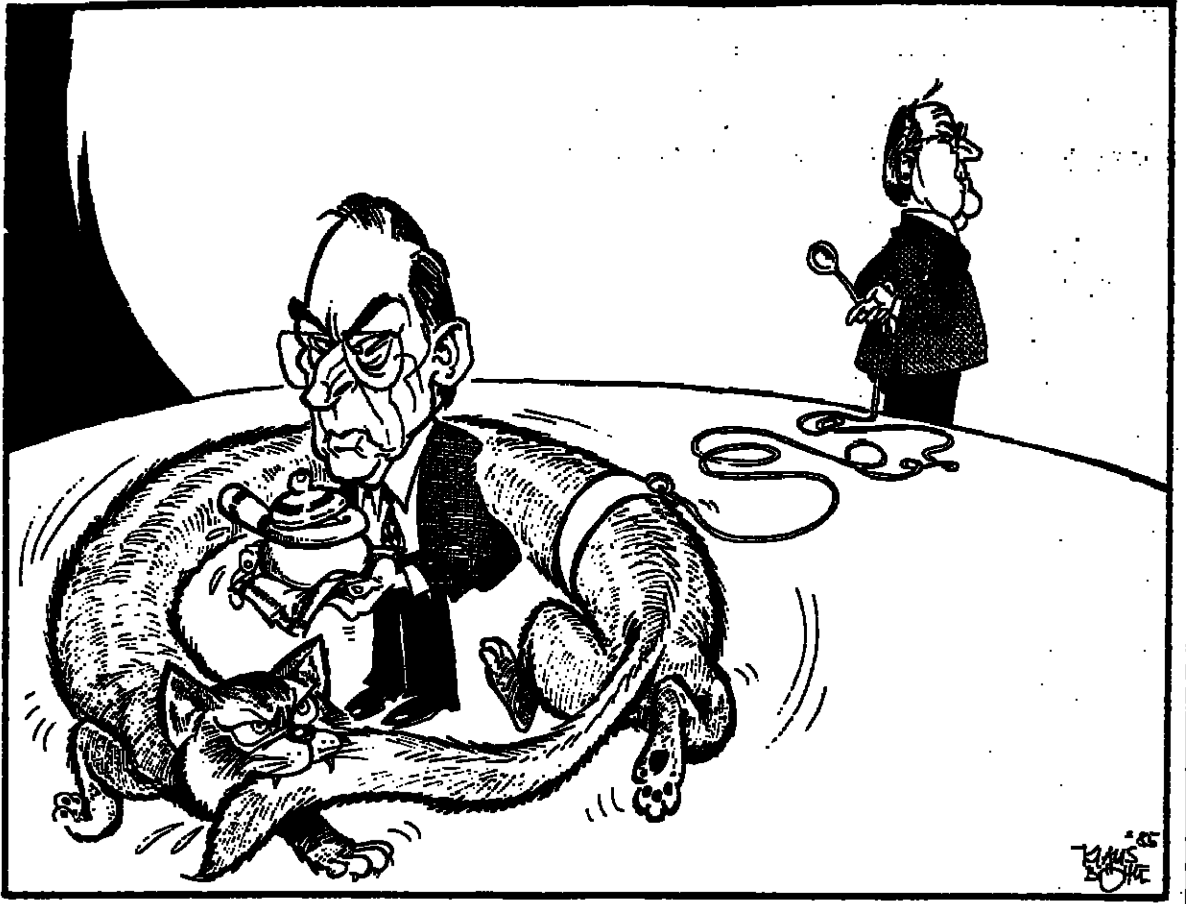
Nicht so in Mexiko, wo mehr als vierhundert große Gebäude einstürzten. Viele wurden erst im Laufe der letzten zwanzig Jahre errichtet, nachdem gemäß den Erfahrungen des Erdbebens von 1957 neue Bauvorschriften in Kraft traten, die bei Experten als angemessen, wenn nicht gar vorbildlich gelten. Wieso dann die schrecklichen Verwüstungen und Verluste?

An Erklärungen fehlt es nicht. Vor allem wird daran erinnert, daß die Azteken die Stadt Mexiko über einem See erbauten, der im Laufe der Jahrhunderte ausgetrocknet wurde. „Gebt nur immer den Azteken die Schuld", meint ironisch ein Ingenieur aus San Francisco. Wenn der Untergrund der Stadt so tückisch ist, warum stieß der U-Bahn-Bau auf keine Probleme? Hat nicht eher, wie manche meinen, der damit verbundene Bau so vieler Tunnel den Untergrund beeinträchtigt?

Oder gibt es andere Gründe? Viele Mexikaner betonen, daß die Bauvorschriften der Stadt vorbildlich seien – wenn man sie befolgt. Wenn sie nicht für manche Bauinspektoren der Stadt eher Anlaß waren, Großzügigkeit gegen Honorar zu üben.

Ein Sprecher der Regierung hat bereits versichert, „jeder einzelne Fall" eines eingestürzten Gebäudes werde untersucht werden, um die mögliche Verletzung der Bauvorschriften festzustellen und zu bestrafen. Wohin führt nach der Volksweisheit doch der Weg, der mit guten Vorsätzen gepflastert ist? Übrigens gibt es noch mancherlei zu untersuchen, was nicht die Sonne, sondern die Erde an den Tag brachte.

In den Trümmern eines Polizeireviers beispielsweise fand man einen toten Rechtsanwalt. Er hatte vor den Erdstößen nicht fliehen können, weil er gefesselt, geknebelt und offensichtlich gefoltert worden war. Der Anwalt vertrat einen Bauernführer. Das ist anscheinend nicht ungefährlich bei einer Regierung der Institutionalisierten Revolution.



Um den heißen Brei KLAUS BÖHLE

Wettbewerb am Katheder

Von Hartmut Schiedermair

Der Traum von einer Bundesliga der Universitäten ist verlockend. Welch herrliche Zeiten müßten in den Personalbüros und Einstellungsbehörden ausbrechen, wenn man im Überangebot akademischer Bewerber nur die Tabelle zu befragen brauchte, um festzustellen, welchen Fisch man an der Angel hat. Welch faszinierende Vorstellung, bummelnde Studenten und am Beamtensessel festgeklebte Professoren um den Auf- und Abstieg kämpfen zu sehen. Muß der Ehrgeiz auf der Punktejagd die deutsche Wissenschaft nicht zu neuer Blüte treiben?

Dem Wissenschaftsrat ist zu danken, daß er in seinen jüngsten Empfehlungen das heikle Thema des Wettbewerbs an und zwischen den Universitäten mit mehr Ernst und größerer intellektueller Sorgfalt aufgegriffen hat. Worum es dem Wissenschaftsrat geht, ist klar. Die an den Universitäten betriebene Forschung und wissenschaftliche Lehre bedürfen mehr Anreiz zur Leistung. Mehr Qualität – für den Universitäts-Praktiker ist dies nach langen Jahren der Entbehrung ein wohltuendes Wort. Nur allzu frisch ist die Erinnerung an eine Zeit, da Leistung und Wettbewerb als soziale Unterdrückung beschrieben wurden.

Wie aber soll man Leistung durch Wettbewerb in der Wissenschaft organisieren? Da fällt das Stichwort „Reputation". Neu ist der Gedanke nicht. Der Ruf, den eine Universität, eine Fakultät oder ein Professor genießt, hat im deutschen Universitätssystem schon immer den wissenschaftlichen Wettbewerb beeinflußt. Es gibt auch bis heute durchaus so etwas wie eine inoffizielle Rangliste der Universitäten, die nicht nur von den Fachkollegen oder den Studenten, sondern auch von der Öffentlichkeit ernst genommen wird.

Diese Rangliste scheint allerdings den heutigen Bedürfnissen nach mehr wissenschaftlichem Wettbewerb nicht mehr zu genügen. Wie ließe sich sonst die Suche nach einem neuen System erklären? Gefordert werden exakte Daten. Die Zahl der Veröffentlichungen, Promotionen, Habilitationen, Notendurchschnitte, Drittmittel, Gutachtertätigkeit der Professoren und vieles andere mehr werden als geeignete Maßstäbe diskutiert.

Mit den herkömmlichen Ranglisten hat dies kaum noch etwas gemein, denn hier wird kein Werturteil über wissenschaftliche Leistung gefällt, sondern der kühne Versuch unternommen, Wissenschaft nach quantitativen Kriterien zu bewerten. Auf einen faßlichen Nenner gebracht, bedeutet dies: Die Menge der Punkte bringt es. Erinnert dies nicht an den fatalen Traum von der Bundesliga?

Der Wissenschaftsrat scheint in seinen Empfehlungen dem System einer quantitativen Leistungsbewertung einiges abzugewinnen. Nach den vorliegenden Berichten regt er sogar die Einrichtung einer Instanz an, die nach diesem System verfahren soll. Sicherlich erweckt die quantitative Leistungsbewertung zumindest den Anschein, von der Unsicherheit des Werturteils frei und damit exakt zu sein. Auch dürfte sie den Wettbewerb in und zwischen den Universitäten erheblich steigern.

Fraglich ist nur, was dies für ein Wettbewerb ist. Systeme mit der quantitativen Leistungsbewertung haben den Nachteil, daß sie den Geschäftstüchtigen begünstigen, der sich systemkonform zu verhalten weiß und damit einen Wettbewerbsvorteil erzielt. Daß dieser Erfolgstyp nicht immer ein bedeutender Wissenschaftler ist, wissen wir aus der Praxis der Drittmittelforschung. Die Universitäten müssen auch den unbeholfenen Wissenschaftler, den Außenseiter oder das verkannte Genie nicht nur ertragen, sondern auch annehmen dürfen. Der Wissenschaftsrat hat denn auch zu Recht vor einer Überbewertung der quantitativen Kriterien gewarnt. Sollten seine Empfehlungen Wirklichkeit werden, muß die Praxis erweisen, ob und inwieweit diese Warnung wirksam ist. Für die Wissenschaft in den Universitäten steht dabei einiges auf dem Spiel.

Dankenswerterweise haben sich die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien zu einer Änderung des Hochschulrahmengesetzes bereit gefunden, um mit einer Erweiterung der wissenschaftlichen Freiräume die Universität vor ihrer drohenden Erstarrung zu bewahren. Der Wissenschaftsrat weist mit seinen Empfehlungen in die gleiche Richtung. Es bleibt in der Tat noch viel zu tun.

Wie sollen denn die Universitäten in den neunziger Jahren einen Wettbewerb um die Studenten gestalten, wenn und solange es das Monstrum einer zentralen Studienplatzvergabe gibt, die dem Studenten den Zugang zur Universität seiner Wahl versperrt? Auch muß man sich Gedanken darüber machen, ob die Universitäten mit der ständig fortschreitenden Verschulung des Studiums nicht auf dem besten Wege sind, zu bloßen Ausbildungsanstalten zu verkümmern. Die wahllos von allen Fächern verlangte selektive Zwischenprüfung ist sicherlich kein geeignetes Mittel, um die Individualität und Kreativität des Studenten zu steigern. Mit Recht hat der Wissenschaftsrat gefordert, den Wettbewerb der Universitäten um die besten Professoren zu stärken. Wie aber sieht dieser Wettbewerb aus?

Bei einem durchschnittlichen Habilitationsalter von 38 Jahren und einer rechtlich gesicherten Berufungssperre ab dem 51. Lebensjahr bleiben gerade dreizehn Jahre für diesen Wettbewerb. Zusätzliche Berufungssperren und gesetzlich vorgeschriebene Besoldungsgrenzen hindern die Universitäten daran, bei Berufungen der Besten mithalten zu können. Der neue Entwurf eines Bundesbesoldungsgesetzes schreibt den Universitäten überdies vor, die Quote von attraktiven Professorenstellen nach einem den Fachhochschulen angenäherten Schlüssel auf 56 Prozent aller Professorenstellen zu begrenzen.

Wettbewerb und Leistung sind wohlklingende Worte, sie haben jedoch ihren Preis. Wer will diesen Preis bezahlen?

GAST-KOMMENTAR



Der Kölner Staatsrechtler Professor Hartmut Schiedermair ist Präsident des Deutschen Hochschulverbandes FOTO: DIE WELT

IM GESPRÄCH Heinz-W. Meyer

Anständige Politik

Von Wilm Herlyn

Der oberste Kumpel Adolf Schmidt, der erfahrene und gestandene Vorsitzende der Industrie-Gewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE), übergibt seinem Nachfolger Heinz-Werner Meyer ein schweres Amt. Kaum eine andere Gewerkschaft ist so traditionell geschlossen, so geordnet und organisiert, so solidarisch. Doch ist das der einzige Rückhalt, auf den sich Meyer verlassen kann. Er wird kämpfen und Helfer suchen müssen, die mit ihm um die Erhaltungssubventionen für die Kohle in Bonn und in Brüssel streiten.

Adolf Schmidt hatte es verstanden, nicht nur im Ruhrgebiet Verbündete zu finden – er schmiedete eine Kohlefraktion zusammen, die beispiellos ist. Doch wie lange hält sie, wenn bald über die Verlängerung des Hüttenvertrages gerechtet wird, wenn die EG die Fördermengen zugunsten der billigeren Importkohle drastisch senken will, wenn sich der Jahrhundert-Vertrag für die Verstromung der Kohle dem Ende zuneigt?

Mit 279 von 299 Stimmen erreichte der 53jährige Hamburger, der seinen beruflichen Werdegang als Berglehrling im Steinkohlebergbau auf der Schachtanlage Monopol in Kamen begann, jetzt ein beachtliches Ergebnis auf dem 16. Gewerkschaftstag in Oberhausen. Er verkörpert wie Schmidt den bewährten Kameradschaftsgeist, und von Anfang an läßt Meyer keinen Zweifel daran, daß er mit der IGBE keine „neue Richtung" einschlagen wird. Er stand lange dienend im Schatten des übermächtigen Schmidt, des „Vaters der großen Familie der IG Bergbau" (Vorstandsmitglied Walter Beer).

Nach dem Studium an der Hamburger Akademie für Wirtschaft und Politik begann Meyer erst 1957 eine hauptamtliche Tätigkeit in der Gewerkschaft. Er wurde Sekretär der IGBE bei der Hauptverwaltung, zunächst bei der Jugendarbeit, dann auch zuständig für Bildung und Kultur. Als 1980 das damals für die Jugend und Bildungsarbeit zuständige DGB-Vorstandsmitglied Karl



Keine neue Richtung: Kumpel-Chef Meyer FOTO: JUPP DARCHINGER

Schwab die kommunistische Unterwanderung der gewerkschaftlichen Jugendarbeit kritisierte und sich dafür Kritik seitens der Industriegewerkschaft Metall einhandelte, stellte sich Meyer unzweideutig an die Seite Schwabs. „Ausgeguckt" wurde er damals schon als Nachfolger Schmidts – und langfristig wurde auch die Gewerkschaft mit seiner Person vertraut gemacht.

Er steht für Kontinuität, für Verläßlichkeit und Berechenbarkeit in der Gewerkschafts- wie in der Energiepolitik. Kein Wunder, daß er in Oberhausen seine Bereitschaft zum Dialog mit allen Partnern ankündigte, mit den Arbeitgebern wie der Bundesregierung.

Wenngleich in der IGBE das Doppelmandat in Parlament und Gewerkschaftsvorstand Tradition hat – auch Schmidt ist seit vielen Jahren SPD-Bundestagsmitglied –, verzichtete Meyer doch auf sein Düsseldorfer Landtagsmandat, um sich als Kronprinz ganz auf die neue Aufgabe vorzubereiten. Schichtwechsel ist für ihn Stafettenübergabe in der Tradition, die Schmidt einmal so beschrieb: „Wir machen für anständige Menschen mit anständigen Mitteln anständige Politik."

DIE MEINUNG DER ANDEREN



Die Massenzeitung beschäftigt sich mit der deutschen Bildungspolitik:

In den ersten 30 Jahren dieses Jahrhunderts holten die Deutschen die meisten Nobelpreise. Heute gibt es Abiturienten, die auf die Frage „Wieviel ist 11 weniger 7" antworten: „6"; dazu Rechtschreibfehler, daß einem graut. Wer sich nicht ordentlich ausdrücken, nicht richtig rechnen kann, kann auch nicht ordentlich denken. SPD und FDP haben uns in den 70er Jahren eine Bildungspolitik aufgenötigt, die angeblich die Dummen klug machen sollte; in Wahrheit wurden die Klugen auf das Niveau der weniger Klugen herabgedrückt. Wenn wir nicht ganz schlicht und einfach wieder rechnen, lesen und schreiben lernen, wie es sich gehört, wird Goethes Wort an uns wahr: „Weh Dir, daß Du ein Enkel bist."

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Die Karlsruher Zeitung kommentiert die „Synode des Bundes der evangelischen Kirchen in der „DDR":

Bittere Ironie in diesem Fall protestantischen Umgangs mit der Obrigkeit: Man nimmt eine politische Ordnung „ernst", die von Fäulnis bereits zerfressen wird. Sogar für die SED-Nomenklatura ist der Sozialismus mittlerweile ein Herrschaftsmittel des Wohllebens, während die Masse der Zwangsbürger zynisch zwischen öffentlichen Lippenbekenntnissen und privater Meinung unterscheidet, um in einer staatsfreien Nische ein bißchen irdisches Lebensglück zu suchen. Die evangelischen Kirchen treten jetzt in einen Schatten, wenn sie – im Gegensatz zur katholischen Kirche – die große Lebenslüge DDR auch noch ernst nehmen wollen, obwohl sie den Menschen die Seele spaltet.

Mannheimer MORGEN

Er bemerkt zur SPD und der atomwaffenfreien Zone

Wie gern würde man der SPD applaudieren bei ihrem heißen Bemühen, die angespannte sicherheitspolitische Lage in und um Europa zu entschärfen mit immer neuen Ideen, Plänen und Vertragsentwürfen – allein, wo man auch ansetzt, alsbald wird offenbar, daß die Umschweife beiseite geräumt werden und ein verführerisches Wunschdenken sich Bahn bricht. Nach dem löcherigen Bülow-Papier nun also wieder die atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa ... Daß mit dem Abzug aller Atomwaffen auch schon mehr Sicherheit geschaffen wäre, ist ein fataler Irrtum, dem insbesondere die spannungsmüden Deutschen nur allzugern erliegen.

WIESBADENER KURIER

Zur Koalition in Hessen meint er:

Es spricht viel dafür, daß die Öko-Partei das im Sommerloch ins Gespräch gebrachte Frauenministerium wieder klammheimlich zu den Akten legt. Börner hat – diesmal – den längeren Atem, ihn drängt nichts, die Grünen alles. Das Schachern um ein zweites Ministerium für die Öko-Partei sollte nicht den Blick dafür verstellen, daß eine rot-grüne Koalition in Hessen zum Greifen nahe ist, und zwar mit nur einem grünen Minister. Börner hätte damit wieder ein Stück Glaubwürdigkeit verloren, er kann aber ziemlich sicher sein, bis zu den kommenden Wahlen auf eine Mehrheit im Parlament bauen zu können.

Älter werden – dafür aber auch länger arbeiten?

Eine Studie in Frankreich ruft nach Mentalitätswandel / Von August Graf Kageneck

In fünfzehn Jahren schreiben wir das Jahr 2000. Jene Zeitschwelle, die viele als fatal ansehen, weil sie in ein umnebeltes drittes Jahrtausend überführt. Eines der drohendsten Probleme auf dem Weg dorthin ist die Arbeitslosigkeit. Wie soll man ihrer Herr werden in den westlichen Industriestaaten, die alle mit einer Arbeitslosigkeit bis zu zehn Prozent kämpfen müssen, die sich einem wachsenden Tumor gegenübersehen, ohne daß es eine sichere chirurgische oder medikamentöse Therapie dagegen gibt?

In Frankreich liebt man die Perspektive. Hier gibt es noch einen Plan, hier gibt es noch einen Glauben an Pläne; und es gibt hervorragend ausgebildete Planungskommissare, bei denen man Zukunftsprojektionen in Auftrag geben kann. Das tat Premierminister Fabius, der wissen wollte, wie man diesem Tumor auf französisch beikommen könne. Und da geht ein Kommissar hin und sagt in seinem Bericht über das Jahr 2000, dem er den mutmacherischen Titel „Wie man Frankreich gewinnen lassen kann" gibt, daß nur noch eine Art Kulturrevolution ein solches Wunder möglich machen könne.

Eine Kulturrevolution in dem Sinne, daß sich die Mentalität der Franzosen, ihre Einstellung zur Arbeit und Freizeit, zu Pensionierung und Altersrenten und zur französischen heiligen Kuh, der Lebensversicherung, „von der Wiege bis zur Bahre" radikal ändern müsse. Denn die Arbeitslosigkeit ist nicht das alleinige Gespenst. Sie hat einen Zwillingsbruder, und das ist der Geburtenrückgang.

Theoretisch müßte der eine dem anderen in die Hände arbeiten. Denn wenn es weniger Nachwuchs gibt, gibt es mehr Arbeitsplätze für die, die schon da sind. Das aber, so der französische Kommentar, wird erst zu Beginn des nächsten Jahrtausends greifen. Bis dahin sieht die Gesellschaft sich zwei tödlichen Gefahren ausgesetzt: einem Ansteigen der Arbeitslosigkeit in einem „ungünstigen ökonomischen Umfeld mit schwachem Wachstum" auf bis zu 17 Prozent der werktätigen Bevölkerung („ein Satz, der nicht mehr erträglich sein würde", sagt der Bericht) und einer rapide schwindenden Zahl von Arbeitenden, die Beiträge in die Versicherungskassen zahlen.

Die bevölkerungsstatistische Extrapolation der Kommissare ist unbarmherzig: 1995 wird es in Frankreich eine Million Jugendliche unter zwanzig Jahren weniger geben, aber zwei Millionen ältere Menschen über sechzig mehr. Das bedeutet, daß die Zahlungsfähigkeit der diversen Unterstützungs- und Alterskassen nur noch gewährleistet werden kann, wenn die Beiträge um bis zu 50, wenn nicht 80 Prozent angehoben beziehungsweise die Leistungen drastisch gesenkt werden – um die Hälfte, meint der Bericht. Auch das ist nach dem augenblicklichen Stand der Mentalität der Franzosen undurchführbar. Was also tun?

Die Franzosen sind ein zutiefst sicherheitsbewußtes Volk. Sie sind in diesem Jahrhundert nicht, wie zweimal die Deutschen, von verheerend verlorenen Kriegen durchgeschüttelt worden, die alle Ersparnisse und Sicherheitsrücklagen ebenso dem Erdboden gleichmachten wie Wohnungen oder Fabriken. Sie hatten Glück. Und sie blieben mit mehr Gold im Sparstrumpf als in den Kellern der Banque de France das bei weitem reichste Volk Europas. Nun aber werden sie nicht weniger als andere europäische Völker von der Sozialzeitbombe in ihren Kellern bedroht.

Und da öffnet ihnen der von dem jungen Premierminister Fabius bestellte Bericht ihrer Planer eben rechtzeitig die Augen – in einem nicht gerade günstigen Augenblick freilich, in dem die Regierung und der Staatspräsident auf dem plötzlich grundlos gewordenen Boden der Greenpeace-Affäre schwanken und die gallische Mentalität eher mit dem Wunsch nach einem Vorruhestand für manche Politiker ausgelastet ist.

Die Kommissare bieten einen Cocktail von Lösungen an, in dem es eine konstante Ingredienz gibt: Weniger, dafür aber länger arbeiten – weniger Stunden am Tage, dafür aber über die stark geschrumpfte Altersgrenze von 58 Jahren hinaus. Jeder wird für sich selbst sorgen und seine eigene Sicherheit garantieren müssen. Hilf dir selbst, so hilft dir Gott, nachdem der Halbgott Staat ausgefallen ist. Weniger Schrebergarten und mehr Werkbank, aber gleichzeitig mehr Kino und Theater an Arbeitstage als Hosenbodenrutschen auf dem Bürostuhl. In Frankreich, darüber mokierten sich die fleißigen Deutschen schon vor vielen Jahren, gelten der frühe Ruhestand und die damit verbundene Meditation an der Angel als erstrebenswerter denn vieles Geld, das man sich durch Unruhestand erwerben kann.

Das aufzugeben, da eine neue Mentalität zu entwickeln, das wäre in der Tat eine Kulturrevolution. Immerhin, französische clarté spricht offen aus, um was die gemütstiefen Deutschen sich noch herumdrücken – die Frage nämlich, ob ein immer länger lebendes Volk nicht zwangsläufig ein immer länger arbeitendes Volk sein muß, kommt auf sie genauso zu, ist aber bisher kaum angerührt worden.

Für Worms zeigen die Signale auf Rot

Es war zwar nur eine Kreisversammlung, der sich die Kandidaten für den Vorsitz der rheinischen CDU stellten. Doch für den bisherigen Vorsitzenden Bernhard Worms wurde die Abstimmung zu einer Katastrophe. Nur 28 Delegierte stimmten für ihn, 337 favorisierten den Krefelder Oberbürgermeister Dieter Pützhofen.

Von WILM HERLYN


Bernhard Worms und Dieter Pützhofen: Was sie verbindet, ist die Partei FOTO: R. SCHULZE-VORBERG

Nur für einen Lidschlag drohte sich Bernhard Worms aus der maskenhaften Starre zu lösen. Dann faßte er sich wieder und fixierte einen nicht auszumachenden Punkt unter den 800 CDU-Anhängern, Mitgliedern und Neugierigen in der Godesberger Stadthalle am Dienstag abend. Es war der Moment, an dem Daniels an das Mikrofon trat und öffentlich seine Abkehr von seinem Landesvorsitzenden verkündete.

Daniels wäre kein Politiker, würde er auch diese Wendung nicht mit Zierat schmücken. „Ohne die Verdienste von Bernhard Worms zu schmälern ...", sagte er, und: „Er hat sich aufgeopfert." Aber auch: „Der bisher einzige Einwand gegen Dieter Pützhofen hat immer geheißen: ‚Wir kennen ihn ja gar nicht.' Aber jetzt haben wir ihn kennengelernt."

Da fühlte Worms fast körperlich den Schmerz, wie allein, wie einsam er als Verlierer ist. Wie rasch sich die Partei von ihm abwendet.

Jeder in dem überfüllten Saal wußte, daß Daniels ein Wegbegleiter von Worms war, jeder wußte, daß er – bisher auch im Landesvorstand – ein stummer Befürworter von Worms war. „In meinem Kreisverband mußte ich doch jetzt Farbe bekennen", gab er der WELT als Motiv für seine Äußerungen an. Als Brutus fühlt er sich nicht – doch bewegt sein Engagement für den Amtskollegen aus Krefeld manchen Zweifler und Unentschlossenen, das Kreuz hinter den Namen Pützhofen zu machen.

Von den 371 abgegebenen Stimmen votierten 337 für Pützhofen, fünf enthielten sich, 28 nur stimmten für Worms. Ein leises „Oh" und „Ah" kommentierte diese Zahl.

Die Taktik von Worms bei dieser einzigen öffentlichen Anhörung der beiden Kandidaten vor dem Parteitag Mitte Oktober schien anfangs sogar aufzugehen. Ähnlich wie bei seiner Mülheimer Rede im Mai 1983, als er kämpferisch und glaubwürdig die Spitzenkandidatur dem Westfalen *Kurt Biedenkopf entriß*, die jener schon so sicher wähnte, suchte er die Stimmungslage seiner Parteimitglieder mit beschwörenden Formeln umzukehren. Erinnerungen weckte er an die einst stolze Geschichte der rheinischen CDU, Erinnerungen an Konrad Adenauer, an Karl Arnold, an Franz Meyers („Ich war sein persönlicher Referent"). Schon Arnold habe den Gedanken gelobt, daß Rheinländer und Westfalen in einem geeinten Landesverband gemeinsam streiten sollten. Und nun wolle er, Worms, als Vollender dieser rheinischen Idee wirken. Darum habe er auch von vornherein auf die Bewerbung um den Landesvorsitz verzichtet – weil er nur dienen wolle.

Unausgesprochen blieb, daß über der geplanten Vereinigung das drohende *Urteil* der Westfalen schwebt, die Fusion könne nur gelingen, wenn einer der ihren, nämlich Biedenkopf, die Landes-CDU führen wird.

Worms mußte in Godesberg zum ersten Mal öffentlich eingestehen, daß Mülheim ein Pyrrhus-Sieg war, denn „der gewählte Spitzenkandidat fand keinen eindeutigen Rückhalt". Um ein Höchstmaß an innerer Geschlossenheit und Solidarität bat Worms seinen Landesverband: „Wir dürfen uns nicht wundern, wenn der Wähler auf Distanz geht bei dem zerrissenen Bild, das die CDU bietet."

So weit mochten ihm die Delegierten noch folgen. Doch dann gab's nur noch stummes Zuhören, fragende Gesichter, helles Entsetzen bei Thomas Vetterlein, dem Berater von Worms. Denn *plötzlich schien* nicht mehr Worms selbst zu reden, sondern ein von Furien Gejagter, ein Gehetzter, der zusammenhanglos mal über den Paragraphen 218 philosophierte und dann über das Angebot Stalins 1952 an Adenauer, ob er die Einheit Deutschlands oder die Freiheit der Bundesrepublik wähle. Worms wirkte unkonzentriert und redete ohne „roten Faden". Die anfängliche Nervosität Pützhofens legte sich, je länger Worms auf seine Zuhörer einredete, die den Sinn gar nicht mehr verstehen wollten und konnten. Pützhofen erntete Beifall für Passagen, die auch Worms hätte vertreten können, nur: Der Krefelder zeigte sensibles Gespür, formulierte das Unbehagen der Basis gegenüber dem erstarrten Gefüge an der Parteispitze. Er bekenne sich zur Tradition, suche aber auch *den Brückenschlag, er fordere eine* Partei, die sich dem Andersdenkenden öffnet – die in sich die Vielfalt von Meinungen und Strömungen toleriert, die das Gespräch sucht mit der Jugend, der Kunst, der Kirche, der Gewerkschaft.

Er forderte eine Partei, die ihre eigenständige Rolle spielt und sich nicht abhängig macht von der Bundes-CDU – eine deutliche Mißbilligung der Taktik von Worms, der sich ganz unter die Weisung des Bundesvorsitzenden Helmut Kohl gestellt hatte. Und der auch das eigenständige Profil gegen den Koalitionspartner in Bonn, gegen die FDP, sucht. Pützhofen, so schien es den Zuhörern, vertrat alles dies glaubwürdig – denn diese schon so häufig gebrauchten Leerformeln hat er in seiner Heimatstadt Krefeld in aktives Handeln umgesetzt. Mit dem Erfolg, daß er die absolute Mehrheit der CDU dort gegen den Landestrend ausbaute, mehr als 43 Prozent der Jungwähler an sich zog, den Mittelstand mit CDU-Politik identifizierte und kaum Probleme mit den örtlichen Gewerkschaften hat.

Es gibt viele in der Partei, die behaupten, in Pützhofen habe die rheinische CDU endlich einen Politiker *mit Charisma gefunden. Einer, der es* mit Biedenkopf aufnehmen könnte und dann mit einem Johannes Rau.

Ein „Stimmungsbarometer" sei Godesberg, wiegelt Worms ab.

Warum die SPD Zimmermann im Amt halten möchte

Zimmermann und die Spionage-Affären, Genscher und Südafrika, die FDP und die „neue Phase der Entspannungspolitik" – dieses Streitgemenge gehört zum *Vordergrund der* Koalitionsszene in Bonn. Niemand beobachtet die Brandung im Regierungsbündnis aufmerksamer als der Kanzler. Denn Helmut Kohl weiß: Jede Koalition, auch seine, ist ein Schachspiel der verdeckten machtpolitischen Möglichkeiten.

Von WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Mit List und Tücke schießt sich die SPD auf Bundesinnenminister Zimmermann ein. Sie fordert, er solle wegen der Spionage-Affären zurücktreten, und steuert einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß an. Nun weiß *ein jeder, daß die Einsetzung* des Untersuchungsausschusses das sicherste Mittel wäre, um Zimmermann jedenfalls bis zum Abschluß dieser Ermittlungen im Amt zu halten. Und das kann lange dauern. Derweil rükken die Landtagswahlen des Jahres 1986 in Niedersachsen und Bayern näher.

Die Vermutung liegt nahe, die Opposition wünsche sich den Bundesinnenminister gar nicht aus dem Amt, sondern wolle ihn der Hochnotpeinlichkeit schlagzeilenträchtiger Enthüllungen als Produkt der gerichtsähnlichen Untersuchungen im Ausschuß aussetzen. Nach dem Parteispenden-Ausschuß ein Spionage-Ausschuß, müßte es da nicht mit dem Teufel zugehen, wenn Kanzler Kohl, seine Regierung und seine Koalition ohne beträchtlichen Schaden an Ansehen und Glaubwürdigkeit davon kämen?

Die SPD macht sich Unwägbarkeiten im seelischen Gleichgewicht der Koalition zunutze. Wie war das doch nach der katastrophalen Niederlage der CDU in Nordrhein-Westfalen? Hatte es der Kanzler nicht „erstaunlich" gefunden, daß Zimmermann ihm öffentlich vorwarf, er habe in der Innenpolitik die Dinge nicht schnell genug vorangetrieben? Und hatte nicht auch Franz Josef Strauß memoriert, die Richtlinien der Politik bestimme der Bundeskanzler, mit dem nachhallenden Seufzer: „...und das möchte ich in nächster Zeit einmal erleben"? Mutmaßlich hat Kohl auch das erstaunlich gefunden. Die Opposition mag sich sagen: Elefanten haben ein gutes Gedächtnis.

Über das lange Gedächtnis von Elefanten, zumal älter gewordener, mag die SPD auch noch aus anderem Grund nachsinnen. Zwar hat FDP-Chef Bangemann jüngst öffentlich zu Protokoll gegeben, er sehe keinen Anlaß, über einen Rücktritt Zimmermanns zu spekulieren. Aber was heißt das schon bei einer Partei der Individualisten wie der FDP?

Es ist noch nicht lange her, da raunzte Zimmermann, bei den Freien Demokraten gebe es Personen, „die diese Koalition nicht gewollt haben *und das nach wie vor deutlich* machen". Der stellvertretende FDP-Vorsitzende Baum scheint sich angesprochen gefühlt zu haben. Als vor zwei Wochen die CSU mit Bundesaußenminister Genscher wegen eines „Beschlusses" oder „Nicht-Beschlusses" des Kabinetts in Sachen Südafrika in den Clinch ging, zog Baum die Stirnfalten bis zum Haaransatz hoch und lamentierte: „Es ist eine ernste Lage eingetreten." Auf die CSU-Minister im Kabinett könne man sich offenbar nicht mehr verlassen. Der FDP-Mann, der sich in der Koalition mit der SPD wohler gefühlt hatte als in der mit CDU und CSU, mahnte den Kanzler, er solle aufpassen, daß diese Belastung des Koalitionsfriedens nicht zu einer Handlungsunfähigkeit der Koalition führe: „Diese Gefahr sehe ich in der Tat". Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Waigel, war aufgeschreckt und konterte, Herr Baum sei nicht der berufene Interpret, um die Koalition zu beschwören.

Das alles registriert die SPD. Und sie stellt es in den größeren Zusammenhang unaufgelöster Gegensätze zwischen CSU und der FDP. Zwar ist es stiller geworden im Streit über Genschers „Kontinuität" in der deutschen Außenpolitik und über die „Worthülse" (Strauß) einer neuen Phase der Entspannungspolitik. Doch in der Sache schwelt der Konflikt weiter, wie an einer zugespitzten Äußerung aus den Reihen der FDP zu merken war.

Als Genscher wegen seiner Worthülsen zur „Entspannungspolitik" in das Kreuzfeuer der CSU geraten war, rief die FDP-Führung Genschers Außenpolitik als Außenpolitik der FDP aus. Dieses Geschütz fuhr dieser Tage wieder der FDP-Mann Schäfer auf, als es um Südafrika ging. Schäfer war wohl nicht auf der Höhe der internen Bonner Information; denn Kohl hatte das Thema als erledigt bezeichnet. Gleichwohl erklärte er, es gebe keine Politik Genschers, sondern die „FDP-Außenpolitik". Was heißen *soll: Wer an Genschers Politik rührt,* stellt die Koalitionsfrage.

Die Koalitionsfrage? Das gab es schon einmal in Bonn, und niemand weiß es besser als Strauß. 1962 zog die FDP wegen der „Spiegel"-Affäre ihre Minister aus dem Kabinett Adenauer zurück und zwang Strauß auf diese Weise, auf sein Ministeramt zu verzichten. Mit der SPD hat Strauß seinen Frieden gemacht, als sie sich mit ihm in der *Großen Koalition an den* Kabinettstisch setzte. Sein Frieden mit der FDP steht aus.

Zurück zu Zimmermann und den Rücktrittsforderungen der SPD. Kann sich die CSU in dieser Sache auf die FDP verlassen? Vielleicht liegt in dieser Frage die Erklärung für des merkwürdige Spiel, das die CSU wegen der Kabinettsentscheidung zu Südafrika aufführte. Das Ergebnis *ist: Die CSU-Minister und der* Bundesaußenminister haben, ungewöhnlich genug, abweichende Meinungen zu Protokoll gegeben. Im machtpolitischen Klartext der Koalition heißt das, daß die CSU im Kabinett nicht als Verlängerung der CDU zur „Kanzlerpartei" auftritt, sondern als eigenständige Koalitionspartei. Im Ernstfall könnte das bedeuten: Die CSU kann ihre Minister aus dem Kabinett zurückziehen – so wie es 1962 die *FDP getan hat.* Strauß hat für vorbeugende Klarheit gesorgt.

Genschers UNO-Rezept: Ein fehlender Tisch

UNO-Vollversammlung, das ist die Zeit der Außenminister, der bekannten und unbekannten. Mehr als vierzig von ihnen tummeln sich gegenwärtig in New York. Unter ihnen sind der Deutsche Hans-Dietrich Genscher und der Russe Eduard Schewardnadse, die sich am Dienstag nachmittag trafen.

Von FRITZ WIRTH

Wer immer heute den Lift im UNO-Plaza-Hotel am East River in New York benutzt, hat verwirrende Begegnungen. Öffnet sich die Fahrstuhltür im 28. Stock, stößt man direkt auf ein grimmiges Geheimdienstgesicht, und man weiß, man ist in der Etage von Hans-Dietrich Genscher.

Im 32. Stock läuft man direkt in den *gierigen Blick einer Fernsehka*mera hinein. Dort ist ein Fernsehteam zu Hause, das jeden Menschen in diesem eitlen Glashaus, der so weit nach oben will, für einen wesentlichen Menschen, im Zweifelsfalle für einen Außenminister hält. Es gibt davon im Augenblick mehr als 40 in dieser Stadt.

Verwirrend ist die Reise in die 37. Etage. Dort steht breitbeinig vor der Fahrstuhltür in permanenter Hab-Acht-Stellung ein amerikanischer Marinesoldat, der den Eindruck erweckt, daß man ein Ruhestörer ist. *Man entschuldigt sich eilig* und läßt die amerikanische Delegation unbehelligt.

Am Dienstag nachmittag waren alle Fahrstühle im UNO-Plaza-Hotel zu klein. Zu deutschen und amerikanischen Bewachern gesellten sich sowjetische Sicherheitsbeamte, denn Außenminister Eduard Schewardnadse war erschienen, seinem deutschen Kollegen die Aufwartung zu machen. Es war die zweite Begegnung der beiden Männer. Bei der ersten vor ein paar Monaten in Helsinki hatte es zwischen beiden nicht so „klick" gesagt, wie Hans-Dietrich Genscher es sich gewünscht hatte.

Man glaubte im Hause des Ministers auch die Ursachen zu kennen. Damals unterhielten die beiden sich über einen Tisch hinweg, und ein Tisch zwischen zwei Politikern, die sich näherkommen wollen, schafft leicht Konfrontationsgefühle. Da steht der Diplomatie irgendwie zuviel Holz im Wege. So sorgte denn Hans-Dietrich Genscher als Gastgeber jetzt dafür, daß man sich in seiner Suite locker über eine Sesselecke hinweg unterhielt. Man wollte nicht wieder auf dem Holzweg landen.

Das Arrangement wirkte. Man kam auf Tuchfühlung, so daß der deutsche Außenminister die Ansprechbarkeit und den Geselligkeitsquotienten dieses Sowjetmenschen mit dem gleichen Gütezeichen versah, das Margaret *Thatcher vor zehn Monaten zuerst* Michail Gorbatschow anhängte: „Mit dem kann man." Bis dann kürzlich die Spionageaffäre zeigte, was man nicht mit ihm kann.

Was man mit Schewardnadse kann, wurde noch nicht so ganz deutlich. Es war jedenfalls noch nicht weltbewegend, aber es war immerhin schon einmal erleichternd. Man kann beispielsweise mit ihm herzhaft lachen. *Man muß wohl ein langes Jahrzehnt* mit einem so stoisch-versteinerten Gesicht wie dem des Schewardnadse-Vorgängers Gromyko zu tun gehabt haben, in dem die Lachmuskeln resolut stillgelegt waren, um zu begreifen, wie ein Lächeln im deutsch-sowjetischen Verhältnis bereits zu einem Ereignis werden kann.

So nannte man denn in deutschen Delegationskreisen den 60minütigen Auftritt Schewardnadses eine „Offensive des Charmes", obwohl das Gespräch in der Sache nichts Neues gebracht habe. Urteil eines Mannes, der dabei war: „Die Vorstellung Schewardnadses war kompetent, aber nicht ambitiös. Er wollte zu keiner Minute zeigen, ich bin der große Mac." Immerhin aber machte er dem deutschen Außenminister so viel Appetit, daß er am Ende den Wunsch äußerte: „Wir müssen uns mal länger unterhalten." Ort und Termin stehen noch nicht fest. Ebenso steht auch der vor einem halben Jahr zugesagte *Besuch Gorbatschows in Bonn noch* in den Sternen. Er war jedenfalls bei diesem Gespräch kein Thema.

Ob diese Offensive des Charmes eine neue Ära in den Beziehungen zwischen Bonn und Moskau einleitet, ist möglicherweise eine zu optimistische Hoffnung. In den letzten Jahren jedenfalls waren diese Beziehungen als Folge und Preis der Bonner Nachrüstung eher von einer „Politik der Nadelstiche" durch den Kreml gekennzeichnet, die selbst noch bis in diese New Yorker UNO-Jubiläumsfeier durchdrang. Denn als es darum ging, für den Auftritt des deutschen Außenministers einen Termin in der ersten Woche im Plenarsaal zu finden – was inzwischen nicht nur Tradition, sondern auch eine Frage des Prestiges ist –, legte sich ein sowjetischer UNO-Beamter quer, so daß man von deutscher Seite mehr tun mußte, als nur erstaunt die Augenbrauen hochzuziehen, um die Sache wieder ins Lot zu bringen.

Dagegen machte es keine Probleme, den Außenminister des afrikanischen Staates Burkina Faso bereits als Nummer zwei auf die Rednerliste zu setzen und ihn noch vor dem amerikanischen Außenminister George Shultz zu Wort kommen zu lassen.

Einige letzte noch verbliebene UN-Enthusiasten nennen so etwas verklärt den besonderen Charme dieser Versammlung, in der das Wort aus *Burkina Faso so viel gilt wie das aus* Washington. Der Flug und die Strapaze, die diese Jubiläumsfeier schmerzhaft deutlich machte: Die kleinen Nationen mögen hier ihre letzte weltpolitische Bühne gefunden haben, auf der sie mitsprechen können; sie haben jedoch zumeist erschreckend wenig zu sagen.

So summieren sich die bisherigen rund 25 Jubiläumsreden dieser Woche, die in der Regel eine Stunde dauerten, zu einem Chorgesang der Phrasen, die sich alle auf einen Nenner bringen lassen. Sie sind alle für das Gute in der Welt und alle gegen das Böse. Sie vermögen sich nur nicht darüber zu einigen, was gut und böse ist.

Doch da sie das Nichtssagende der Ewigkeit hinterlassen möchten und es getreulich als Dokumentation festhalten, ist die UN in erster Linie eine Erfolgsstory für die Papierindustrie geworden. Die Vereinten Nationen produzieren jährlich 1,1 Milliarden Seiten Dokumente.

Die ehemalige amerikanische UN-Botschafterin Kirkpatrick nannte die UN noch einigermaßen wohlwollend ein „türkisches Bad", ein Platz, an dem sonst ohnmächtige Nationen Dampf ablassen. Viele New Yorker bezeichnen das Haus am East River mit bitterem Zorn inzwischen als ein Zentrum des Antisemitismus.

Posser warnt vor Folgen der Verschuldung

WILM HERLYN, Düsseldorf

Mit einem alarmierenden und eindringlichen vertraulichen Brief hat der nordrhein-westfälische Finanzminister Diether Posser (SPD) seine Kabinettskollegen mit der katastrophalen Finanzlage des bevölkerungsreichsten Bundeslandes vertraut gemacht. „Es liegt auf der Hand, daß sich eine solche spezielle Verschuldungspolitik nur wenige Jahre durchhalten läßt, weil die dramatisch rasch steigenden Zinslasten den Haushalt sonst in Kürze erdrosseln würden, wie am abschreckenden Beispiel anderer hochverschuldeter Länder (Brasilien, Mexiko, Polen, aber auch Bremen und Saarland) zu studieren ist."

1986 muß die Regierung Rau jeden Monat 500 Millionen Mark an Zinsen aufbringen für ihre gegenwärtigen Kreditmarktschulden. Diese fatale Lage der Landesfinanzen ähnelt nach Ansicht Possers schon „einer chronischen Krankheit". Bis 1974 noch hatte NRW die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung aller Länder mit 234 Mark pro Bürger. Heute aber liegt das Land mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 3970 Mark hinter dem Saarland und Schleswig-Holstein an drittletzter Stelle. Es ist inzwischen doppelt so hoch verschuldet wie seine Gemeinden, nämlich mit 66,6 Milliarden Mark zu 36,1 Milliarden Mark.

Von 1977 bis 1984 hatten die übrigen Bundesländer im Durchschnitt einen Verschuldungsanstieg von 188,9 Prozent zu verzeichnen. In diesem Zeitraum ist aber die Verschuldung von NRW um nicht weniger als 400,9 Prozent angestiegen, nämlich von 13 Milliarden Mark auf 66,6 Milliarden Mark. Als Ursache dafür nennt Posser die Ausgaben, „die wir als sozialdemokratisch geführte Regierung und Fraktion aus politischer Überzeugung auf uns genommen haben", aber auch die Subventionen für Kohle und Stahl und Ungerechtigkeiten in der Steuerverteilung zwischen Bund und Land.

Bei der Vorstellung des Etats für 1986 schätzt Posser die Gesamtverschuldung des Landes auf 88 Milliarden Mark. Der Gesamthaushalt soll 57,4 Milliarden Mark betragen und damit um 7,3 Prozent über dem Etat des laufenden Jahres liegen. Seine Kennzeichen seien mehr finanzielles Engagement für Umweltschutz und für zusätzliche Ausbildungsplätze, dafür aber weniger Mittel für Gemeinden- und Landespersonal. Im Personalhaushalt soll der Kurs des Stellenabbaus beibehalten werden. 1986 will Posser etwa 9500 Stellen einsparen, von denen aber tatsächlich nur 700 sofort abgebaut werden.

Nur Albrecht stimmte in das Klagelied nicht ein

Von GEORG BAUER

Hinter den verschlossenen Türen eines Konferenzraumes im Kieler Hotel Conti-Hansa machten die vier Regierungschefs der Länder Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein ihrem Unmut Luft. Adressaten der kritischen Worte, die vor allem der Ministerpräsident Schleswig-Holsteins, Uwe Barschel, zur Zeit Vorsitzender der Konferenz Norddeutschland, und der Bürgermeister von Hamburg, Klaus von Dohnanyi, fanden, waren die Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft, Prof. Heinz A. Staab, und der Frauenhofer-Gesellschaft, Prof. Max Syrbe.

Die Interessensgemeinschaft aus Christdemokraten und Sozialdemokraten rief den Professoren die Bund-Länder-Rahmenvereinbarungen aus den Jahren 1976 und 1977 ins Gedächtnis, an die auch sie sich gebunden fühlen sollten. Damals war



Norddeutschland

man überein gekommen, bei der Entscheidung über Standorte neuer Forschungsinstitute „neben wissenschaftspolitischen auch eine ausgewogene regionale Verteilung zu berücksichtigen".

Zum Verdruß der Norddeutschen, die sich um den Anschluß an die technologische Entwicklung und damit die Attraktivität der Region für zukunftsorientierte Unternehmen sorgen, hat sich der regionale Aspekt bis heute vor allem zu Gunsten der Bayern und Baden-Württemberger ausgewirkt.

Staab und Syrbe rechneten sie vor, daß 21 der 25 Max-Planck-Institute in der Bundesrepublik Deutschland in Bayern und Baden-Württemberg beheimatet seien. Mit dem Institut für Limnologie in Mölln und den Instituten für ausländisches und internationales Privatrecht sowie für Meteorologie in Hamburg seien hingegen nur drei in Schleswig-Holstein und der Hansestadt.

In den Klagechor, in dem die Stimme des frisch gekürten Bremer Bürgermeisters Klaus Wedemeier erst leise zu vernehmen war, konnte der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht allerdings nicht so recht einstimmen. Schließlich weist besonders der Raum Göttingen eine hohe Konzentration von Forschungsstätten auf, eine Entwicklung, mit der die Präsidenten von Max-Planck- und Frauenhofer-Gesellschaft dem Argument eines niedersächsischen Defizits begegneten. Die Diaspora in Sachen Forschung und Wissenschaft in Hamburg und Schleswig-Holstein gestanden sie allerdings ein.

Das soll nun anders werden. Aber wie? Staab und Syrbe mußten die vier Regierungschefs in nüchterner Analyse der Situation darauf aufmerksam machen, daß an Neugründungen von Instituten vorerst nicht zu denken sei. Der Grund: Kein Geld.

In dem Konferenzzimmer rangen die Politiker den Professoren aber das Versprechen ab, sogenannte Projektgruppen einzurichten, die sich zusammen mit bereits existierenden Forschungseinrichtungen im universitären und außeruniversitären Raum auf noch unbesetzten Wissenschaftsfeldern engagieren sollen. Ein Scheck auf die Zukunft.

Auch der Informationsfluß soll fortan nicht mehr gehemmt sein. Um im Wettlauf mit den Süddeutschen um zukünftige Forschungsstätten zumindest gleichauf zu sein, werden die beiden Gesellschaften den Regierungschefs Listen über mögliche realisierbare Vorhaben erstellen. Auf einer Ebene von Wirtschaftlern und Wissenschaftlern sollen dann die Forschungsprojekte auf ihre Attraktivität für Norddeutschland hin überprüft werden.

Auch die Politiker wollen zur Feder greifen und an Hand einer tabellarischen Aufstellung die beiden Gesellschaften über ihrer Meinung nach notwendige Projekte informieren.

Ganz handfesten Nutzen aus der Zusammenkunft zog hingegen der Gastgeber. Mit Freude vernahm Barschel, daß die Max-Planck-Gesellschaft das Institut in Mölln mit einem Aufwand von zehn Millionen Mark ausbauen wird. Interesse signalisierte Staab auch an einer Zusammenarbeit mit dem Forschungsinstitut der Immunbiologie und experimentelle Medizin in Borstel. Und zur Genugtuung des Schleswig-Holsteiners scherte der Professor auch in die Front der Befürworter des Instituts für Marine-Geowissenschaften mit Sitz in Kiel ein, eine Stärkung von Seiten der Deutschen Forschungsgemeinschaft, die nach Ansicht Barschels das Tauziehen mit Forschungsminister Riesenhuber um das Projekt erheblich und maßgeblich erleichtert.

Zum Abschied sorgt Hugo Brandt für Zündstoff in der Partei

Die drei SPD-Bezirke in Rheinland-Pfalz sollen schlagkräftiger Landesverband werden

JOACHIM NEANDER, Mainz

Mit einem unerwarteten Abschiedsgeschenk sorgt der scheidende SPD-Landesvorsitzende von Rheinland-Pfalz, der 55jährige Hugo Brandt, für parteiinterne Diskussionen, die nach Ansicht von Kritikern in den eigenen Reihen zumindest in diesem Augenblick vermeidbar gewesen wären.

Vier Tage vor dem Landesparteitag, auf dem Brandts Nachfolger Rudolf Scharping (37) in sein Amt gewählt werden soll, hat der aus gesundheitlichen Gründen abtretende Landesvorsitzende eine Organisationsreform der Partei vorgeschlagen, wie sie in ähnlicher Form seinem bayerischen Kollegen Helmut Rothemund zum Verhängnis geworden war. Rothemund mußte nicht nur seine Pläne begraben, sondern inzwischen auch in seinen Funktionen als Landes- und Fraktionsvorsitzender anderen Platz machen.

Hugo Brandt ist nach vierjähriger Erfahrung als Parteivorsitzender zur Erkenntnis gekommen, daß die drei rheinland-pfälzischen SPD-Bezirke aufgelöst und endlich durch einen schlagkräftigen SPD-Landesbezirk abgelöst werden sollen. Brandt auf einer Pressekonferenz in Mainz: „Vor vier Jahren glaubte ich noch, man könne trennen: die politische Kompetenz beim Landesverband, die organisatorische bei den Bezirken. Aber das ist auf die Dauer nicht zweckmäßig. Die SPD Rheinland-Pfalz bleibt aus diesem Grunde politisch stets unterhalb ihrer wirklichen Wirkungsmöglichkeiten."

Solche Forderungen wurden schon vor Jahren erhoben. Bislang aber sind alle Landesvorsitzenden gescheitert, vor allem am Widerstand der selbstbewußten Pfälzer. Der Zuschnitt der drei rheinland-pfälzischen SPD-Bezirke ist ein wenig kurios und nur historisch zu verstehen.

Im Norden des Landes wirkt – auf dem Gebiet der beiden Regierungsbezirke Koblenz und Trier – der Parteibezirk Rheinland/Hessen-Nassau mit gut 31 000 Mitgliedern. Im Süden residieren auf der Fläche eines einzigen Regierungsbezirks (Rheinhessen-Pfalz) gleich zwei SPD-Bezirke: die mächtige Pfalz (fast 30 000 Mitglieder) und das relativ kleine Rheinhessen (11 000 Mitglieder).

Der Norden stellt den neuen Spitzenmann Scharping (als Fraktionschef bereits in Amt und Würden, als Landesvorsitzender am Wochenende in Bad Kreuznach ohne Gegenkandidaten noch zu wählen). Die Pfälzer haben die längste Tradition, die weitaus besten Wahlergebnisse, aber auch die ungünstigste Altersstruktur in der Mitgliedschaft. Fast die Hälfte ist über 50.

Oft saßen sie im Schmollwinkel. Ihr Bezirksvorsitzender Willi Rothley hatte eigentlich Ambitionen auf die Nachfolge von Hugo Brandt. Er wäre seit Jahrzehnten der erste pfälzische Landeschef gewesen, wenn man vom reinen Zähl-Pfälzer Klaus von Dohnanyi absieht. Als Europaabgeordneter äußert Rothley gelegentlich ziemlich Distanziertes zu landespolitischen Themen.

Die Pfälzer bieten für Brandt auch den Hauptanlaß für seine Forderung. Einmal habe er, berichtet er, alle Unterbezirksgeschäftsführer zu einer Tagung eingeladen. Aus der Pfalz kam Protest: Die Geschäftsführer seien Angestellte der Bezirke, die könne man nicht einfach nach Mainz zitieren.

Auch das böse Omen aus Bayern läßt Brandt nicht gelten. Bayern sei eben ein größeres Land, das erfordere wohl auch andere Organisationsstrukturen. Und den pfälzischen Widerstand möchte er nicht zu hoch einschätzen: „Vielleicht denken die Genossen an der Basis darüber ja etwas anders als der Bezirksvorstand."

Scharping hält sich bedeckt. In der Sache ist er mit seinem Vorgänger offenbar einer Meinung. Ob er das Thema allerdings von sich aus vier Tage vor seiner Wahl aus der Schublade gezogen hätte, wird in Mainz stark bezweifelt.

Der an sich auf Frieden, Eintracht und Geschlossenheit ausgelegte Kreuznacher Landesparteitag (außer den Vorstandswahlen und einer Rede von Willy Brandt stehen nur wenige, kaum strittige Anträge auf der Tagesordnung) bekommt durch Hugo Brandts überraschende Abschiedsforderung nach einer Organisationsreform plötzlich einen ganz neuen Drall. Niemand weiß, ob es nicht Streit geben wird.

Strauß: „Ich habe einen Freund verloren"

DW. Bonn

Zum Tode Axel Springers trafen auch gestern noch zahlreiche Kondolenztelegramme ein.

Friedrich Zimmermann, Bundesinnenminister: „Axel Springer gehörte zu den hervorragenden Persönlichkeiten unter den deutschen Verlegern. Er hat nach 1945 mit beispielhaftem verlegerischen Unternehmensgeist nicht nur den größten deutschen Presseverlag mit einer Vielzahl von neuentwickelten Publikationen aufgebaut, sondern er hat mit seinem unbeirrbaren Eintreten für die Freiheit und gegen jede Art von Totalitarismus in seiner verlegerischen Haltung eine Kontinuität bewiesen, die nicht zuletzt auch seinen politischen Gegnern Achtung abgenötigt hat."

Christian Schwarz-Schilling, Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen: „Axel Springer war nach dem Krieg einer der ersten, die sich in den schweren Jahren des Aufbaus um die Gestaltung der Presselandschaft und um die Vielfalt der Medien in unserem Lande große Verdienste erworben haben. Sein Werk, das er bis zu seinem Tode konsequent fortsetzte, hat sowohl im Inland als auch im Ausland große Anerkennung gefunden. In den letzten Jahren hat er durch sein großes Engagement im Bereich der Medien Zeichen gesetzt, die nie vergessen werden."

Richard Burt, US-Botschafter in Bonn: „Er war ein Vorkämpfer der freien Presse und ein führender Verfechter freundschaftlicher deutsch-amerikanischer Beziehungen."

Franz Josef Strauß, Parteivorsitzender der CSU: „Unsere Freundschaft war gewachsen aus dem jahrzehntelangen gemeinsamen Kampf für dieselben Wertvorstellungen und genährt aus einer sich immer wieder bestätigenden politischen Übereinstimmung. Deshalb beklage ich nicht nur als bayerischer Ministerpräsident den Heimgang einer Persönlichkeit des öffentlichen Lebens, sondern setze als Privatmann hinzu: Ich habe einen Freund verloren."

Johannes Rau, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen: „Auch wenn wir im politischen Denken nicht verbunden waren, so habe ich in ihm jedoch immer eine Persönlichkeit gesehen, die erfüllt war von Sorge um Freiheit und Wohlergehen aller Deutschen."

Klaus Schütz, früherer Regierender Bürgermeister von Berlin und heutiger Intendant der Deutschen Welle: „Er war ein großer Deutscher, und so war er treu zu Berlin und ohne Einschränkung ein wirklicher Freund Israels. Für mich war er neben all diesem ein Mensch, mit dem ich mich auf besondere Weise immer wieder verbunden gefühlt habe, und der mir als ein guter Kamerad oft geholfen hat."

Theo Waigel, Vorsitzender der CSU-Landesgruppe: „Seine Maxime war die Aussöhnung und Freiheit unter den Völkern. Das Engagement von Axel Springer für Berlin und die Wiedervereinigung Deutschlands waren für uns immer, besonders in den deprimierenden Tagen des Mauerbaus, Ermunterung zur Fortsetzung unserer Deutschlandpolitik."

Friedrich Wilhelm Räuker, Intendant des Norddeutschen Rundfunks: „Ich selbst habe mit Axel Springer manches Gespräch geführt und fühlte mich ihm in politischen Sichtweisen und menschlichen Empfindungen eng verbunden."

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.2

Wechsel in Bonn: Geißler geht, Frau Süssmuth kommt

DW. Bonn

Die künftige Familienministerin Rita Süssmuth (CDU) hat zur Suche nach einem Weg aufgefordert, die anhaltende Debatte um die Verschärfung des Abtreibungsparagraphen zu beenden. „Diese Debatte ist für niemanden dienlich", sagte Frau Süssmuth in einem Interview des Frauenmagazins „Emma". Eine Abtreibung sei für sie als Katholikin Tötung menschlichen Lebens. Sie sei jedoch der Meinung, daß die Anstrengungen verstärkt werden sollten, Frauen durch Beratung und Hilfe in dieser Frage entscheidungsfähiger zu machen. Bisher sei viel zu wenig für das „Bewußtsein" der betroffenen Frauen getan worden. „Ich persönlich bin der Meinung, daß wir mit Strafe, mit Beibehaltung des Strafgedankens nicht weiterkommen."

Frau Süssmuth wird heute vormittag von Bundespräsident Richard von Weizsäcker die Ernennungsurkunde erhalten.

Geißler, der sich künftig auf seine Aufgabe als CDU-Generalsekretär konzentriert, verabschiedete sich gestern vom Bundeskabinett und vor der Bundespressekonferenz in Bonn. Der Unionspolitiker nutzte diesen Anlaß auch zu kritischen Bemerkungen. „Es gibt innerhalb der Ministerien zu viele Bedenkenträger", sagte Geißler. Der bisherige Familienminister, der wegen prononcierter Meinungsäußerungen vor allem von der SPD heftig angegriffen worden war, äußerte sich auch zum Stil der politischen Auseinandersetzung. „Wir tun uns bis zum heutigen Tag in Deutschland schwer, den Streit und die scharfe Kritik als selbstverständliche Bestandteile der politischen Kultur eines demokratischen Landes anzuerkennen. Manche Kritik an der Sprache der Politik ist nur verständlich vor dem Hintergrund eines politischen Biedermeiers, eines Harmoniebedürfnisses, das zm Teil noch im vergangenen deutschen Obrigkeitsstaat geprägt wurde."

Die „Neue Heimat" zeigte sich recht entgegenkommend

Vor U-Ausschuß entstand Eindruck eines Selbstbedienungsladens

Uwe Bahnsen, Hamburg

Der gewerkschaftseigene Baukonzern „Neue Heimat" wirkte am Dienstagabend im NH-Untersuchungsausschuß der Hamburger Bürgerschaft als eine Art Selbstbedienungsladen. Wie berichtet, prüft der Ausschuß die Frage, ob die zuständigen Behörden der Hansestadt Hamburg ihre Rechtsaufsicht über den gemeinnützigen Teil des Konzerns mit der erforderlichen Gründlichkeit ausgeübt haben. Im Zeugenstand saß erneut der Chefjurist des Wohnungsbauunternehmens, Klaus-Jürgen Biertz. Er wurde zu Ermittlungsergebnissen des Ausschusses befragt, nach denen in den Jahren vor der Aufdeckung des „Neue-Heimat"-Skandals im gemeinnützigen Konzernbereich mindestens dreizehn Bauherren bei ihren Vorhaben finanzielle Vorteile von mehr als 1,3 Millionen Mark gewährt worden sind.

Biertz gehörte zu diesen Begünstigten. Nach den Angaben des Ausschußvorsitzenden Ulrich Hartmann (SPD) zeigte die „Neue Heimat" dieses für das Unternehmen als Verlust zu Buche schlagende Entgegenkommen vor allem bei Grundstückspreisen. So sei auch Biertz im Jahre 1970 beim Bau eines Eigenheimes ein Baugrundstück zum Quadratmeterpreis von 54 Mark überlassen worden. Ein Gutachter habe aber den Grundstückswert später auf 84 Mark pro Quadratmeter geschätzt.

Auf die Frage Hartmanns, ob er diesen Kaufpreis eigentlich für angemessen und mit der Gemeinnützigkeit des Unternehmens für vereinbar halte, antwortete Biertz, ihm sei damals die Preisbemessungsgrundlage der „Neuen Heimat" nicht bekannt gewesen. Er gehe aber davon aus, daß dieser Preis rechtmäßig gewesen sei, denn auch die Finanzverwaltung habe beim Besteuerungsverfahren keinen Anstoß genommen. Ein Arbeitgeber-Darlehen von 70 000 Mark, für das er nur vier Prozent Zinsen zu zahlen hatte, hielt der Jurist ebenfalls für üblich und in Ordnung.

Zu anderen Sachverhalten gab Biertz dem Ausschuß wieder wie schon bei früheren Vernehmungen nur ausweichende oder kaum verwertbare Antworten. Der NH-Chefjurist war dem Ausschuß insbesondere immer dann hinreichende Antworten schuldig geblieben, wenn sich die Fragen auf gemeinnützigkeitsrechtlich problematische Beteiligungen früherer NH-Mitarbeiter an Tochtergesellschaften des Konzerns, auf „Kontaktangestellte" der „Neuen Heimat" aus Politik und Verwaltung und auf die Zulässigkeit von Ergebnisabführungsverträgen der NH-Holding und den Tochtergesellschaften bezogen. An vielen Vorgängen wollte Biertz nicht beteiligt gewesen sein oder er gab an, er könne sich an die Zusammenhänge nicht mehr erinnern. Derlei Einlassungen führten am Dienstagabend dazu, daß dem Zeugen anhand von Aktenvermerken, die von ihm stammten, das Gedächtnis aufgefrischt werden mußte.

Der Ausschußvorsitzende Hartmann und sein Stellvertreter Karl-Heinz Ehlers (CDU) haben die Aussagen von Biertz bislang stets mit der Überzeugung entgegengenommen, daß er als „Kronjurist" des Konzerns zu den am besten informierten Mitarbeitern der „Neuen Heimat" gehören müsse. Diese Einschätzung hatte Hartmann zu der Frage veranlaßt, ob der Zeuge Biertz für die „Neue Heimat" deshalb so nützlich gewesen sei, weil er „viel zudecken konnte", oder weil er „einen so eklatanten juristischen Sachverstand hat".

Am 8. Oktober will der Ausschuß in öffentlicher Sitzung den früheren Ersten Bürgermeister Hans-Ulrich Klose, den Rechnungshofpräsidenten Harald Schulze sowie die früheren Bausenatoren Cäsar Meister (SPD) und Rolf Bialas (FDP) hören. Auch der frühere Staatsrat Diether Haas und der suspendierte Leiter des Amtes für Wohnungswesen in der Baubehörde, Gottfried Scholz, sollen als Zeugen aussagen.

Jenninger sprach mit Todorov über Kulturinstitut

AP, Bonn

Das große Interesse der Bundesrepublik Deutschland an einem Kulturinstitut in Bulgarien hat Bundestagspräsident Philipp Jenninger (CDU) bei einem Gespräch mit dem Vorsitzenden der bulgarischen Volksversammlung, Stanko Todorov, in Bonn hervorgehoben. Jenninger äußerte dabei auch die Hoffnung, daß die Einbeziehung West-Berlins in die kulturellen Beziehungen zwischen beiden Ländern nicht länger zu Problemen führen werde. Todorov hält sich mit einer bulgarischen Delegation zu einem Informationsbesuch in der Bundesrepublik Deutschland auf.

Als wertvollen Beitrag für die Verbesserung der Beziehungen bezeichnet Jenninger den Tourismus. Er sei ein „wichtiger Aktivposten der Verständigung". Neben Kontakten auf Regierungsebene seien aber auch Treffen zwischen Abgeordneten notwendig, da dies ein klassisches Mittel der Vertrauensbildung sei.

Grüner mit NS-Tagebuch

Schwere Vorwürfe gegen Herausgeber des Parteiorgans

WERNER KAHL, Bonn

Der Grünen Partei ist neues belastendes Material aus der Tätigkeit des Herausgebers und verantwortlichen Redakteurs ihrer gleichnamigen Wochenzeitung „Die Grünen", August Haußleiter, während der Nazi-Ära auf den Tisch gekommen.

Aus einem „Kriegstagebuch" zitierte der Mediendienst „Rundy" Haußleiter nach dem Einmarsch in die Sowjetunion 1942 unter anderem: „Wir haben noch jeden Gegner geschlagen. Diesen, den hinterhältigsten von allen – diesen Gegner werden wir vernichten als getreue Vollstrecker des Befehls, der an uns erging." Die Russen werden in den Aufzeichnungen („Ein deutsches Korps im Kampf gegen die Sowjets", (Schrag-Verlag, Nürnberg, 1942) als „verzweifelte Tiere", „bestialisch und unmenschlich" bezeichnet. „Diese Mörderbanden" müsse man „... mitleidlos ausbrennen aus der Gemeinschaft der Völker".

Bei der Entnazifizierung habe der Ankläger nach dem Krieg dieses Buch als „nicht belastend" angesehen, sagte Haußleiter gestern in München der WELT. Auf die endgültige Fassung habe er als Gefreiter des 13. Armeekorps auch „keinen Einfluß" gehabt. Die ihm zugeschriebenen Passagen werde er prüfen, kündigte der 80jährige an.

Die Grünen waren nicht die erste Partei, an deren Gründung Haußleiter („Viele Fahnen getragen", so die „Süddeutsche Zeitung" 1980) beteiligt war. Seit den 50er Jahren fordert er, begleitet von Angriffen gegen die USA, den Austritt aus der NATO und die Neutralisierung Deutschlands. Mit der „Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher" (AUD) suchte er die Zusammenarbeit mit linken „antiautoritären" Gruppen. Bei den Grünen verschaffte sich Haußleiter mit der Wochenschrift, bei der er Inhaber und Herausgeber ist, eine Tribüne für antiamerikanische Politik. Das Blatt propagierte kürzlich „neue Leitziele" für die zusammengebrochene „Friedensbewegung" und forderte „volle Anerkennung der DDR".

Orthodoxer Priester in Polen ermordet

AP/KNA, Warschau

In Warschau hat ein Sprecher der Orthodoxen Kirche Polens Berichte bestätigt, daß ein Geistlicher dieser Kirche ermordet worden sei. Der Sprecher Jerzy Tofiluk erklärte, der Geistliche Piotr Poplawski sei „unter ungeklärten Umständen" ermordet worden. Man wolle die Ergebnisse einer *Untersuchung* abwarten.

Zuvor hatte das britische Keston College, das dem religiösen Leben in Ostblockländern seine Aufmerksamkeit widmet, mitgeteilt, der 41jährige Poplawski, orthodoxer Priester in Narew (Ostpolen), sei am 21. Juni ermordet worden. Die Leiche, die Spuren von Mißhandlungen aufgewiesen habe, sei eine Woche später an einen Baum gefesselt gefunden worden.

Im vergangenen Jahr war der Warschauer katholische Geistliche Jerzy Popieluszko, ein Wortführer der Ziele der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität", ermordet worden. Vier Beamte des polnischen Sicherheitsdienstes wurden als Mörder und Anstifter überführt und zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt.

Wie dem Keston College mitgeteilt wurde, haben die örtlichen Behörden zunächst den Fall Poplawski zu vertuschen versucht. Die Untersuchungen seien nur widerwillig aufgenommen worden. Der Arzt, der die Autopsie vorgenommen habe, sei unter Druck gesetzt worden, als Todesursache Selbstmord anzugeben, was dieser aber energisch zurückgewiesen habe. Aus dem Untersuchungsergebnis gehe hervor, daß Pfarrer Poplawski durch Schläge auf den Kopf getötet worden sei. Außerdem habe der Körper zahlreiche Prellungen und mehr als ein halbes Dutzend Messerstiche im Brust- und Magenbereich aufgewiesen.

Nachdem der Arzt die Selbstmord-Version zurückgewiesen habe, sei von den Behörden das Gerücht ausgestreut worden, Pfarrer Poplawski sei von „fanatischen nationalistischen Katholiken" ermordet worden, weil er einige Wochen zuvor in einer Predigt die „Solidarität" angegriffen habe. Tatsächlich hatte der Priester aber nur die Gewerkschaftsmitglieder vor einer Einschleusung von Geheimpolizisten in ihre Reihen gewarnt.

Keston College äußerte die Vermutung, mit gezielt ausgestreuten Gerüchten solle das Verhältnis zwischen Katholiken und Orthodoxen gestört werden. Die orthodoxe Kirche hat in Polen etwa 500 000 bis 600 000 Mitglieder und ist damit die zweitgrößte Glaubensgemeinschaft in dem überwiegend katholischen Land.

PLO begrüßt Einladung Londons

rtr, Amman

Führer der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) haben die von der britischen Regierungschefin Margaret Thatcher ausgesprochene Einladung an zwei Mitglieder des Exekutivausschusses der Organisation begrüßt. In einer Meldung der palästinensischen Nachrichtenagentur Wafa hieß es, der Exekutivausschuß habe bei zweitägigen Beratungen in Tunis die Einladung erörtert. Sie sei ein Schritt nach vorne.

Bei dem geplanten Treffen soll die jordanisch-palästinensische Friedensinitiative besprochen werden. Israel hatte die Einladung in scharfer Form verurteilt. Frau Thatcher will mit dem Schritt die USA zu Vorgesprächen über einen Friedensplan mit einer jordanisch-palästinensischen Delegation ermutigen.

Gandhi übernimmt Verteidigungsressort

dpa, Neu Delhi

Indiens Premierminister Rajiv Gandhi hat, wie seit längerem erwartet eine größere Regierungsumbildung vorgenommen. In seinem neuen Kabinett übernimmt der 41jährige das Ministerium für Verteidigung, gibt jedoch das seit seinem Amtsantritt von ihm mitverwaltete Außenministerium ab. Insgesamt ernannte der Premierminister 16 neue Minister und faßte einige wichtige Ämter zu „Super-Ministerien" zusammen.

Zum neuen Außenminister ernannte Gandhi den 63jährigen Bali Ram Bhagat, der bereits Ende der 60er Jahre als Minister im Kabinett Indira Gandhis saß. Der bisherige Verteidigungsminister Narasimha Rao, einer der erfahrensten indischen Politiker, wurde mit einem „Ministerium für menschliche Ressourcen" betraut, dessen Aufgaben noch nicht bekannt sind. Außerdem schuf Gandhi ein neues Landwirtschaftsministerium, in dem mehrere kleine Ministerien (Bewässerung, ländliche Entwicklung und Kunstdünger) zusammengefaßt wurde. Dieses Amt übernimmt der prominente Sikh-Politiker Buta Singh.

Überraschend beförderte Gandhi seinen persönlichen Freund und engsten politischen Berater, Arun Singh, vom Posten seines Parlamentarischen Staatssekretärs zu seinem Stellvertreter im Verteidigungsministerium.

Vietnam stößt in Kambodscha auf stärkeren Gegner

Von THOMAS WEST

Die Lösung der Kambodscha-Frage wird von Vietnam seit 1981 bald politisch, bald militärisch angegangen – je nach Jahreszeit.

In der Regensaison (April bis September) pflegt es politische Vorschläge zu unterbreiten, in den Monaten der Trockenzeit (Oktober bis März) dagegen mit seinen Bataillonen anzugreifen. So auch erneut wieder in diesem Jahr. Noch am 16. August hatte Hanoi einen Fünf-Punkte-Vorschlag unterbreitet, der einen definitiven Abzug all seiner Truppen aus Kambodscha bis 1990 ankündigte. Fünf Wochen später hat es erneut die militärische Initiative gegen kambodschanische Widerstandsgruppen im Bereich des Tonle-Sees ergriffen.

Wahrscheinlich hängt das eine mit dem anderen zusammen: Sollen die Truppen tatsächlich nur noch sechs Jahre im Land bleiben, so gilt es, in aller Eile die Kontrolle über Kambodscha sicherzustellen. Dabei hatte Vietnam erst im April wieder einen seiner „Teilrückzüge" verkündet, der aber offensichtlich, wie alle ähnlichen Manöver seit 1982, lediglich auf eine Truppenrotation hinauslief.

Im Gegensatz zu früher wird es allerdings diesmal so einfach nicht, des Gegners habhaft zu werden. Seit im Frühjahr 1985 die nahe der Grenze zu Thailand gelegenen Lager der drei kambodschanischen Widerstandsgruppen vernichtet und dadurch die früher dort stationierten Formationen nolens volens zum „Krieg der Flöhe" im Inneren Kambodschas genötigt worden sind, gibt es kaum noch identifizierbare Ziele.

Hauptkampffeld – und wohl auch Hort der strategischen Entscheidung – ist inzwischen die Gegend um den Großen See, wo sich nicht nur die Reis- und Fischkammer Kambodschas befindet, sondern wo auch die drei Hauptversorgungsrouten der Vietnamesen zum zweitwichtigsten Kriegsschauplatz, nämlich nach West-Kambodscha, verlaufen.

Vietnam muß drei neuen Entwicklungen ins Auge sehen: Erstens sind die Truppen des Demokratischen Kampuchea (DK), unter ihnen sogar die der Roten Khmer, inzwischen allem Anschein nach von der Bevölkerung akzeptiert worden, können also – Grundbedingung jeder Guerilla-Kriegführung – wie Fische im Wasser des Volkes schwimmen. Ursächlich für diese Haltung mag vor allem die Verbitterung sein, die durch die Ansiedlung von Vietnamesen hervorgerufen worden ist.

Zweitens erhalten die DK-Guerillas nun immer umfangreichere Auslandshilfe. Die beiden nichtkommunistischen Gruppierungen werden seit Juli offiziell auch von den USA unterstützt. Die Truppen der Roten Khmer haben von China erstmals Boden-Luft-Raketen vom Typ SAM-7 erhalten, die gegen vietnamesische Flugzeuge, vor allem aber gegen die fliegende Anti-Guerrilla-Kavallerie der Vietnamesen (Helikopter), eingesetzt werden können. Gleichzeitig hat freilich auch die Sowjetunion den Vietnamesen 50 weitere Panzer für den Kambodscha-Einsatz überlassen. Die Internationalisierung des Kambodscha-Konflikts ist damit um ein weiteres Stück eskaliert.

DIE ● ANALYSE

Drittens haben die beiden im Inneren Kambodschas operierenden nichtkommunistischen Verbände, nämlich die ANS (Armee Nationaliste Sihanoukienne) und KPNLF-Armee inzwischen ein gemeinsames Oberkommando gebildet, nachdem sie vorher mehrere Male von ihren „Verbündeten", den Rote Khmer-Einheiten angegriffen worden waren.

Was die politischen Lösungsversuche anbelangt, so erweisen sich nach der New Yorker Kambodscha-Konferenz vom Juli 1981 vier Fragen (Truppenrückzug, Zwischensicherungsmaßnahmen, Wahlen und Regierungsbildung) als besonders regelungsbedürftig.

Die Hauptdivergenzen lassen sich in Form folgender Fragen wiedergeben:

– Truppenrückzug sofort und vollständig oder aber nach und nach über mehrere Jahre? Hanoi hat den allmählichen Abzug bis 1990 angeboten, allerdings mit der Einschränkung, daß bis dahin die Pol-Pot-Kräfte ausgeschaltet sind.

– Sicherungsmaßnahme: „Geographischer" Teilrückzug der vietnamesischen Truppen aus West-Kambodscha (als erster Schritt) oder bloß organisatorischer Rückzug von Teilverbänden unter Beibehaltung der bisherigen Stationierungsorte?

Bei vorbereitenden Maßnahmen sollen auch vertrauensbildende Gespräche der „nationalen Versöhnung", in Form von indirekten Gesprächen, geführt werden. Vertreter der Asean-Staatengemeinschaft würden als Vermittler fungieren. Einzelheiten dieses, auf Initiative Malaysias vom 9. April 1985 zurückgehenden Vorschlags sollen demnächst von den Vertretern Vietnams und Indonesiens abgeklärt werden.

– Hinsichtlich der beiden Themen Wahlen und Regierungsbildung lautet die entscheidende Frage: „Vierer-Koalition oder Khmer-Front minus Anhänger Pol Pots?" Soll also die bestehende Dreier-Koalition des DK mit der Heng-Samrin-Regierung in Phnom Penh bei den anzustrebenden Wahlvorbereitungen zusammenarbeiten oder ist die Pol-Pot-Gruppierung (wer gehört dazu?) in jedem Falle ausgeschlossen? Sihanouk setzt sich für die erstere, Hanoi und Phnom Penh für die letztere Lösung ein.

Niederlage für Radikale in Liverpool

gat. London

Die Absicht radikaler Labour-Abgeordneter und militanter Gewerkschaftsfunktionäre im Liverpooler Rathaus, durch einen zeitlich unbegrenzten Streik die Stadtverwaltung lahmzulegen, wurde durch den gesunden Menschenverstand der Gewerkschaftsmitglieder zunichte gemacht. In einer *Urabstimmung* sprachen sie sich mit 8152 zu 7284 Stimmen gegen diesen Streik aus.

Das Ergebnis wurde gestern früh, nur wenige Stunden vor der geplanten Arbeitsniederlegung, bekanntgegeben, als das Abstimmungsresultat der Gewerkschaftssitzung vorlag. Bis dahin hatten die Streik-Befürworter einen beachtlichen Vorsprung. Er ging verloren, als die Angestellten mit großer Mehrheit gegen den Ausstand votierten und der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrates, Ian Lowes, mit verbitterter und enttäuschter Miene auf einer hektischen Pressekonferenz die Niederlage eingestehen mußte. Der Arbeitskampf in Liverpool beschränkte sich damit auf einen eintägigen Streik, der gestern die gesamte Verwaltung zum Erliegen brachte.

Die militanten Gruppen innerhalb der Labour-Partei und der Gewerkschaften wollten mit der Arbeitsniederlegung gegen die nach ihrer Auffassung von der Regierung betriebene „Aushungerungstaktik" der Stadt protestieren. Sie steht vor dem Bankrott und weiß nicht, wie sie vom Beginn des nächsten Monats an ihren finanziellen Verpflichtungen, einschließlich der Lohn- und Gehaltszahlungen, nachkommen soll.

Der von Labour dominierte Stadtrat hat sich allerdings selbst durch Gesetzesverstöße in diese Situation gebracht. Sein aggressives und provokatives Verhalten gegenüber dem Gesetzgeber wird von der Mehrheit der Liverpooler Bevölkerung verurteilt. Nach einer gestern veröffentlichten Meinungsumfrage sind 58 Prozent der Einwohner nicht der Ansicht, daß der Stadtrat zum Wohl des Gemeinwesens agiert, 32 Prozent unterstützen ihn. 64 Prozent meinten, daß diejenigen, die Labour 1983 an die Macht brachten, heute nicht mehr mit deren Politik einverstanden seien.

Für die Stadtbediensteten bleibt die Lage weiterhin mißlich. Bei einem Streik hätten sie wenigstens mit einer kleinen finanziellen Entschädigung durch die Gewerkschaft rechnen können. So müssen sie nun von der nächsten Woche an umsonst arbeiten.

Eanes-Partei gilt als große Unbekannte bei den Wahlen

Soares will „sieben Prozent mehr" / Portugals KP optimistisch

KURT KLINGER, Lissabon

Rund acht Millionen Portugiesen wählen am 6. Oktober eine neue Volksvertretung, um die 250 Mandate bewerben sich rund 3000 Kandidaten aus elf Parteien.

Die Politiker haben beim Volk nur noch wenig Kredit, weil die Lohntüten immer dünner werden, weil die Lebenshaltungskosten seit zehn Jahren unaufhaltsam steigen (Inflationsrate 1985 rund 30 Prozent) und das Heer der Arbeitslosen bereits über 15 Prozent der aktiven Bevölkerung ausweist.

Die aus nichtmarxistischen Sozialisten (PS) und liberalen Sozialdemokraten (PSD) bestehende Regierungskoalition sieht sich einer gefährlichen Apathie der Wähler gegenüber. Politisches Kapital werden nur die APU-Kommunisten daraus zu schlagen wissen, wenn den Bürgerlichen nicht noch während des Wahlkampfes ein zur Urne hinreißender Wahlschlager einfällt.

Damit sieht es so dünn wie bei den Lohntüten aus. KP-Chef Alvaro Cunhal fordert die Bildung einer „Regierung der nationalen Rettung" aus allen im Parlament vertretenen Parteien. Er hat dabei die von ihm gegründete kommunstische „Vereinigte Volksallianz" (APU) im Auge, der neben einer anderen Satellitenpartei zum ersten Mal auch die Grünen angehören (bisher ein Abgeordneter). Die APU-Kommunisten zeigen keine roten Zahlen, Hammer und Sichel sind verbannt und das bekannte KP-Parteisymbol PCP ist nirgends zu sehen.

„Reinste Bauernfängerei" sagen die Nichtkommunisten, weil der einfache Mann auf dem Lande hinter den weißen APU-Zahlen und Plakaten die Kommunisten nicht erkennen kann, die er eigentlich nicht wählen wollte. Aber mit dem „Volk vereint" sein, ja das möchte er.

Die Sozialisten sind mit ihrem Slogan „Eine Mehrheit zum Regieren" besser dran. Sie erhielten 1982 rund 37 Prozent und waren damit die stärkste Partei, aber es reichte nur zu einer Koalitionsregierung. Partei-Generalsekretär und jetzt Anwärter auf das Amt des Staatspräsidenten, Mario Soares, forderte von den Wählern mit seinem Slogan „Gebt mir sieben Prozent mehr" – die absolute Mehrheit.

Nach dem hier gültigen d'Hondtschen Wahlsystem reichen dafür 44 Prozent. Da er später im Herbst bei den Präsidentschaftswahlen als Kandidat auftritt, kreierte mit er mit PS-Vorstandsmitglied Antonio Almeida Santos einen Nachfolger als Ministerpräsidenten. Dieser prägte schon für sich den Slogan: „Ich halte, was ich verspreche. Packen wir es an!" Almeida Santos ist kein Volkstribun wie Mario Soares, aber er ist auch noch nie bei einer politischen Lüge entdeckt worden!

Die zweitstärkste Partei, die liberalen Sozialdemokraten (PSD, 1982 erhielten sie 27 Prozent), unter ihrem neuen Vorsitzenden Cavaco Silva steht „mit einem Bein in der Regierung und mit dem anderen Beim in der Opposition". Cavaco Silva kündigte die Koalition, weil der sozialistische Partner die reformistischen Koalitionsabsprachen nicht erfüllte. In politischen Kreisen wurde dies lediglich als ein Vorwand gesehen, sich aus der Mitverantwortung für den wirtschaftlichen Niedergang des Landes zu stehlen.

Staatspräsident Eanes mußte das Parlament auflösen, weil keine neue Mehrheit zustande kam. Aber die sechs PSD-Minister müssen laut Verfassung bis zur Regierungsneubildung im Kabinett bleiben.

Die christlichen Demokraten (CDS) mit nur 12,4 Prozent mußten denn 1982 Verluste hinnehmen und wurden erstmals nach der KP nur viertstärkste Partei. Der bärtige Parteichef Lucas Pires, unlängst in Bonn von Bundeskanzler Kohl empfangen, ruft seinen Landsleuten zu: Portugal benötige „endlich einmal einen Regierungschef mit Bart".

Die große Unbekannte ist die neugegründete Eanes-Partei Demokratische Erneuerungspartei (PRD). Sie kann für eine Überraschung sorgen, wenn nicht gar für einen Erdrutsch in der bisherigen Parteienlandschaft. Der Names Eanes klingt heute wie *Peron oder de Gaulle in den Ohren* der Unzufriedenen und Unentschlossenen und wirkt im Strom der Massen als Katalysator. Er scheint geeignet, allen etablierten Parteien Stimmen wegzunehmen. Staatspräsident Eanes, der wegen seiner noch gültigen Amtsdauer nicht für die eigene Partei werben darf, schickte seine Frau Manuela Eanes in die Arena wie einst Peron seine Eva. Sie ist eine sanfte, durchaus begabte Rednerin. Sie verkündet mit der PRD im Zentrum der Macht „beginnt die soziale Gerechtigkeit ein bislang in Portugal unbekanntes Wesen!"

Karmals Partei läßt sich nicht zähmen

Offene Auseinandersetzung zwischen Parcham- und Khalq-Flügel / 14 Tote / Rolle der Armee

WALTER H. RUEB, Bonn

Im Amtssitz des afghanischen Präsidenten Babrak Karmal in Kabul kam es nach Angaben westlicher Diplomaten in Islamabad zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern des Khalq- und des Parcham-Flügels der regierenden Demokratischen Volkspartei. 14 Personen wurden getötet. Der Anlaß der Schießerei, die nach Agenturmeldungen bereits am 10. September stattfand, ist unbekannt.

Bekannt aber ist die fast ununterbrochene Folge von Zwistigkeiten und Gewalttätigkeiten in der Geschichte der Kommunistischen Partei Afghanistans. Sie wurde in den sechziger Jahren von Nur Mohammad Taraki gebildet, nannte sich Khalk (Volk) und war ein Sammelbecken von Angehörigen des Kleinbürgertums sowie bäuerlich-traditioneller Schichten.

Die Partei spaltete sich 1967 in zwei Fraktionen: Taraki stand weiter dem Khalk-Flügel vor, der neue Flügel nannte sich Parcham (Banner) und wurde von Babrak Karmal angeführt. Der Fortgang der Geschichte macht die Feindschaft zwischen den Angehörigen der beiden Fraktionen verständlich: bei der April-Revolution 1978 kam Taraki an die Macht, Karmal mußte sich mit dem Posten des Vizepräsidenten zufriedengeben und wurde noch im gleichen Jahr auf den Botschafterposten in Prag abgeschoben. Daß Karmal schließlich nach dem gewaltsamen Tod Tarakis im Oktober 1979 und Amins knapp drei Monate später mit Hilfe der Sowjets nach deren Einmarsch doch an die Macht kam, ist in Afghanistan nicht vergessen.

Karmal hatte deshalb in den vergangenen Jahren immer wieder Anlaß, Fraktionsbildungen, Anarchie, Disziplinlosigkeit und sogar Versuche von Gegnern, Nebenregierungen zu bilden, zu kritisieren. Auch blutige Zwischenfälle sorgten wiederholt für Schlagzeilen. Am meisten Opfer gab es mit 50 Toten im Februar 1984 in einer Kaserne der Armee in Herat bei Auseinandersetzungen zwischen Khalqis und Parcham-Angehörigen.

Immer wieder tauchte auch die Behauptung auf, bei Angehörigen des Khalq-Flügels sei Haß auf die Parcham-Leute die Erklärung dafür, daß sie insgeheim mit dem Widerstand zusammenarbeiteten. Das würde gut ins Bild passen: Die ehedem 100 000 Mann starke Regierungsarmee, in der Khalqis die wichtigten Posten besetzt halten, ist nur noch ein Torso von 30 000 Mann.

Denn Tausende von Karmal-Soldaten liefen zum Widerstand über – meist mit Waffen, Munition und Ausrüstung. Vom Rest bleiben viele nur deshalb bei ihrer Fahne, weil sie dazu vom Widerstand angehalten wurden, oder weil sie um das Leben ihrer Familien im Machtbreich der Sowjets fürchten.

An vielen Stellen des Landes bestehen zwischen Karmal-Armee und Widerstandsgruppen Übereinkommen bis hin zu regelrechten Nicht-Angriffs-Vereinbarungen. Ob General Wasiri ein Opfer der politischen Auseinandersetzungen zwischen Parcham- und Khalq-Flügel geworden ist, steht nicht fest. Radio Kabul aber gab vor wenigen Tagen bekannt, daß der General in der Hauptstadt auf offener Straße erschossen worden sei.

Trotz Wirtschaftskrise gibt Polen mehr für Rüstung aus

Sind es 60 oder 500 Dollar pro Kopf und pro Jahr?

J. G. GÖRLICH, Bonn

Das Londoner Institut für Strategische Studien hat unlängst festgestellt, daß Polens Rüstungsausgaben in letzter Zeit um ein weiteres Drittel angestiegen sind. Die Untergrundpresse und Radio Free Europe griffen das Thema auf.

Polen leidet unter einer sich verschärfenden Wirtschaftskrise, die Armut wird größer. Gleichzeitig bemüht sich die Regierung intensiv um Westkredite. In einer unverhältnismäßig polemischen Erwiderung, die vom KP-Organ „Trybuna Ludu" und Armee-Organ „Zolnierz Wolności" abgedruckt wurde, reagierte Warschau auf diese Veröffentlichungen.

Doch mit antiamerikanischer und antideutscher Polemik, dem Jonglieren von Zahlen und dem Vorwurf, Radio Free Europe wolle mit seinen Hintermännern die polnische Armee „destabilisieren", die gerade jetzt mit der wirtschaftlichen Sanierung des Landes befaßt sei, läßt sich das Thema nicht herunterspielen.

Nach jüngsten Angaben von Regierungssprecher Urban gibt Polen pro Kopf jährlich nur 60 Dollar für die Rüstung aus. Experten der Untergrundpresse kommen allerdings auf 180 Dollar, und wenn sie die Rüstungsausgaben berücksichtigen, die in anderen Ressorts als in dem des Verteidigungsministeriums versteckt sind, kommen sie an die 500-Dollar-Grenze heran.

Dies komme aufgrund der schlechten Wirtschaftslage des Landes einer „Explosion" gleich, bemerkte ein exilpolnischer Militärexperte.

Nach Angaben von exilpolnischen Militärexperten fließt viel Geld in die Ausbildung „revolutionärer Kräfte" in Nicaragua, Kuba und anderswo in Latein- und Mittelamerika. Hinzu kommen umfangreiche Waffen- und Munitionslieferungen nach Vietnam und Nicaragua sowie Afghanistan. Libysche, afghanische, syrische und palästinensische Offiziere werden wie auch solche aus Angola und Moçambique in Polen ausgebildet.

Daraus lasse sich folgern, daß die polnische Armee gar nicht so gut ausgerüstet sei. Das liege daran, daß Polens Rüstungsindustrie in der Regel Lizenzen – wie zum Beispiel für den Bau von Panzern und Flugzeugen – von der Sowjetunion erhält, wenn diese dort bereits ausgelaufen sind.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Hysterisch verketzert

„Unsere neuen Tabus"; WELT vom 11. September

Mit Recht empfindet Lohmar unsere neuen Tabus als noch unheimlicher als alle früheren, weil die heute technisch erleichterte Kommunikation im Prinzip sachliche Information garantieren könnte.

Speziell im Hinblick auf das heute hysterisch verketzerte Südafrika vergißt er aber, die Folgen des von der Weltmeinung dort angestrebten Prinzips „one man/one vote" voll darzulegen: Die Entrechtung, Enteignung, Vertreibung und Ausrottung der Weißen und Inder wäre doch bloß der weltweit als Strafe für den „Kolonialismus" lustig applaudierte Auftakt. (Wer von den modischen Meinungsmachern weiß eigentlich noch, daß der Südzipfel Afrikas vor dem Einzug der Weißen menschenleer war?)

Der nächste Schritt wäre, genau wie im restlichen „befreiten" Schwarzafrika, der Sieg des zahlenstärksten schwarzen Stammes im Lande und damit die Ausrottung der schwarzen Minoritäten, zugleich eine ignorante Wirtschaftspolitik, und als deren Auswirkung Not und Hungertod für Millionen. Und zuletzt ein letales und finales Popkonzert der westlichen elektronischen Massenmedien zugunsten dieser „Opfer des Kolonialismus" und die Ausfolgung der so zusammengekratzten Beträge an die neue Regierung des unterstützten Landes und damit in eins an die Mörder der dortigen Minoritäten, genau wie in Äthiopien.

Wetten, daß sich der neunmalgescheite Bischof Tutu dann nicht zu seinen „befreiten" Stammesbrüdern im restlichen Schwarzafrika absetzen wird, sondern ins bequeme Exil irgendwo im freien Westen, um dort weiterhin das Lied von der Schuld der Weißen am Unglück in seiner Heimat den ehrfürchtig lauschenden Massenmedien und Theologen vorzusingen, ungeachtet der Tatsache, daß es zuvor in seiner alten Heimat weder Hungertod noch Metzeleien gab, sondern erträgliche soziale und rechtliche Lebensbedingungen? Macht sich niemand Gedanken darüber, weshalb Schwarze aus den „befreiten" Nachbarländern so gern in Südafrika einwandern und vor Angst und Entsetzen erbeben bei dem Gedanken, in die Heimat zurückkehren zu müssen? Und warum die südafrikanischen Schwarzen nicht in „befreite" Regionen fliehen?

Es hält sie ja niemand zurück wie die unglücklichen DDR-Deutschen, deren Schicksal den westlichen Vorkämpfern für die „Freiheit in Südafrika" offenbar nicht den mindesten Kummer bereitet.

Dr. Salcia Landmann, St. Gallen/Schweiz

Kreuz der Vertriebenen

„Warschau lobt evangelische Kirche"; WELT vom 21./22. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Kreuz der Vertriebenen war nur durch die Hilfsbereitschaft derer zu ertragen, die das grauenvolle Elend halfen zu lindern. Daran beteiligten sich die Seelsorger beider Konfessionen in vorbildlicher Weise. Der Geist des Zusammenlebens war damals noch lebendig.

Weder Papst, Kardinal oder Bischof wäre eingefallen, die Vertreiber von ihrem Verbrechen freizusprechen.

Es folgte 1965 die evangelische Denkschrift über „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn".

Sie trägt die Handschrift von Opportunisten innerhalb der evangelischen Kirche. Die katholischen kirchlichen Würdenträger haben sich zu keiner Zeit mit dem Inhalt dieser Denkschrift identifiziert. Dem Artikel zufolge nimmt weder die katholische Kirche noch einer ihrer Würdenträger den Standpunkt des Ratsvorsitzenden der EKD, Landesbischof Lohse, ein.

Es handelt sich wiederum um einen kläglichen Alleingang, der mit einem Lob der kommunistischen Machthaber in Warschau honoriert wurde.

Landauf, landab, wird über die Politisierung innerhalb der evangelischen Kirche in ständig steigendem Maße Klage geführt. Wäre es nicht die vordringliche Aufgabe des Bischofs, sich besser um die jungen Pastoren zu kümmern als um Veränderungen der Landkarte Europas, die mit den Geboten der Bibel in Widerspruch stehen?

Achtbare Rechte bleiben bestehen bis zur Entscheidung der offenen deutschen Frage.

Mit freundlichen Grüßen
Erich Meinass, Uelzen 1

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn Bischof Lohse meint, daß „die Veränderungen, die 1945 auf der Landkarte Europas eingetreten sind, (in bezug auf die heute polnischen ehemals deutschen Gebiete) nicht wieder rückgängig gemacht werden können", so übersieht er gleichzeitig, daß er damit auch der widerrechtlichen Annexion polnischer Ostgebiete sowie der baltischen Länder durch den sowjetischen Imperialismus seinen Segen gibt.

Schon der Haßfrieden von Versailles legte den Grundstein für einen neuen Krieg. Die vormachtlüsternen Annexionen Rußlands sollten deshalb Gegenstand friedlicher Korrekturen durch freie Selbstbestimmung der betroffenen Völker bleiben, ehe sie zu neuen kriegerischen Auseinandersetzungen ausarten.

Mit freundlichem Gruß
W. Ribback, Berlin 31

Wort des Tages

„Der Wunsch, Gutes zu tun, ist ein kühner, stolzer Wunsch. Man muß schon sehr dankbar sein, wenn einem ein kleiner Teil davon gewährt wird."

Johann Wolfgang von Goethe (1749–1832)

Ohne Schuld

„Palaverintelligenz"; WELT vom 18. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

nur leider allzu richtig sind die meist pessimistischen Analysen des Herr Professor Ortlieb zu unserer gesellschaftlichen Situation und unserer diesbezüglichen Politik, so auch in seinem obigen Beitrag. Doch besonders gilt dies für seinen Hinweis auf die „Zeitzünderwirkung unseres fehlreformierten Bildungssystems". Hier wirken sich die Sünden der Vergangenheit zweifellos schlimm aus.

Nicht zustimmen kann ich allerdings Professor Ortliebs Satz: „Die Unfähigkeit der Bundesregierung, gerade hier eine Trendwende herbeizuführen, bestätigt den Zweifel."

Wenn hierin ein Vorwurf stecken sollte, so wäre er meines Erachtens gänzlich unberechtigt, denn weitaus der größte Teil der Verantwortung für diesen Teil der Politik liegt – gemäß Anweisung der Alliierten bei der Gründung der Bundesrepublik – bei den Ländern und nicht bei der Bundesregierung.

Wie soll sie hier eine Trendwende herbeiführen, wenn Leute wie hier in Hamburg Professor Grolle bei der Schulerziehung unserer Jugend den offiziellen Ton angeben und die geistigen Schwerpunkte bestimmen. Gerade dieser Herr und seine SPD-Vorgänger wie auch die anderen Genossen Minister in NRW oder in Hessen wären oder sind doch die eigentlichen Verursacher der heutigen Klagen, zusammen natürlich mit noch vielen anderen Umständen.

Es sollte sich niemand wundern über diese Entwicklung, allein die WELT hat von 1969 bis heute in zahllosen Artikeln und Leserbriefen immer wieder auf sie hingewiesen.

Mit freundlichen Grüßen
Kurt Reimer, Hamburg 76

Einschränkung

„Meuterei in der Bhagwan-Zentrale – Vertraute haben sich abgesetzt"; WELT vom 19. September

Nicht, daß Bhagwan von seiner Geliebten geleimt wurde, ist das Problem dieser Sekte, sondern daß die Sektenführung selbst ihre gesamte Anhängerschaft hinters Licht führt. Durch bewußtseinsverändernde, der asiatischen Meditation oder modernen Psychotherapie entnommene Techniken werden die Bhagwan-Jünger mit dem Ziel der Machtausbreitung und finanziellen Bereicherung des Meisters bzw. seiner Führungsmannschaft hemmungslos ausgenutzt.

Hier läßt sich Artikel 4 des Grundgesetzes nicht rechtfertigend anführen, wonach die Freiheit des Glaubens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses unverletzlich sind.

Diesen Grundrechtsschutz kann nur in Anspruch nehmen, wer nicht gleichzeitig andere Grundrechte verletzt. Wie korrupt, marode und menschenverachtend der innere Führungszirkel der Bhagwan-Sekte ist, zeigt das jüngste Beispiel der Ma Amand Sheela.

Mit freundlichen Grüßen
Hermann Kroll-Schlüter, MdB
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Jugend, Familie und Gesundheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Irreführung

Sehr geehrte Damen und Herren,

immer häufiger kommt es vor, daß Touristen, die in die unter polnischer Verwaltung stehenden deutschen Ostgebiete fahren wollen, in dem Antrag auf Visum zum Beispiel Koszalin statt Köslin oder Swinoujscie statt Swinemünde als Geburtsort angeben, obwohl sie vor dem 8. 5. 1945 in Köslin oder Swinemünde geboren worden sind.

Dieser Irrtum wird hervorgerufen, indem es in den Reiseinformationen der Reisebüros heißt: „falls Ihr Geburtsort im heutigen Polen liegt, empfehlen wir die polnische Bezeichnung einzutragen, auch wenn Sie unter deutscher Ortsbezeichnung vor dem 8. 5. 1945 dort geboren sind."

Die Bezeichnung „im heutigen Polen" ist irreführend, gemeint sind „die unter polnischer Verwaltung stehenden deutschen Gebiete".

Als Pommer, der dort zwei Jahrzehnte gelebt hat, weiß ich, daß nur einige Polen zur Erntezeit auf den Gütern als Schnitter tätig waren. Im übrigen kann man nicht von einer polnischen Bevölkerung sprechen, denn es war kein polnisches Land.

Genauso ist es zu beanstanden, wenn Reiseunternehmen ihre Fahrten in den Prospekten nach Szczecin, Koszalin oder Slupsk ankündigen, anstatt Stettin, Köslin oder Stolp.

Wir Deutsche sollten doch nicht polnischer als die Polen sein.

Mit freundlichen Grüßen
Kurt Schramm, Eckernförde

Schwermetall

„Am Ende läuft Vater Rhein die Probleme auf"; WELT vom 17. September

Sehr geehrter Herr Hetzle,

mit Interesse habe ich Ihren Artikel gelesen.

Dazu folgende Bemerkung: Man könnte den Verantwortlichen in Rotterdam ihre Probleme durchaus abnehmen. In einer Studie, die ich im Auftrag des Senators für Strom- und Hafenbau in Hamburg gemacht habe – dort gibt es ähnliche Probleme bezüglich der Schwermetallbelastung der Hafenschlicke –, konnte nachgewiesen werden, daß die Schwermetallgehalte sehr wohl aus dem Schlick herausgelöst werden können, so daß diese praktisch in Lagerstättenkonzentration vorliegenden Schwermetalle weiter verwendet werden können. Außerdem ist der Schlick durchaus geeignet zur Herstellung von einigen Produkten wie Schaumglas, Blähton und für keramische Zwecke.

Mit freundlichen Grüßen
Professor Dr. Gerd Lüttig, Erlangen

Wortspielerei

Sehr geehrte Damen und Herren,

Bundesminister Genscher herrscht offenbar nicht nur souverän über 7000 Bedienstete, sondern auch über das Bundeskabinett und – was noch schlimmer ist – über den Sinngehalt von Worten.

So manipuliert er den Sinngehalt von „Sanktionen" mehr als eigenwillig, wenn er die „sofortige Aussetzung der Anwendung des Kulturabkommens" und die „Änderungsankündigung mit dem Ziel von Verhandlungen" nicht als „Sanktionen", sondern als „positive Einwirkungen" auf die Republik Südafrika aufgefaßt wissen will.

Das ist nicht mehr Rabulistik, sondern schlicht falsch.

„Sanktionen" sind Strafmaßnahmen eines oder mehrerer Staaten gegen die Verletzung völkerrechtlicher Pflichten seitens eines anderen Staates oder einer Mehrheit von Staaten.

Das erklärte Ziel der Brüsseler Außenministerkonferenz war die Erörterung von Sanktionen gegen die Republik Südafrika und deren Formulierung. Tatsächlich wurde ein Bündel von Maßnahmen beschlossen, Zwangsmaßnahmen, die den freien Waren- und Ideenverkehr mit der Republik Südafrika beeinträchtigen sollen. Dies wurde von allen Teilnehmern (Großbritannien ausgenommen), also auch der deutschen Vertretung beschlossen. Genscher sattelte auf dieses Paket noch die Kündigung des Kulturabkommens drauf, das die Bundesrepublik Deutschland und Südafrika verbindet.

Genscher hat also völlig eindeutig einer Verhängung von Sanktionen sein Votum gegeben. Daran ändert sich nichts, wenn einige Sanktionen Bonn nicht betreffen sollten. Er hat sich evident in fremde Innenpolitik eingemischt.

Die abrupte Aussetzung und die fristlose Kündigung des Kulturabkommens kann ich nur als hanebüchene Fehlleistung und Affront gegen eine souveräne Regierung bezeichnen. Wer im zwischenstaatlichen Verkehr einen Vertrag ändern will, der bietet dem Partner auf diplomatischem Wege eine Änderung an und versetzt ihm nicht öffentlich eine Ohrfeige. Genscher sollte abtreten, besser heute als morgen!

Mit freundlichen Grüßen
W. A. Stoermer, Königswinter 41

Perversion

„Gestörte Wahrnehmung"; WELT vom 21. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist einfach erschütternd: Für die offensichtlich von W. Brandt und E. Bahr inspirierten SPD-„Verteidigungs"-Strategen gibt es keine Zweifel, daß diejenigen an einer „gestörten Wahrnehmung" leiden, die die sowjetische Ideologie von der Weltrevolution im Sinne des Marxismus-Leninismus (wonach die Diktatur des Proletariats zwar historisch zwangsläufig ist, aber notfalls gewaltsam herbeigeführt werden müsse) ernst nehmen! Nicht einmal die Unterdrückung der Völker Osteuropas und der sowjetische Völkermord in Afghanistan können die „Wehrexperten" beeindrukken. Man muß sich fragen, ob man es mit realitätsfernen Psychopathen zu tun hat.

All dies nimmt freilich nicht wunder, wenn der so hochgejubelte W. Brandt die Anerkennung der gewaltsam herbeigeführten Teilung Deutschlands als „Normalisierung" bezeichnet: Welch eine Perversion des politischen Denkens!

„Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland ..." heißt es in unserer Nationalhymne; aber die von Brandt, Bahr, Eppler, Lafontaine etc. gelenkte SPD mißachtet diese patriotischen Postulate schmählich, indem sie das Streben nach Einheit bekämpft, Recht und Freiheit für die von Moskaus Statthaltern unterdrückten Landsleute im anderen Teil unseres Vaterlandes für überflüssig hält (wobei sie im übrigen geradezu darum buhlt, den Oberstatthalter als Besucher hierher zu bekommen!) und sich nun auch noch anschickt, unsere eigene Freiheit aufs Spiel zu setzen.

Mit freundlichen Grüßen
Edgar Hügel, Grefrath

Personalien

ABSCHIED

Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** hat gestern in Bonn den am 31. Juli in den Ruhestand gegangenen Präsidenten des BND, **Eberhard Blum**, zu einem Abschiedsbesuch empfangen. Gleichzeitig verabschiedete sich der frühere BND-Präsident bei Bundesaußenminister **Hans-Dietrich Genscher**, dem Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, **Heinrich Windelen**, dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, **Jürgen Warnke**, und dem Bundesminister für Verteidigung, **Manfred Wörner**. Außerdem verabschiedete er sich bei **Alfred Dregger**, dem Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Hans-Jochen Vogel**, dem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, sowie den Bundestagsabgeordneten **Theodor Waigel**, CSU, **Wolfgang Mischnick**, FDP, den Mitgliedern der Parlamentarischen Kontrollkommission sowie den Mitgliedern des Gremiums zur Genehmigung der Wirtschaftspläne der Nachrichtendienste.

GEBURTSTAGE

Morgen feiert Professor Dr. **Paul Vollmar** seinen 75. Geburtstag. Im Hauptberuf annähernd 25 Jahre bei der Stadt Bonn tätig, zuletzt als leitender Vermessungsdirektor, hatte er von 1951 bis 1977 Lehraufträge für das Geodäsiestudium an der Landwirtschaftlichen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn wahrgenommen, seit 1963 als Honorarprofessor. Professor Vollmar hat sich insbesondere bodenordnerischen und bodenwirtschaftlichen Problemen des Städtebaus gewidmet.

*

Der Präsident der Industrie- und Handelskammer Gießen und Geschäftsführende Gesellschafter der VOKO-Gruppe in Pohlheim bei Gießen, **Franz Vogt**, feierte seinen 65. Geburtstag. Franz Vogt übernahm bereits mit 21 Jahren das elterliche Büromöbel-Unternehmen und baute es in den vergangenen vier Jahrzehnten zu einem der bedeutendsten Büroeinrichter aus. Die VOKO-Gruppe, die heute in alle Welt exportiert, beschäftigt insgesamt 1150 Mitarbeiter und erzielte im Geschäftsjahr 1984/85 einen Gesamtumsatz von 260 Millionen Mark. Franz Vogt ist Vorsitzender des Verbandes der Deutschen Büromöbelindustrie und Ehrenpräsident des Europäischen Verbandes der Büromöbelindustrie.

AUSZEICHNUNGEN

Mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland hat der Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** den Bundesvorsitzenden des Kreuzbundes, der Selbsthilfeorganisation und Helfergemeinschaft für Suchtkranke, **Theo Anschlag**, ausgezeichnet. Er erhielt die Auszeichnung für mehr als 20 Jahre lange ehrenamtliche Arbeit vor Ort, auf Diözesan- und Bundesebene.

*

Der mit 10 000 Mark dotierte Literaturpreis der Europäischen Autorenvereinigung „Die Kogge", der nur alle vier Jahre „für besondere Leistung" vergeben wird, ist im westfälischen Minden dem Züricher Autor Dr. **Erwin Jaeckle** zuerkannt worden. Die Auszeichnung an den 1909 geborenen Mitbegründer der Schweizer Tageszeitung „Die Tat" soll sein literarisches Gesamtwerk würdigen. Neuer Träger des „Kogge"-Ehrenringes, der von der Stadt Minden seit 1953 verliehen wird, ist der 80jährige Schriftsteller und Dichter **Rudolf Otto Wiemer** aus Göttingen.

BUCHVORSTELLUNG

„Zukunft hat immer auch mit Herkunft zu tun", schrieb **Lothar Späth**, Ministerpräsident von Baden-Württemberg, im Vorwort zu dem Buch „Die Alemannen-Saga". Der Autor **Kurt Gayer** stellte sein Werk in der baden-württembergischen Landesvertretung in Bonn vor. Es ist der erste geschichtliche Gesamtüberblick über das Volk der Alemannen, so der Verleger Dr. **Fritz Foshag**, die in Baden-Württemberg, im Elsaß, in Vorarlberg, in Liechtenstein und in der Schweiz heute ihre Nachfahren haben. Und zu den Alemannen gehören, wie Späth nicht zu bemerken vergaß, die Schwaben. Gastgeber **Gustav Wabro**, Bevollmächtigter in Bonn, erinnerte daran, daß die Alemannen, die aus dem Norden kamen, offenbar jene „rauhe Herzlichkeit" vererbten, für die zumindest die Schwaben berühmt sind. Auch ein Gericht in Stuttgart sei sich dessen bewußt, habe es doch kürzlich noch einmal festgestellt, daß ein Gespräch, das mit dem Götz-Zitat beginne oder ende, nicht unbedingt als eine Beleidigung aufzufassen sei.

ERNENNUNG

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft für Biotechnologische Forschung (GBF) in Braunschweig hat Professor Dr. **Joachim Klein** für weitere fünf Jahre zum Wissenschaftlichen Geschäftsführer bestellt. Über diese Professur hinaus bleibt Professor Klein weiterhin Mitglied des Lehrkörpers der TU in der naturwissenschaftlichen Fakultät. Als Nachfolger von Professor **H. Kroepelin** war Professor Klein im Jahre 1972 aus der Industrie an die TU Braunschweig berufen worden, und er hat das Profil der Braunschweiger Technischen Chemie vor allem durch Arbeiten auf dem Gebiet der Polymerforschung und der Biotechnologie geprägt.

Der Vorsitzende des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde und Lehrbeauftragte an der Archivschule Marburg, Archivoberrat Dr. **Hans-Enno Korn**, ist in Marburg im Alter von 51 Jahren gestorben. Dr. Korn war seit 1966 am hessischen Staatsarchiv in Marburg tätig. In der einzigen Archivschule der Bundesrepublik Deutschland vertrat er das Lehrfach der Historischen Hilfswissenschaften der Neuzeit. Er war außerdem Begründer und langjähriger Vorsitzender der Fachgruppe Archive und Bibliotheken im Landesverband Hessen des Deutschen Beamtenbundes.

Seit den siebziger Jahren gehört die Propionsäure zu den zwar deklarationspflichtigen, aber als unbedenklich geltenden erlaubten „Lebensmittel-Zusatzstoffen". Sie dient in der Brotindustrie zum Haltbarmachen von Schnittbrot, weil sie Befall und schnelle Ausbreitung von Schimmelpilzen verhindert. Nach neueren Untersuchungen des Bundesgesundheitsamtes ist die Propionsäure in den Verdacht geraten, gesundheitsgefährdend zu sein. Die Beteiligten aus Behörden und Industrie bemühen sich jetzt um Aufklärung.

Wird Schnittbrot demnächst tiefgekühlt?

Von ARNO NÖLDECHEN

Propionsäure, eine organische Fettsäure (kurz CH_3-CH_2-COOH), wird verdächtigt, bei Ratten, Schweinen und Hühnern tumoröse Schleimhautveränderungen im Bereich des Magens zu erzeugen. Das ist ein schwerwiegender Verdacht. Er führt dazu, daß das Berliner Bundesgesundheitsamt (BGA) nun umgehend auf Expertenebene abklären will, was zu tun ist, bevor über echte oder vermeintliche Gesundheitsrisiken beim Menschen Spekulationen angestellt werden. Sein neuer Leiter, Professor Dieter Großklaus, möchte sich und sein Amt ungern in die Defensive drängen lassen.

Brot zählt zu den wichtigsten Grundnahrungsmitteln. Ein von hier ausgehendes mögliches Magenkrebsrisiko darf, darüber sind sich die Fachleute einig, nicht verschwiegen, sondern es muß umgehend aufgeklärt werden. Das BGA will deshalb schon in etwa vier Wochen zumindest eine Vorentscheidung treffen und weitere Schritte beraten.

Auf Einzelheiten konnte sich der Pressesprecher des BGA, Klaus J. Henning, auf Anfrage der WELT vor dem Abschluß einer Arbeitssitzung mit Fachleuten nicht festlegen. Es gilt als sicher, daß das BGA jetzt schnell reagieren wird, um Vorwürfen entgegentreten zu können.

Der Propionsäure ist es zu verdanken, daß die kreisrunden grünen Schimmelpilzkolonien bei Schnitt- und Toastbrot kaum noch auftreten. Genauso wichtig ist die Propionsäure für die Tierernährung und die Futtermittelindustrie geworden. Sie schützt Getreide und Futtermittel vor Bakterien- und Pilzbefall.

Verdachtsmomente gegenüber der Propionsäure gab es schon in den fünfziger Jahren. Zellveränderungen an der sogenannten Chorioallantois-Membran elf Tage bebrüteter Hühnerembryonen, wie sie bei versuchstierfreien Untersuchungstechniken jetzt in großem Umfang benutzt werden, schafft auch der Konservierungsstoff Essigsäure. Diese Testmethode eignet sich nicht zur Feststellung kanzerogener Stoffwirkungen. Beim BGA wurde es jedoch als Hinweis angesehen, weitere Nachforschungen anzustellen.

Einstufung überprüfen

Dies geschah dann im Rahmen eines Forschungsprogramms des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Es sollte die Verträglichkeit von Propionsäure als Zusatz gegen Salmonellen-Infektionen in Futtermitteln überprüfen. Nach vorläufigen Berichten des dem BGA unterstehenden veterinärmedizinischen Robert-von-Ostertag-Instituts in Berlin-Dahlem ergeben sich zwei Gefahrenpunkte: Im Vormagen von Ratten zeigen sich tumoröse Zellveränderungen, daher müsse die bisherige Einstufung der Propionsäure als Konservierungsstoff neu überprüft werden.

Man verfütterte propionsäurehaltiges Futter über knapp ein halbes Jahr in Konzentrationen von vier und 0,4 Prozent. Bei Gewebeuntersuchungen zeigten sich sogenannte Kerato-Akanthome (schnell wachsende, spontan wieder abheilende knotenförmige Wucherungen) und andere hyperplastische Veränderungen an der Vormagenschleimhaut. Insgesamt relativ kleine, tumoröse Zellveränderungen, die einer Krebserkrankung vorangehen. Sie waren bei der höheren Propionsäuredosis ausgeprägter als bei der niedrigeren Dosis.

Die Konstitution des Menschen jedoch ist anders beschaffen, denn er besitzt keinen Vormagen, wie ihn Ratten aufweisen. Unser Magen ist vor einer direkten Säureeinwirkung durch eine spezielle Schleimschicht geschützt. Deshalb sind die Beobachtungen an Ratten nicht ohne weiteres auf Menschen übertragbar. Aber es bleibt die Frage bestehen, ob Propionsäure auch im menschlichen Magen oder im Gewebe von Enyzmen lediglich zu Kohlendioxid und Wasser abgebaut wird, bzw. ob nicht im Zellstoffwechsel auch andere Reaktionsketten von den Propionsäure-Verbindungen beschritten werden könnten.

Propionsäure tritt als Folge von bakteriellen Vergärungsvorgängen im Käse und im Sauerkraut auf. Sie ist in den Vormägen der Wiederkäuer anzutreffen. Im Pharmabereich existieren eine Reihe propionsäurehaltiger Verbindungen, die sogar in einzelnen Fällen als sogenannte Tumor-Promotoren klassifiziert wurden, also die Geschwulstbildungen fördern.

In ihrer Wirkung sind derartige propionsäurehaltige Verbindungen nicht direkt mit dem Konservierungsmittel Propionsäure zu vergleichen. Medikamente werden nur zeitlich begrenzt verordnet. Außerdem entfalten sie ihre speziellen therapeutischen Wirkungen in erster Linie mittels „angehängter" Wirkgruppen.



Ohne den Zusatz von Konservierungsstoffen ist Brot, das nach althergebrachten Verfahren in bäuerlichen Steinöfen gebacken wird, bis zu zwei Monaten lagerfähig FOTO: AMW

Trotzdem ist es jetzt nötig, die Propionsäure, ihre Salze und ihre Verbindungen, mit denen Menschen in Berührung kommen können, kritisch unter die Lupe zu nehmen.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Propionsäure zur Konservierung menschlicher Nahrungsmittel ist nicht sehr groß. Wichtiger ist ihre Verwendung in der Landwirtschaft.

Schutz der Futtermittel

Sie schützt halmfrisches, von Mähdreschern geerntetes, noch feuchtes Getreide vor Schimmel- und bakteriellem Befall. Auch Futtermittel werden geschützt. Hier verhindern sie die gefürchtete Aflatoxinbildung. Aflatoxine sind Pilzgifte, die beim Lagern auftreten, wenn mit niedrigen Temperaturen und mit geringer Restfeuchtigkeit gearbeitet wird. Aflatoxine haben in den vergangenen Jahren zu erheblichen Verlusten in der Tierhaltung geführt. Ihre Giftigkeit liegt in etwa bei der des Tetanus-Toxins.

Seit der Behandlung mit Propionsäure sind solche Ausfälle drastisch reduziert worden. Eine Weitergabe von Propionsäure über Fleisch oder Eier gilt unter Fachleuten als unwahrscheinlich. Ebenso beim Vermahlen von Getreide, weil die Propionsäure nur außen am Getreidekorn anzutreffen ist. Die Außenhülle wird aber beim Mahlen entfernt.

Die Hersteller von Propionsäure befürchten jetzt einen Rückgang des für sie interessanten Marktes. 1983 wurden weltweit etwa 170 000 t hergestellt. Aus der Bundesrepublik dürften 1984 etwa 55 000 t stammen. Brotfabriken verarbeiten, wenn es hoch kommt, vielleicht 1200 t pro Jahr. Hier hat sich in den letzten Jahren aber der Trend verschoben: Es wird mehr und mehr auf Konservierungsstoffe verzichtet.

Dafür werden besonders Schnittbrote pasteurisiert oder mit Stickstoff als schützendem Gas in gasdichten Folien verpackt. Nach Untersuchungen der Bundesforschungsanstalt für Getreide- und Kartoffelerzeugnisse in Detmold wäre tiefgekühltes Schnittbrot die beste Lösung. Das ist jedoch im Moment noch zu kostenaufwendig. Daher wird dort nach einem anderen Weg gesucht: Man experimentiert mit Verfahren, die Brotkrusten fester und für Mikroorganismen undurchdringlicher zu machen.

Diese „Krusten-Forschung" lehnt sich an althergebrachte Backverfahren in bäuerlichen Steinöfen an. Ob das damals verwendete Tannenreisig ätherische Öle mit antimykotischer (pilztötender) und antibakterieller Wirkung freisetzte und die Haltbarkeit der Brotlaibe verlängerte, harrt noch heute der exakten wissenschaftlichen Aufklärung.

NOTIZEN

Aids-Koordination

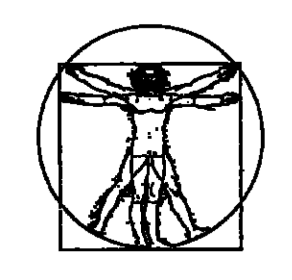
Genf (dpa) – Zweitägige Beratungen über eine weltweite Koordination der Erforschung der tödlichen Immunschwächekrankheit Aids haben gestern am Sitz der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Genf begonnen. Unter Leitung von Prof. Fritz Deinhard beraten zwölf Wissenschaftler aus der Bundesrepublik, den USA, Großbritannien, Australien, Frankreich und der Zentralafrikanischen Republik hinter verschlossenen Türen über Möglichkeiten, die Krankheit in den Griff zu bekommen.

TÜV widerspricht

Köln (DW.) – Der Technische Überwachungs-Verein Rheinland (TÜV) hat gestern Behauptungen von Automobilklubs widersprochen, daß die vorgeschriebene Abgas-Sonder-Untersuchung (ASU) für Autos mit elektronischer Zündung sinnlos sei. Messungen an 481 Fahrzeugen mit elektronischer Zündung hätten ergeben, daß bei etwa der Hälfte der Wagen die Zündung falsch eingestellt war und deshalb mehr schädliche Abgase als nötig verbreitet worden seien.

Zulassung ruht

Berlin (DW.) – Das Bundesgesundheitsamt (BGA) in Berlin hat, wie gestern mitgeteilt wurde, das



Ruhen der Zulassung für sechs Molsidomin-haltige Herz-Kreislauf-Mittel der Firma Cassella-Riedel, Frankfurt, angeordnet. Die Maßnahme ist bis zum 31. Dezember 1985 befristet und betrifft die Präparate „Corvaton retard", „Corvaton Tropfen", „Corvaton forte", „Corvaton Injektionslösung", „Corvaton mite" und „Corvaton Tabletten". Für eine abschließende Entscheidung hat das BGA zwei weitere Gutachten angefordert.

Transplantation

Innsbruck (dpa) – Acht Stunden dauerte in der Nacht zum Dienstag die erste kombinierte Herz-Lungen-Transplantation Österreichs an der Universitätsklinik in Innsbruck. Namen und Nationalität des Patienten gab die Klinik nicht bekannt. Die erste Herz-Lungen-Transplantation in der Bundesrepublik nahmen Ärzte des Münchner Universitätsklinikums Großhadern im Februar 1983 vor. Der Patient starb nach zehn Tagen. Der zweite Patient, der im Mai 1984 operiert wurde, lebt noch.



WERKFOTO

Der Karteikasten hat ausgedient

Mit einiger Verspätung halten die Computer nun auch zögernden Einzug in die ärztliche Praxis. Die meisten Mediziner scheuten bislang die elektronische Datenverarbeitung; nicht zuletzt wegen der damit verbundenen hohen Kosten. Die Siemens AG stellt jetzt ihr erstes, umfassendes EDV-Angebot auf der Basis eines Personalcomputers für die Praxis des niedergelassenen Arztes vor.

Nahezu alle Verwaltungsaufgaben, einschließlich Führung der Patientenkartei und der Kassenabrechnung, können damit abgewickelt werden. Weiter gehören medizinische Dokumentation, Statistik, Arzneimittelinformation und Terminplanung bis hin zum Ausdruck der Krankenscheinaufkleber dazu.

Das Einplatzsystem wird einschließlich der Betriebssystem- und Anwendersoftware ab ca. 15 000 Mark kosten. Ein Mehrplatzsystem etwa mit drei Arbeitsplätzen, einem Hochleistungsdrucker mit Korrespondenzschriftqualität, einem Bandkassettengerät zur Datensicherung und zusätzlicher Plattenspeicherkapazität wird für ca. 39 000 Mark angeboten.

Erste Auslieferungen des „Sisymed" genannten Computers sind für den Jahreswechsel 1985/86 vorgesehen. Ende November wird dieser Praxiscomputer auf der Düsseldorfer „Medica '85" der Öffentlichkeit vorgestellt. D. T.

Sanierte Wochenstube

Wie man Fledermausquartiere in Dachstühlen erhält

Von LUDWIG KÜRTEN

Mit Beginn des Herbstes verlassen nun wieder die Fledermäuse ihre Sommerquartiere und ziehen an die Orte, an denen sie ihren Winterschlaf verbringen. Die Zahl der Sommer- und Winterquartiere hat in den letzten Jahren stark abgenommen und ist mit ein Grund für den bedrohlichen Rückgang dieser nützlichen Insektenvertilger. Die einheimischen Fledermausarten verbringen den Sommer am liebsten in trockenen und warmen Dachstühlen; für den Winterschlaf wandern sie zum Teil über weite Entfernungen zu Höhlen, Stollen oder alten Gewölben, in denen sie ungestört überwintern können.

Besonders häufig wurden die Unterkünfte in Dachstühlen zerstört, wo die Weibchen im Sommer ihre Jungen aufziehen. Sanierungen von Kirchen und alten Gebäuden, vor allem aber der Einsatz giftiger Holzschutzmittel haben den Fledermäusen stark zugesetzt. Ein neues umweltverträgliches Mittel erlaubt jetzt die Sanierung von Dachstühlen, ohne daß diese den Fledermäusen als Unterkunft verlorengehen.

Die Firma Desowag-Bayer hatte in Zusammenarbeit mit Professor Erwin Kulzer von der Universität Tübingen verschiedene Holzschutzmittel auf ihre Verträglichkeit untersucht. Dabei erwies sich das Mittel Basileum als ein wirksamer Schutz gegen holzzerstörende Organismen, ohne jedoch schädliche Auswirkungen auf die Fledermäuse zu besitzen. Bei dieser Substanz stand ein altes Hausmittel Pate, das schon zu Beginn des Jahrhunderts verwendet wurde: pulverisierte Chrysanthemenblüten. Synthetisch als „Permethrin-Insektizid" hergestellt, ist dieser Wirkstoff, der anstelle des gefährlichen Lindan jetzt auch in anderen Mitteln zur Holzbehandlung eingesetzt wird, für alle Säugetiere und vor allem für die empfindlichen Fledermäuse wesentlich günstiger als die herkömmlichen Präparate.

Sanierungsarbeiten mit Holzschutzmitteln sollten unbedingt zu Beginn des Winters ausgeführt werden. Denn die Tiere könnten auch von den Lösungsmitteln geschädigt werden. Die Behandlung sollte mindestens einen Monat vor der Rückkehr der Fledermäuse aus ihren Winterquartieren (ab April) abgeschlossen sein, damit die Lösungsmittel sich verflüchtigen können.

Bei den Renovierungsarbeiten sollte darauf geachtet werden, daß die Tiere sich auch in dem erneuerten Dachstuhl wieder einnisten können. Es müssen also kleine Einfluglöcher sowie Hangplätze vorhanden sein. Alle hiesigen Fledermausarten sind gesetzlich geschützt, daher ist eine aus baulichen Gründen notwendige Renovierung keine Entschuldigung dafür, ein Quartier zu zerstören.

Wie der Vatikan Außenpolitik macht

Agostino Kardinal Casaroli, des Papstes Staatssekretär, in zwei Publikationen

Kardinalstaatssekretär Casaroli ist zu seinem 70. Geburtstag durch die Herausgeberarbeit des österreichischen Verfassungsjuristen und Politikers Prof. Schambeck mit einer besonders international geprägten Festschrift gewürdigt worden. Die ergänzende Veröffentlichung ausgewählter Reden und Aufsätze dieses priesterlichen Staatsmannes war eine glückliche Idee.

Der deutsche Zeitgenosse erinnert sich möglicherweise bei diesem Namen nicht an den ununterbrochenen Dienst für sechs römische Päpste, sondern eher an die Stichworte Kurienmacht, vatikanische Ostpolitik

Agostino Kardinal Casaroli:
Der Hl. Stuhl und die Völkergemeinschaft
Reden und Aufsätze. Verlag Duncker und Humblot, Berlin. 209 S., 48 Mark.
Herbert Schambeck (Hrsg.):
Pro Fide et Justitia
Festschrift für Agostino Kardinal Casaroli. Verlag Dunker und Humblot, Berlin. 880 S., 298 Mark.

oder unglückliche Finanzoperationen (und deren überraschend schnelle Konsolidierung unter schweren Opfern). Casarolis Leben ist von einem weltweiten Horizont umspannt, der diese und andere Punkte in tieferem Verständnis leuchten läßt.

„Wer einen Stern fest im Auge hat, dreht sich nicht um", zitiert Casaroli den großen Meister Leonardo über „Ideologie und Praxis des Marxismus" in seinen europäischen Reflexionen. Damit bekennt er sich zur Unbeirrbarkeit des festen Standorts, der erst „einen loyalen Dialog, verständnisvoll und höflich in den Formen, aber fest in den Prinzipien und klug im Vorgehen" ermöglicht.

Wenn man den Kardinalstaatssekretär als strategischen Denker und bewußt geschichtsphilosophisch denkenden Kirchenmann in dieser Zeit verstehen möchte, dann muß man seine Schlüssel-Vorträge lesen: „Augustinus, Meister und Lehrer gestern und heute" und „Benedikt, Ora et labora." Beide Kirchenväter stehen für ihn in der Entscheidungszeit des 4. und 5. Jahrhunderts im Existenzkonflikt zwischen Christentum einerseits und dem schleichenden Angriff heidnischer Kulturen wie dem kriegerischen Angriff der östlichen Völker wie damals der Goten. „Der freie, aber nicht vollkommene Mensch *konnte* – immer – zwischen Gehorsam und Ungehorsam gegenüber Gott, zwischen Gut und Böse *wählen*", dieses augustinische Denkgefüge sieht Casaroli ebenso wie die Botschaft Benedikts besonders als Europas Vermächtnis für die Welt der modernen Industriegesellschaft.

In dieser Ebene „antworten" in der Denkschrift bedeutende Autoren wie Kardinal Ratzinger mit „Christliche Orientierung in der pluralistischen Demokratie?", der Eichstätter Universitätspräsident N. Lobkowicz mit einem Traktat über „Praxis und Akribie", der Herausgeber des traditionsreichen Jesuitenmagazins „La Civiltà Cattolica" B. Sorge mit „Die Kirche in der postmodernen Welt" und der große Theologe Yves Congar „The Four Pillars of Peace". – Bei der Lektüre spürt man Erregung, weil man am großen Dialog des Vatikans mit der Welt teilnimmt, der in Deutschland in seinen schon erreichten Dimensionen oft kaum registriert wird.

Das Weltgemeinwohl ist im Ausgleich zeitgeschichtlicher Spannungen stets Ziel und Schwerpunkt kirchlicher Diplomatie. Als Objekt dieser Aufgabe sieht Casaroli besonders deutlich Europa als Konfliktstelle und Vermittler. Er betont dabei besonders die Bereiche Wissenschaft, Technik und Kultur. Als Realist behandelt er wie die Autoren der Festschrift den Dialog und die Methode der kleinen Schritte. Robert Prantner steuert in der Festschrift einen Beitrag „Seelsorger und Diplomaten" bei, der für die Kinder dieser Welt die Aufgabe als Mission Christi und nicht als ein „weltlich Ding" im Kräftespiel der Zeiten zu erhellen sucht. Kardinal Höffner, Staatspräsident Kirchschläger wie der belgische Außenpolitiker Tindemanns leuchten in herausragenden Aufsätzen die Herausforderungen der multi-kulturellen wie der ideologischen bzw. kontinentalen Spannungen auf dem Weg zur bewußt globalen Gemeinwohlverantwortung aus.

Kardinal Casaroli selbst leugnet nicht Gefahren und Risiken in den Denkansätzen wie den operativen Schritten. Ostpolitik heute ist ihm Pastoralpolitik für heute und Zukunftsvorsorge für morgen. Der Wunsch nach einer „Pax romana" scheint ihm mehr



Agostino Kardinal Casaroli FOTO: ZOLTAN NAGY

„einem Wunschgebilde als der Welt der Realität anzugehören". „Der Rhythmus der Weltgeschichte war selten harmonisch und ruhig." So analysiert er kühl die Motivlinien vom Zweiten Weltkrieg über ideologische Blockbildungen zur Koexistenz und dem „Gleichgewicht des Schreckens". Er sieht, daß „Entspannung" Fortschritt oder Falle sein kann. Seine Antwort ist „der Friede, nicht Pazifismus", der gerade in der Ostpolitik des Hl. Stuhls die Schritte Spannungsanalyse, Entspannung, Zusammenarbeit, Friedenssicherung geben muß.

Römische Tradition ist an die Welterfahrung von 2000 Jahren gebunden und besonders dem Recht verpflichtet. Mit großer Einfühlung beschreibt die Wurzeln dieser Kirchenpolitik Herbert Schambeck in seiner Einleitung zu Casarolis „Reden und Aufsätzen" und der inzwischen verstorbene Staatsminister Alois Mertes vor allem im Kapitel „Sicherung der Verkündigung – Dienst am Frieden – Kriterien vatikanischer Außenpolitik" in einer glänzenden Analyse „des Friedensauftrages der Kirche". Mertes benennt Casaroli ausdrücklich als den Zeugen, um gegen alle „säkularisierten Großinquisitoren" stets Menschen und Völkern die Freiheit sichernde „Transzendenz" entgegenzusetzen.

Zum Dienst der kirchlichen Seelsorge für Menschen und Völker läßt man am treffendsten Agostino Casaroli selbst zu Wort kommen. Er fordert für seinen diplomatischen Dienst in diesem religiösen Auftrag heute „geistliche Autorität, Einsatz für moralische Werte, Gewissen der Welt, Freund aller Völker und Staaten, neue Öffnung zur Welt, klare und gradlinige Haltung, Brücken für den Dialog".

Der Kardinal sieht „die Menschheit in dramatischer Weise an einem Wendepunkt", an dem die Vorsehung den Menschen über sein wahres Wesen und Verständnis vom Fortschritt prüft. Seelsorge und Politik müssen ihn aus „dem statischen Gleichgewicht der Angst" zum „dynamischen Gleichgewicht der Zusammenarbeit" führen. Die Alternative „der realistischen Utopie" steht der Gefahr aller Kulturgüter und der Versklavung gegenüber.

Herausgeber und Verlag haben sich verdient darum gemacht, einen bedeutenden Kirchenmann unserer Zeit in weltweiter Verantwortung gerade dem deutschsprachigen Raum Europas vorzustellen. Hoffentlich liest man derartige Bücher auch in den Planungsabteilungen und bei Verhandlungsvorbereitungen in Staatskanzleien und Außenministerien. Der Vatikan ist nicht erst seit diesem Pontifikat eine geistliche Weltmacht von hohem Rang – bedeutsam für alle Art von auswärtiger Politik und interkontinentaler Politik für Frieden und Freiheit.

HEINZ J. KIEFER



Konrad Löw FOTO: DPA

Sprüche von Marx und Engels

Wer behauptete, „in dem russischen Vokabularium existiert das Wort ‚Ehre' nicht", nannte Rußland entschieden eine Eroberernation, forderte den Russenhaß als „erste revolutionäre Leidenschaft", registrierte, „nach wie vor fährt Rußland fort, ostentativ aufzurüsten", und meinte, „den Russen gegenüber sind unsere offiziellen Politiker des Abendlandes unbegreiflich dumm"?

Wer nannte Amerika „das vollendetste Beispiel des modernen Staats", das „solideste Land der Welt" und meinte, „in Amerika reift alles schneller, man redet nicht um die Sache herum und nennt die Dinge beim rechten Namen"?

Die Antworten in einem solchen politischen Quiz sind erstaunlich: Alle Zitate stammen von Karl Marx und Friedrich Engels. Und sie sind keineswegs aus dem Zusammenhang gerissen und damit verfälscht. Sie waren damals so gemeint, wie sie heute verstanden werden.

Um diese Beispiele herauszufinden, bedarf es nicht der mühsamen Lektüre der 42bändigen offiziellen Marx-Engels-Ausgabe samt der westlichen Publikationen einiger im Osten bislang unterdrückter Schriften der beiden Gründerväter des Kommunismus. Dazu genügt das „**Marxismus-Quellenlexikon**", das Konrad Löw erarbeitet hat (Kölner Universitäts-Verlag, Köln, 352 S., 92 Mark). Es umfaßt 88 Hauptstichworte von „Amerika" bis „Zwangsarbeit" und erschließt durch das Register noch weitere 300 Stichwörter von „Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein" bis „Zufall".

Jedes Hauptstichwort ist vierfach gegliedert. Es beginnt jeweils mit einer Zusammenfassung der Thesen von Marx und Engels. Dann folgen als Hauptteil sehr ausführliche Zitate der beiden Erfinder des „wissenschaftlichen Sozialismus" mit genauen Quellenangaben, die ein einordnender und bewertender Kommentar abschließt. Nachgestellt sind außerdem umfangreiche Hinweise, wo dasselbe Thema noch in weiteren Werken von Marx und Engels behandelt und wo es in der Sekundärliteratur referiert oder diskutiert wird.

Ein solches Lexikon war längst ein Desiderat. Die mehrfach aufgelegte Zitatensammlung von Hans Koch „Theorie Taktik Technik des Weltkommunismus" ist schon seit Jahrzehnten vergriffen. Das „Sachregister Marx/Engels-Werke" aus Ost-Berlin ist unpraktisch, weil es auf die 42bändige Werkausgabe verweist (außerdem enthält es viele Stichwörter nicht, die Löw herausgegriffen hat). Und die nach wie vor hilfreiche sechsbändige vergleichende Enzyklopädie „Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft" definiert und analysiert zwar umfassend die einzelnen Stichwörter, zitiert aber nur knapp.

Das „Marxismus-Quellenlexikon" erlaubt dagegen, schnell herauszufinden, was Marx und Engels z. B. über die Demokratie, den Dogmatismus, die Freiheit, den Terror oder die Wahrhaftigkeit usw. geschrieben haben. Und zwar nicht nur in den kanonisierten Schriften, sondern – oft viel ungeschminkter – in ihrer privaten Korrespondenz. Das Ergebnis verblüfft immer wieder.

Marxens Ausspruch „Je ne suis pas Marxiste" (Ich bin kein Marxist) gewinnt dabei eine unbeabsichtigte ironische Dimension. Denn die besten Argumente gegen den Marxismus-Leninismus oder den Stalinismus-Maoismus usw., so wie er ist und wie er gedacht ist, liefern Marx und Engels selbst.

PETER DITTMAR

Was gewesen wäre, wenn – und was wirklich war

Studien zur Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik

Deutsche Historiker tun sich nicht erst nach Mommsens einsamer Größe schwer damit, Geschichte zu erzählen. Das, was ihren Professoren-Kollegen in Frankreich und den angelsächsischen Ländern zu weiter Verbreitung in der Bevölkerung verholfen hat, scheitert hierzulande auch an der Furcht, von der eigenen Zunft nicht richtig ernst genommen zu werden. Eine unendliche Zahl von Fußnoten, ein dickes Register sowie eine sich dahinwindende und schnörkelnde Sprache müssen so großen Respekt erheischen – daß die Mehrzahl der Interessenten bereits nach wenigen Seiten den Wälzer wieder aus der Hand legt.

Auch aus diesem Grund ist die Arbeit des Freiburger Professors der Neueren und Neuesten Geschichte, Heinrich August Winkler, verdienstvoll, die nun in einem zweiten Band veröffentlicht worden ist. Im vor einigen Monaten erschienen ersten Band hatte er die Zeit „Von der Revolution zur Stabilisierung" 1918 bis 1924 abgehandelt.

Beide Veröffentlichungen gehören zu einer Reihe, die unter der Herausgeberschaft von Winklers Münchner Kollegen, Gerhard A. Ritter, konzipiert wurde und eine entscheidende Lücke schließen soll. Ritter selbst sagt hierzu, daß es zwar in der Bundesrepublik Deutschland viele Einzelveröffentlichungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gibt, „eine gleichermaßen wissenschaftlich fundierte und einen breiten Leserkreis ansprechende, hinreichend ausführliche Gesamtdarstellung ist dagegen in der Bundesrepublik und im Ausland bisher nicht erschienen". SED-Historiker besaßen auf diesem Feld eine Art Monopol, nachdem sie in den sechziger Jahren eine in wehrotes Leinen gebundene achtteilige, streng am marxistischen Auftrag ausgerichtete „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" nach acht Jahren fertiggestellt hatten.

Winkler ist von solchem Umgang mit den Fakten weit entfernt, auch wenn er in anderer Weise allzu oft unhistorisch wird und immer wieder die Frage ventiliert, was wäre gewesen, wenn. Ansonsten erzählt er, was war, unterlegt es mit dem unbedingt notwendigen Quellenmaterial, ohne damit den Lesefluß zu stören. Auf knapp 900 Seiten heißt dies, nicht nur die Dinge, die Schlagzeilen machten, zu repetieren. Das für die Nachgeborenen kaum noch verstehbare „Milljöh" bzw., wie es Winkler nennt, „die Welt des Arbeiters in den goldenen Jahren der Republik", wird auch von ihm beschrieben – ihre Struktur und Löhne, ihre Versuche einer selbständige Kultur wie auch ihr häusliches Umfeld. Manches könnte – ebenso wie an anderen Stellen die Beschreibung der handelnden Gestalten – etwas blutvoller, weniger „akademisch" ausfallen.

Daß Weimar vor allem auch deshalb scheitern mußte, weil die Bürger diesen Staat nicht annehmen, ist die eine Seite der Medaille. Aber warum warfen sich die Arbeiter für ihre Republik nicht in die Bresche, die ihnen doch so viel zu bieten schien? „Auch links wirkte die Kaiserzeit nach", schreibt Winkler. „Damals war die Sozialdemokratie gewissermaßen die geborene Oppositionspartei und der Reichstag der natürliche Widerpart der vom Monarchen eingesetzten Regierung gewesen. In der Republik war die Regierung auf die Unterstützung einer parlamentarischen Mehrheit angewiesen. Doch selbst wenn die Sozialdemokratie offiziell Teil der regierenden Mehrheit war, fühlte sie sich in dieser Rolle nicht wohl. Ihr linker Flügel hielt sich an die Maxime, daß Opposition so lange ein Gebot des proletarischen

Heinrich August Winkler:
Der Schein der Normalität
Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930. J. H. W. Dietz Verlag, Bonn. 892 S., 80 Mark.

Klassenkampfes sei, als es keine parlamentarische Mehrheit für die Sozialisten gab." Es wäre sinnvoll gewesen, an diesem Punkt auch die andere, traditionelle innere Gespaltenheit der SPD mitzubehandeln, den untümlichen Hang zu revolutionärer Programm-Sprache und gleichzeitigem pragmatischen Handeln. In der Konsequenz ist Winkler unmißverständlich: „Auch auf der demokratischen Linken trauerten nur wenige dem Parlamentarismus nach", auch dort wurde der Übergang zum Präsidialsystem 1930 aufatmend als Rückkehr zu deutscher Normalität begrüßt.

Am Streit um ein viertel Prozent Erhöhung der Arbeitslosenversicherung scheiterte die Große Koalition unter dem für lange Jahre letzten sozialdemokratischen Regierungschef in Deutschland, Hermann Müller, im März 1930. Der Weg für die braunen Horden wurde freigemacht. Aktiv gemeuchelt haben die Weimarer Republik und einige ihrer herausragenden Repräsentanten zwar andere, aber die SPD war mitschuldig geworden durch Unterlassen, durch eine Haltung, in der – so Müller selbst – „wir nur in der Regierung vertreten gewesen sind, wenn wir in die Regierungen mußten". Dies alles, obwohl der weitsichtige Eduard Bernstein bereits seit 1919 seine Partei gewarnt hatte. 1924 schrieb er hellseherisch, wenn auch ohne Erfolg: „Wir gehen dem Staatsstreich der Nationalisten entgegen, das scheint mir, wenn wir so weiter wursteln, unabwendbar." Kapp war ein Doktrinär, die aber diesmal obenauf kommen, sind skrupellose, brutale Schurken."

PETER PHILIPPS

Das Parteikomitee war gegen den Plan

Eine neue Darstellung der revolutionären Ereignisse auf der „Potemkin"

Die Maden im Fleisch waren nicht der eigentliche Grund für die Meuterei auf der „Potemkin" am 27. Juni 1905, dem modernsten Schlachtschiff der russischen Schwarzmeerflotte, wenn man Richard Plaschkas interessanter Dokumentation folgt. Es war die erste Meuterei der Weltgeschichte, die nicht nur ein Kommando abschütteln, sondern eine landesweite Revolution auslösen sollte.

Wie schlimm die Fleischstücke tatsächlich waren, wird man nie erfahren: der deutsche Marineattaché, Korvettenkapitän Paul Hintze, bemerkte „als wohl nicht voreingenommener Beobachter: Die Beköstigung in der russischen Marine gelte als gut, freilich auch nach relativem Maßstab – in überwiegender Mehrzahl . . . besser als daheim . . . Daß es den Leuten gut geht, sieht man ihnen auch an."

Also, was war es? Der russisch-japanische Krieg verlief schlecht für Rußland, vor allem die wieder eingezogenen Reservisten waren verbittert. Die Sozialisten an Bord der „Potemkin" beschlossen den Versuch, ob nicht die „Potemkin" durch Meuterei die anderen Schiffsbesatzungen mitreißen und so die Revolution einleiten könnte – obwohl das Parteikomitee in Sewastopol den Plan als abenteuerlich verwarf.

Am 26. Juni wurden Lebensmittel eingekauft, das Fleisch wurde zunächst auf Deck aufgehängt – aus Odessa kam die Nachricht, dort sei Generalstreik –, die Matrosen protestierten, das Fleisch rieche schlecht und sei madig. Der Schiffsarzt Dr. Smirnow wurde geholt, setzte in einer von Eisenstein unübertrefflich verewigten Szene den Zwicker auf, „näherte seine Nase dem Fleisch, roch daran und sagte zu den Matrosen: ‚Nichts ist. Es ist Sommer. Das Fleisch ist nicht schlecht, man braucht es nur in ein wenig Salzwasser zu waschen und die wurmigen Teile wegzuschneiden.'" Die Matrosen aber verweigerten die damit gekochte Borschtsch-Suppe.

Daraufhin ließ Kapitän Golikow die Mannschaft antreten und befahl allen, die

Richard Georg Plaschka:
Matrosen – Offiziere – Rebellen
Krisenkonfrontationen zur See 1900–1918. Bd. I: Faktoren der Expansion. Böhlau Verlag, Köln. zus. 774 S., mit Abb., 98 Mark.

den Borschtsch essen wollten, vorzutreten. Tatsächlich unterwarfen sich fast alle Matrosen – aber dann überzog der Kapitän. Die letzten zwanzig oder dreißig mußten auf ihren Plätzen bleiben und eine Persenning wurde über sie geworfen, die übliche Vorbereitung zum Erschießen. Daraufhin stürmten andere Matrosen die Waffenkammer, der Erste Offizier wurde erschossen, dann begann die Jagd auf die anderen.

Der Torpedooffizier Leutnant Tonn fuhr den Wortführer Matjuschenko an: „Legt die Waffen ab, ihr Narren – ihr werdet alle dafür erschossen werden!" Matjuschenko schrie zurück, dem Leutnant gehörten die Epauletten abgerissen. „Dummkopf, du hast sie mir nicht gegeben, du wirst sie mir nicht nehmen!" Schüsse, Leutnant Tonn lag tot am Boden. Dann wurde Kapitän Golikow aus der Kajüte geschleift, den Berichten nach ein gnadewinselndes Häufchen Elend, erschossen, ins Meer geworfen.

Die Matrosen wählten eine Schiffsführung, bestanden aber darauf, daß einer der überlebenden Offiziere – Leutnant Alekseijew – das Kommando übernahm. Der Rest war eine Tragikomödie auf beiden Seiten. Die „Potemkin" lag tagelang vor Sewastopol, aber nachdem die spontane Demonstration auf der Richelieu-Treppe von Kosaken zusammengehauen worden war, wußten auch die Matrosen nichts beizutragen. Umgekehrt fand der stellvertretende Flottenchef Vizeadmiral Krieger keine Lösung – er fuhr mit der gesamten Schlachtflotte auf die „Potemkin" zu, aber diese fuhr durch seine Reihen; keine der beiden Seiten wagte das Feuer zu eröffnen. Schließlich kehrte die „Potemkin" nach Sewastopol zurück und das Schlachtschiff „Georgi Pobedonosets" schloß sich ihr an – aber nur für kurze Zeit; der Rest der Flotte blieb zarentreu.

Krieger wurde geschaßt, die „Potemkin" floh nach Rumänien und gab schließlich am 10. Juli auf. 61 kehrten zurück, es gab sieben Todesurteile, neunzehnmal Sibirien, 35 Freiheitsstrafen. Der Zar bestrafte sogar das Schiff: Es verlor seinen stolzen Namen „Knjas Potemkin Tawritscheskij" (Fürst Potemkin vom Taurus) und wurde in „Panteleimon" umbenannt.

ENNO VON LOEWENSTERN

Die Wandlung eines Autors

Peter Koch legt seine Adenauer-Biographie vor

Biographien großer Deutscher? Luther, Goethe, Bismarck, mit zeitbedingten Schwankungen auch Friedrich der Große – das war und das ist die Palette. Jetzt wird sie um Konrad Adenauer erweitert. Verblüffend, daß bis vor kurzem nur eine Adenauer-Biographie vorlag, die von Terence Prittie, dem jüngeren und daher titellosen Sohn eines englischen Lords, der als Korrespondent des liberalen „Manchester Guardian" von 1946 bis 1963 „dabei" war und so aus eigenem Miterleben ein sehr lebendiges, fesselndes Bild des Bundeskanzlers, seiner Stärken und Schwächen, zeichnen konnte.

Nun sind neue Werke veröffentlicht worden von jüngeren Autoren, die nicht oder kaum Zeitgenossen Adenauers sein konnten. Da erschien vor einigen Monaten im Südwest Verlag eine „Illustrierte Geschichte der Ära Adenauer". Der Verfasser – Christian Zentner – gehört dem Jahrgang 1938 an, dem gleichen wie Peter Koch, dessen 540 Seiten dickes Buch im Untertitel als „politische Biographie" bezeichnet wird.

Peter Koch? Ist das nicht jener Chefredakteur des „Stern", der verkündete, angesichts der angeblichen Hitler-Tagebücher müsse die Geschichte neu geschrieben werden? Richtig. Und vielleicht ist die Wandlung des ehemaligen „Spiegel"-, dann „Stern"-Redakteurs vom Saulus zum Paulus in Sachen Adenauer das einzig Überraschende an seinem Buch.

„Für mich war diese Arbeit auch Therapie, die Blamage der Tagebuch-Affäre zu überwinden", so Koch. Er verhehlt nicht, daß er einst ganz anders über Adenauer dachte und schrieb. Jetzt hat sich das Adenauer-Bild für ihn so zum Guten gewandelt, daß die Redaktion des „Spiegel" durch einen Aufstand ihrer „Massen" den zugesagten Vorabdruck verhinderte.

Neues wird der Kenner aus diesem Werk nicht erfahren. Koch selber bezeichnet es als die populäre Aufbereitung des umfangreichen Materials über Adenauer, das in den

Peter Koch:
Konrad Adenauer
Eine politische Biographie. Rowohlt Verlag, Reinbeck. 528 S., 38 Mark.

letzten Jahren veröffentlicht wurde. Dabei geht der Charakter einer Biographie des Staatsmannes und Menschen Adenauers allerdings über weite Strecken, in denen die Politik der Adenauer-Ära geschildert wird, verloren. Auch fehlt es an Souveränität des Urteils bei der Bewältigung des Stoffes, der so viele Facetten hat wie der einst von vielen irrigerweise als „eindeutig", ja „simpel" mißdeutete Mann Adenauer.

Dies Buch ist die Fleißarbeit eines Handwerkers, nicht eines Künstlers. Es ist eine solide Arbeit und flüssig geschrieben. Es kann eine nachgewachsene Generation mit Adenauer und seiner Leistung vertraut machen.

GEORG SCHRÖDER

Es geht auch ohne Katalysator. Lesen Sie, warum.

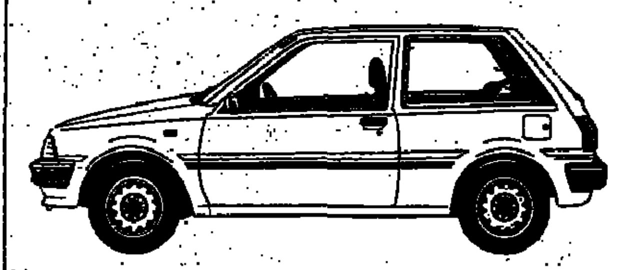
BMZ-TZ-2/85

MEHR VENTILE. WENIGER STEUERN. TOYOTA

Zur Erinnerung: Ab 1. 1. 1986 wird ernst gemacht mit den Abgaswerten. Wer die Normen nicht erfüllt, wird gehörig zur Kasse gebeten. Wer sie erreicht, kann Steuern sparen – was bei Benzinern im allgemeinen nur mit Katalysator möglich sein wird.

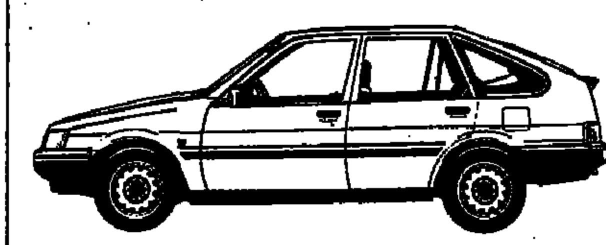
Soweit der Normalfall. Und nun zu einer höchst erfreulichen Spezialität: Sie heißt Toyota Starlet 1,0 *l*.

Dieser Toyota ist nach einer für Sie ab sofort im Preis inbegriffenen Umrüstung in der Lage, ohne Katalysator die neuen gesetzlich vorgeschriebenen Abgaswerte zu unterschreiten. Die technische Basis für dieses Kabinettstückchen liefert die Mehrventil-Technik seines 1,0-Liter-Motors.



Das heißt im Klartext für Sie: Wenn Sie sich jetzt für einen Starlet 1,0 *l* entscheiden, fahren Sie ohne Katalysator und können trotzdem sicher sein, nach einer Umrüstung (ab Anfang 1986*) die volle Kfz-Steuer-Befreiung zu bekommen. Und damit sparen Sie beim Starlet 1,0 *l* immerhin stolze DM 750,– in den ersten 3 1/2 Jahren.

Gute Nachricht Nr. 2: Auch für alle Corolla 1,3-Liter-Modelle und für den Toyota Starlet S 1,3 *l* gilt, daß Sie ab 1986 ohne Katalysator Steuern sparen können. Sie sparen auch in diesem Fall, vom Zeitpunkt der Umrüstung an, über DM 100,– Kfz-Steuer im Jahr.



Drittens: Bei diesen Starlets und Corollas können Sie außerdem umweltbewußt bleifreies Normalbenzin tanken. Und wenn Sie mal, z. B. im Ausland, keinen bleifreien Kraftstoff bekommen, problemlos auch mit verbleitem fahren.

Es ist allerdings ratsam, sich schnell für einen dieser Starlets oder Corollas zu entscheiden, denn für 1985 steht nur noch eine begrenzte Anzahl zur Verfügung. Nähere Informationen bei allen Toyota Händlern.

*Vereinbaren Sie Ihren Umrüsttermin direkt mit Ihrem Toyota Händler.

TOYOTA

Starlet 1,0 *l*, ab DM 12.290,–. Corolla 1,3 *l*, ab DM 14.340,–. Unverbindliche Preisempfehlung, inkl. MwSt., zuzüglich Überführungskosten.

Scharfe Rede Schewardnadses vor der UNO

■ Fortsetzung von Seite 1

Schewardnadse begründete den sowjetischen Widerstand gegen das SDI-Programm der USA mit dem Argument, daß dieses Verteidigungssystem auch zu offensiven Zwecken gebraucht werden könne und entscheidend die amerikanische Erstschlag-Kapazität erhöhe. Zugleich warnte Schewardnadse die USA vor der „irrigen Annahme, daß die Sowjetunion aus wirtschaftlichen Gründen nicht dieser neuen technologischen Herausforderung standhalten könne". Er erklärte: „Ich bin von der Staats- und der Parteiführung beauftragt worden, mit Nachdruck festzustellen: Unser Land wird nicht die militärische Superiorität über sich selbst zulassen."

Trotz der starken antiamerikanischen Töne hat die Rede Schewardnadses im amerikanischen Außenministerium keine scharfen Reaktionen ausgelöst. Außenminister Shultz fand sie bei weitem nicht so herausfordernd und polemisch, wie sie in der Vergangenheit an dieser Stelle von Schewardnadses Vorgänger Gromyko zu hören war.

Auch in der Leitung der deutschen Delegation sah man positive Aspekte in der Rede Schewardnadses. Man stellte sie in Zusammenhang mit der vorausgegangenen Rede von George Shultz und kam zu dem Ergebnis: „Beide haben durch die Art ihrer Reden gezeigt, daß sie keine Türen zuschlagen wollen. So gesehen, waren es beides konstruktive Reden."

Schewardnadse hatte zwei Stunden nach seinem UNO-Auftritt ein 60minütiges Gespräch mit Außenminister Genscher, das von beiden Seiten als erfreulich bezeichnet wurde. Genscher zeigte sich sichtlich beeindruckt von seinem neuen sowjetischen Amtskollegen, der davon absah, die Deutschen bei diesem Anlaß vor einer Beteiligung am amerikanischen SDI-Programm zu warnen, obwohl SDI ein Gesprächsthema war.

Es habe in diesem Gespräch eine positive Würdigung der bilateralen Beziehungen gegeben, hieß es von deutscher Seite, man habe jedoch zugleich festgestellt, daß es in diesem Bereich noch ein „großes Reservoir ungenutzter Möglichkeiten" gebe. Eine Positionsveränderung der sowjetischen Politik unter Gorbatschow und Schewardnadse sei nicht zu erkennen gewesen.

Bahr: Rau hinter Plan für A-Waffen-freie Zone

● Fortsetzung von Seite 1

Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa hinwies und sie schließlich sogar gegen den Widerstand des Sowjetexperten als Kommissionsmeinung durchsetzte. Arbatow gab bei der Verabschiedung des „Palme-Berichts" seine als Minderheitsvotum gekennzeichnete Meinung zu Protokoll. Darin äußerte er „Zweifel, ob der Vorschlag eines 300 Kilometer breiten Sicherheitsstreifens im Sinne einer Rüstungskontrolle nützlich sei, weil Atomsprengköpfe rasch in ein Sperrgebiet zurückgebracht werden könnten". In Arbatows Minderheitsvotum heißt es dann weiter, „solch ein Abkommen habe nur geringe militärische Bedeutung, es sei schwierig auszuhandeln und könne den falschen Eindruck erhöhter Sicherheit hervorrufen. Nach seiner Meinung seien wirksamere Maßnahmen notwendig, und zwar durchgreifende Reduzierungen oder ein vollständiges Verbot aller Mittelstrecken- und taktischen Kernwaffen."

Bahr ließ sich seinerzeit von Arbatows Bedenken nicht beeindrucken und ergänzte den Palme-Bericht mit einem über die einvernehmlichen Ansichten viel weiter hinausgreifenden Vorschlag. Er verlangte in seinem „Minderheitsvotum" den Abzug aller Atomwaffen aus den Staaten Europas, die nicht über solche verfügen. Bereits den „begrenzten Vorschlag" der Palme-Kommission nach Einrichtung eines 300 Kilometer breiten A-Waffen-freien Streifens wertete Bahr damals so: „Eine Zone in Europa, frei von taktischen oder Gefechtsfeld-Atomwaffen, wäre ein Experiment mit sehr geringem und kalkuliertem Risiko, das die Politik in die Richtung bringt, daß beide Seiten ihre Sicherheit gemeinsam und nicht gegeneinander zu organisieren beginnen." Nach der Veröffentlichung des Palme-Berichts blieb das Echo in Europa auf den Vorschlag zur Schaffung einer A-Waffen-freien Zone schwach. Die im Oktober 1982 ins Amt gekommene Bundesregierung nahm die Position ein, die für sie bis auf den heutigen Tag gilt. Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner erklärte zum wiederholten Male, generell seien waffenfreie Zonen zur Erhöhung der Sicherheit nicht sinnvoll. Das gelte sowohl für chemische als auch nukleare Waffen. Angesichts der Reichweiten moderner Trägersysteme könne in diese Zonen hineingewirkt werden, auch wenn sie von solchen Waffen frei seien.

Bahr als „Vordenker" seiner Partei in diesen Fragen vertritt dagegen die Auffassung, die atomaren Gefechtsfeldwaffen seien in vorgeschobenen Positionen stationiert und deshalb dem Risiko ausgesetzt, in einem bewaffneten Konflikt frühzeitig überrollt zu werden. Unter diesem Zeitdruck könnte, so Bahr weiter, die NATO gezwungen sein, „to use or to loose them", sie also einzusetzen oder zu verlieren.

In der Bonner Koalition sind die jetzt bekannt gewordenen Absichten der SPD bereits auf scharfen Widerspruch gestoßen. Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, Rudolf Seiters, nannte den Plan einen weiteren Schritt zur „politischen Verbrüderung mit den Kommunisten und einen schweren Schlag gegen die westliche Verhandlungsposition in Genf". Statt die westliche Haltung zu unterstützen, übernehme die Sozialdemokratie weitgehend die kommunistische Politik. Sie habe das bereits beim Entwurf eines Vertrages mit der SED über eine von chemischen Waffen freie Zone getan, meinte der CDU-Politiker weiter. Mit den vorgesehenen neuen Gesprächen über eine atomwaffenfreie Zone erreiche das Zusammenwirken zwischen SPD und SED jedoch eine neue Qualität, betonte Seiters gegenüber der „Neuen Osnabrücker Zeitung".

Bahr wies die Äußerungen von Seiters im Deutschlandfunk als „töricht" zurück. Der Unionspolitiker solle sich besser informieren, denn bei den Verhandlungen der Großmächte in Genf würde über die taktischen Atomwaffen nicht geredet.

Für die Unionsparteien verurteilte Seiters die SPD-Pläne auch mit dem Hinweis auf die Reichweite der sowjetischen SS-20-Raketen, über die im übrigen in Genf verhandelt wird. Der CDU-Politiker meinte, die sozialdemokratischen Absichten seien „besonders gefährlich", weil darüber hinweggetäuscht werden solle, daß die SS-20-Systeme mit ihrer Reichweite von 5000 Kilometer selbst bei einer Stationierung jenseits des Ural unverändert die Bundesrepublik Deutschland bedrohten.

Vogel bringt SPD in Zugzwang

Untersuchungsausschuß zu den Spionagefällen? / Union spricht von „Rufmord"

GÜNTHER BADING, Bonn

Die SPD will heute auf einer Fraktionssondersitzung entscheiden, ob sie ihrer Forderung nach dem Rücktritt von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann wegen der jüngsten Spionagefälle „durch einen Untersuchungsausschuß Nachdruck verleihen" will. Mit der Ankündigung, daß „meines Erachtens alles für einen solchen Schritt spricht", hat Fraktionschef Hans-Jochen Vogel die *Sozialdemokraten hier in Zugzwang* gebracht, weil ein Verzicht auf die Forderung nach einem Untersuchungsausschuß jetzt einer Rücknahme der Kritik am Verhalten des Bundesinnenministers gleichkäme.

In den Koalitionsfraktionen gibt es zwar sachliche Bedenken gegen einen solchen Ausschuß, der sensitive Bereiche der Geheimdienste in die Öffentlichkeit ziehen könnte. Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rudolf Seiters, erklärte allerdings gestern gegenüber der WELT, man werde sich einem solchen Ausschuß „nicht widersetzen". Allerdings sehe man dessen Ergebnissen gelassen entgegen. Deutliche Kritik am Versuch der SPD, die Spionagefälle „parteipolitisch auszuschlachten", übte der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Paul Laufs. Nach der eingehenden Unterrichtung des Innenausschusses lägen alle Fakten in den Fällen Tiedge und Willner „für alle sichtbar auf dem Tisch". Dem Innenminister könne weder Fehlentscheidung noch Versäumnis vorgeworfen werden.

„SPD will von eigenem Versagen ablenken"

„Wer nach der Flucht der Eheleute Willner die Entscheidungen des Bundesinnenministeriums für falsch hält, sollte den Mut haben, eine Änderung des Gesetzes zu Artikel 10 des Grundgesetzes zu fordern", sagte Laufs. SPD-Fraktionschef Vogel übe sich in „Rufmord", wenn er behaupte, es mehrten sich die Anzeichen für ein persönliches Versagen Zimmermanns. Laufs hielt der SPD vor, sie wolle lediglich „von eigenem Versagen auf dem Gebiet der inneren Sicherheit ablenken".

Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums machte gestern darauf aufmerksam, daß in den vertraulichen Sitzungen des Innenausschusses und der Parlamentarischen Kontrollkommission für die Geheimdienste (PKK), der die Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU, FDP und SPD angehörten, restlos alle Unterlagen über die Spionagefälle vorgelegt worden seien. Der SPD-Fraktion gehe es bei der Forderung nach einem Untersuchungsausschuß „nicht um sachliche Aufklärung", sondern um ein „politisches Kampfmittel". Da man damit rechnen müsse, daß die Verhandlungen eines Untersuchungsausschusses auf Dauer nicht vertraulich blieben, werde von einem solchen Ausschuß für die Spionageabwehr eine „nachhaltige Gefährdung" ausgehen.

In der PKK-Sitzung gestern nachmittag legte der Innenminister die teilweise recht umfangreichen Antworten auf den Fragenkatalog vor, den die Sozialdemokraten in der geheim tagenden Kommission Anfang September zum Fall Tiedge angekündigt und erst anschließend schriftlich in das Innenministerium gereicht hatten. Alle Einzelheiten zum jüngsten Fall der in die „DDR" übergewechselten Eheleute Willner hatte der Minister schon in der Sondersitzung der PKK am vergangenen Freitag beantwortet.

Die Feststellung Zimmermanns in der Sitzung vor drei Wochen, daß er für die Beantwortung der Fragen längere Zeit brauche, hatte die SPD dazu benutzt, ihm öffentlich vorzuwerfen, er wisse über Vorgänge seines Hauses und des nachgeordneten Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) nicht genügend Bescheid. Tatsächlich allerdings hatten sich darunter Fragen befunden, deren Beantwortung Zeit brauchte, so die, wie viele Alkoholfälle es insgesamt im BfV bisher gegeben habe, oder, mit welchen Personen der in die „DDR" übergelaufene Spionageabwehrchef Tiedge Kontakt gehabt habe. Zimmermann stellte seinerseits gestern die Frage an den Kommissionsvorsitzenden Vogel (SPD), was er eigentlich in einem Untersuchungsausschuß noch klären lassen wolle.

In der Diskussion über den Fall des Verräters Tiedge hatte der zentrale Vorwurf der Sozialdemokraten an den Minister gelautet, er habe sich seiner politischen Verantwortung nicht gestellt, sondern diese auf einen Beamten – den abberufenen Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes und früheren BfV-Chef Heribert Hellenbroich – abgewälzt. Im Fall der Eheleute Willner spricht die SPD von persönlichen Versäumnissen des Ministers. Das Bundesinnenministerium hat im Fall Willner von Anfang an eine Politik der offenen Information – soweit aus Geheimhaltungsgründen vertretbar – betrieben. Staatssekretär Hans Neusel, seit dem 1. August im Innenministerium, hat schon zwei Tage nach dem Abtauchen der Willners vor der Presse alle Fakten offengelegt.

Diskussion um Eingriff in ein Grundrecht

Zum Kernpunkt der Vorwürfe aus der SPD an Zimmermann, er habe mit der Ablehnung eines Antrags auf sogenannte G 10-Maßnahmen – Abhören von Telefonaten und Kontrolle des Briefverkehrs – eine Fehlentscheidung getroffen und damit erst die Flucht der Eheleute in die „DDR" ermöglicht, hatte Neusel vor der Bundespressekonferenz erklärt: „Sie wissen, daß eine Maßnahme nach G 10 einen Eingriff in ein Grundrecht bedeutet ... und daß wir hier nach unserer Verfassung und dem G 10-Gesetz gehalten sind, sehr sorgfältig zu prüfen, ob eine solche Maßnahme getroffen werden soll. Es bedarf tatsächlicher Anhaltspunkte für den Verdacht des Landesverrats oder der Gefährdung der äußeren Sicherheit. Es muß sichergestellt sein, daß durch sonstige Maßnahmen der Sachverhalt nicht weiter aufgeklärt wird." Erst am Ende stehe nach interner Prüfung im Ministerium die Befürwortung oder Ablehnung des Antrags durch den Minister. Danach treffe die G-10-Kommission des Bundestages ihre Entscheidung. Nachdem sich Tiedge am 23. August aus Ost-Berlin gemeldet hatte, seien „noch am gleichen Tage alle akuten Fälle" dem Generalbundesanwalt vorgelegt worden. Darunter seien der Verdacht gegen die Präsidialamtssekretärin Höke und der Fall Willner gewesen. Die Bundesanwaltschaft habe sich „mangels hinreichenden Tatverdachts" der Sache Willner nicht angenommen, wohl aber den Fall Höke an sich gezogen, was schließlich zu deren Verhaftung führte.

SPD-Vorstoß gegen Mittel für den Brüter

AP/gba. Bonn

Eine in Bonn bekannt gewordene SPD-Vorlage zielt darauf ab, durch eine Streichung der Bundesmittel für die Brütertechnologie, die Inbetriebnahme des nahezu fertiggestellten Brüters in Kalkar unabhängig vom Ausgang des Genehmigungsverfahrens zu verhindern. Die bis 1990 fälligen öffentlichen Mittel werden in dem bereits von SPD-Fraktionsführung behandelten Papier mit 1,65 Milliarden Mark beziffert. Wenn jetzt nicht abgebrochen werde, würden auch nach 1990 pro Jahr 150 Millionen Mark aus Steuergeldern benötigt. Die Bundesregierung wird aufgefordert, mit der Elektrizitätswirtschaft auf den Verzicht der Inbetriebnahme des Reaktors zu verhandeln.

Gegen die letzte Teilerrichtungsgenehmigung für den Schnellen Brüter in Kalkar können nach Ansicht der Bundesregierung jetzt keine Bedenken mehr geltend gemacht werden. In einer „bundesaufsichtlichen Äußerung" des Bundesinnenministeriums gegenüber dem für die Genehmigung zuständigen Wirtschaftsministerium von Nordrhein-Westfalen heißt es, atomrechtlich bestehe gegen diese letzte Errichtungsgenehmigung keine Bedenken. Das Bundesinnenministerium gehe deshalb davon aus, daß das Düsseldorfer Wirtschaftsministerium „unverzüglich" entscheiden werde und auch die „sofortige Vollziehung" der Errichtungsgenehmigung anordnen werde.

Der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Jochimsen hatte hinhaltend taktiert, um diese letzte Errichtungsgenehmigung – nach deren Vollzug wird es nur noch um die Einlagerungsgenehmigung für den Kernbrennstoff und die eigentliche Betriebsgenehmigung gehen – zu verzögern. Seine Partei, die SPD in Nordrhein-Westfalen, hat sich gegen den Weiterbau des Schnellen Brüters ausgesprochen.

Die „Äußerung" des Bundesinnenministers ist keine „Weisung", wie sie Innenminister Zimmermann gegenüber der hessischen Landesregierung in der Auseinandersetzung um die Genehmigung für den Ausbau der nuklearen Zulieferfirmen Alkem und Nukem in Hanau ausgesprochen hatte. Allerdings hat das Innenministerium das Düsseldorfer Amt schon vorsorglich auf das öffentliche Interesse an der Vollendung des Brüters in Kalkar hingewiesen.

Mark-Potential

cd. – Der „Dollarschock" ist Schnee von gestern, jubeln die Börsianer, und sie freuen sich, daß massive Auslandsnachfrage der Hausse neue Nahrung gegeben hat. Es erscheint jedoch allzu vordergründig, wenn die neuen Aktienkurssteigerungen vor allem mit der Stabilisierung des Dollarkurses und sogar mit der Spekulation darauf begründet wird, daß er sich wieder erholt. Zumindest wäre das für ausländische Anleger kein Motiv zum Engagement in D-Mark-Titeln. Wenn für sie überhaupt Währungsüberlegungen eine Rolle spielen, dann doch wohl nur im Rahmen einer mittel- oder längerfristigen Strategie. Und da spricht trotz aller Skepsis der Devisenhändler gegenüber Manipulationen des Dollarkurses mit Notenbankinterventionen einiges dafür, daß sich der Dollar auf längere Sicht abschwächt und daß sich gleichzeitig für die D-mark ein Aufwertungspotential aufbaut, und zwar nicht nur gegenüber dem Dollar, sondern auch gegenüber anderen Währungen.

Dieser Seite der Medaille haben die Aktivisten auf dem Börsenparkett bisher viel zu wenig Beachtung geschenkt. Im Klartext heißt das, daß deutsche Aktien – und natürlich auch festverzinsliche Papiere – nach dem New Yorker Fünfer-Finanztreffen zusätzlich an Attraktivität gewinnen müßten. Die lebhafte Auslandsnachfrage nach international als preiswert eingestuften deutschen Aktien, die gestern und vorgestern vor allem aus England kam, untermauert diese Überlegung wohl recht eindeutig. Denen, die sich über einen steigenden Dollarkurs freuen, sei ein Umdenken empfohlen.

Ladenschluß

Mk. – Mutig ist die Koalitionsvereinbarung, den streng reglementierten Ladenschluß zumindest an Bahnhöfen und Flughäfen aufzulockern, nun bestimmt nicht. Gerade deshalb muß die Kritik der zuständigen Verbände und Gewerkschaften umso mehr schrecken. Wenn die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels beispielsweise auf Wettbewerbsverzerrungen hinweist, die dadurch auftreten, daß nur ein begrenzter Kreis von Geschäften unter die Neuregelung fällt, so muß sie sich doch wohl fragen lassen, warum sie sich nicht an die Spitze derjenigen stellt, die für eine durchgreifende Reform eintreten. Wer sieht, wie viele Einzelhandelsgeschäfte in Kioske umgewandelt werden, die ein ähnliches Sortiment führen wie früher, der muß doch zur Kenntnis nehmen, daß hier ein Bedarf besteht, der befriedigt werden will. Reglementierungen jeder Art hemmen nun einmal die Wirtschaft, ganz zu schweigen davon, daß die Interessen der Verbraucher auf der Strecke bleiben.

BUCHHANDEL / Kritik am Urheberrecht – Keine Angst vor neuen Medien

Raubdrucke machen große Sorgen, aber zufriedenstellender Umsatz

INGE ADHAM, Frankfurt

Als Enttäuschung für Autoren und Verlage bezeichnet der Börsenverein des deutschen Buchhandels das gerade in Kraft getretene neue Urheberrecht. Ein „angemessenes" Entgelt für die Urheber an der Milliardenzahl von Kopien werde dadurch nicht gesichert. Zufrieden zeigt sich der Börsenverein dagegen mit der Umsatzentwicklung im Buchhandel.

Als „Verfall des Rechtsbewußtseins" und mangelnden Respekt vor geistigem Eigentum bewertet der Börsenverein die zunehmende Zahl von Raubdrucken. In einer vorsichtigen Hochrechnung veranschlagen die deutschen Buchhändler die ihnen dadurch im vergangenen Jahr entgangenen Umsätze auf rund 24 Millionen Mark, das entspricht etwa 2,4 Millionen Mark Autorenhonorar. Zwar wird die Raubdruckerei nach dem neuen Urheberrecht als „Offizialdelikt" gewertet, aber bisher sei es noch nicht gelungen, wirkliche Hintermänner dingfest zu machen. Als ein Zentrum der Raubdruckerei hat sich nach den Beobachtungen des Börsenvereins übrigens Berlin erwiesen, woher auch Raubdrucke in das Bundesgebiet vertrieben werde. In einer den Staatsanwaltschaften zugeleiteten Dokumentation weist der Börsenverein 160 Fälle nach, bisher seien 50 Strafverfahren anhängig. Besonders hart treffe die Raubdruckerei kleine Verlage, die mit hohen Vorleistungen einen Bestseller auf die Beine stellten und dann um die Früchte ihrer Bemühungen gebracht würden.

Im übrigen haben im vergangenen Jahr die kleinen Verlage und auch die kleineren Buchhändler sich durch eine flexible Marktanpassung besser behauptet als die großen Anbieter, registriert der Börsenverein. Der kräftige Rückgang der Titelproduktion um 15 Prozent auf 51 733 Titel sei kein Grund zur Beunruhigung, sondern eine Rückkehr zum Normalen. Parallel dazu sei eine Steigerung des Nutzwertes zu beobachten. Daß die Verlage mit spitzem Stift rechnen, signalisiert auch der zunehmende Rückgriff auf Bewährtes: Fast ein Viertel der Titel sind Neuauflagen und keine Erstausgaben.

Im Durchschnitt mußten die Käufer für die – dickeren – Bücher des Jahres 1984 gut sieben Prozent mehr als im Vorjahr bezahlen; der Durchschnittsbogenpreis (16 Druckseiten) stieg um vier Prozent. Das hat die Leser aber nicht vom Kauf abgehalten. Mit einem Plus von zwei Prozent auf knapp 8,8 Milliarden Mark schnitt der Einzelhandel mit Büchern besser ab als der gesamte Einzelhandel. Davon knapp zwei Drittel entfallen auf die 3382 Sortimentsbuchhandlungen mit rund 30 000 Beschäftigten. Zur Jahresmitte hatte es für die Buchhändler freilich mit einem Plus von fünf Prozent noch viel besser ausgesehen. Sparsame Käufer und fehlende Bestseller verdarben aber das Weihnachtsgeschäft; das dürfte nach Einschätzung des Börsenvereins in diesem Jahr anders aussehen.

In den ersten sieben Monaten dieses Jahres registrierte der Buchhandel, in dem angesichts der vielen Spezialisten der Konzentrationsprozeß wie im übrigen Einzelhandel kaum eine Rolle spielt, ein Umsatzplus von sechs Prozent. Mit diesem Ergebnis wäre auch der Ertragsrückgang vom Vorjahr wieder auszugleichen.

Vor diesem Hintergrud ist beim Börsenverein von der Furcht vor den neuen elektronischen Medien nichts mehr zu spüren. Das Buch wird sich auch zu Preisen zwischen 30 und 50 DM als „preiswertes und interessantes Medium" behaupten, meint Börsenvereins-Vorsteher Günther Christiansen. Buchhandel und Verlage setzten eher auf die Kategorie Phantasie. Daß dort Raum sei, habe auch die begeisterte Annahme der Aktion „das lesende Klassenzimmer" gezeigt, an der sich inzwischen 2000 Schulklassen beteiligen. Auf der bevorstehenden Buchmesse (9. bis 14. Oktober in Frankfurt) wird ein „Zentrum Leseförderung" die Aktivitäten rund um die Förderung des Lesens dokumentieren. Zur Buchmesse haben sich 6438 (i. V. 6169) Aussteller aus 79 Ländern angesagt, darunter 1746 aus der Bundesrepublik und 63 aus der „DDR". Der Literaturaustausch mit der „DDR" ist freilich immer noch eine Einbahnstraße, bedauert der Börsenverein.

AKTIENMÄRKTE

Bei stabilem Dollarkurs kam es zu einer Börsenhausse

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die nach dem Kurseinbruch am Montag bereits während der Dienstagsbörse einsetzende deutliche Kurserholung am deutschen Aktienmarkt mündete gestern in eine Hausse ein, die den WELT-Index um 2,5 Prozent von 215,12 Punkten auf einen neuen Rekordstand von 220,43 hochkatapultierte. Verschiedene Spitzenwerte erzielten noch weitaus höhere Gewinne, vor allem Bankaktien unter Führung der um 27 DM oder acht Prozent gestiegenen BHF-Bank. Die sehr lebhafte Nachfrage besonders aus dem Ausland stieß auf sehr enge Märkte. Mit der Stabilisierung des Dollarkurses schien der „Dollarschock" vom Montag überwunden zu sein.

Nach Einschätzung von US-Handelsminister Malcolm Baldrige müßte der Dollarkurs allerdings noch um ein Viertel sinken, damit die amerikanische Exportwirtschaft auf den Weltmärkten wieder konkurrenzfähig wird. Das entspräche dann einer Bewertung mit rund zwei Mark. Fred Bergsten, Chef des angesehenen Washingtoner Institute for International Economics und früher für Währungsfragen zuständiger Finanzstaatssekretär, hält sogar einen Rückgang des Dollar um etwa 30 Prozent gegenüber den wichtigsten Währungen für notwendig, wenn die USA ihr Handelsbilanzdefizit reduzieren wollen. Die amerikanische Notenbankleitung hat nach Worten ihres Sprechers Berichte dementiert, daß sie und die Regierung ein spezielles Kursziel für den Dollar ansteuerten; eine Agentur hatte behauptet, die Notenbank würde eine Abschwächung des Dollar-Außenwertes um zehn bis 15 Prozent begrüßen.

Handelsminister Baldrige *stellte* klar, daß die USA nicht versuchen würden, den Dollarkurs mit massiven Interventionen unter Druck zu setzten, wenngleich die Regierung von ihrer völligen Ablehnung von Interventionen abgerückt sei. Die von ihm für notwendig gehaltene Abwertung könnte innerhalb von 18 Monaten erreicht werden, ohne daß dadurch die Inflation wieder angeheizt werde, meinte Baldrige.

An den Devisenmärkten wird stark bezweifelt, daß der Dollarkurs mit Manipulationen der Notenbanken nachhaltig auf ein wesentlich niedrigeres Niveau gedrückt werden kann. Der starke Rutsch am Wochenbeginn, der durch ein „Heruntersprechen" des Kurses und spekulative Baisse-Engagements ausgelöst worden ist, könnte eine Gegenbewegung auslösen; Leerverkäufe müßten eingedeckt werden.

Wenn die Notenbanken unter Führung der amerikanischen in solchem Fall nicht massiv intervenieren, so heißt es im Devisenhandel, würde die Glaubwürdigkeit der New Yorker Währungsvereinbarungen vom Wochenende verspielt, und der Dollarkurs könnte, angefeuert von den hohen US-Zinsen, wieder steigen.

Unfaire Wettbewerber?

Von INGE ADHAM

Der Aufschrei kommt aus Frankfurt. Als fragwürdig qualifiziert der Spitzenverband Gesamttextil, daß man versuche, eine Messe – nämlich die Berliner Veranstaltung „Partner des Fortschritts" – durch handelspolitische Geschenke nach dem Gießkannenprinzip attraktiver zu machen. Die Interessenvertreter der deutschen Textilwirtschaft kritisieren, daß die ursprünglich als Entwicklungshilfe gedachten zusätzlichen Lieferquoten, die über die im Rahmen des Welttextilabkommens vereinbarten hinausgehen, auch Ländern wie Südkorea, Singapur oder Brasilien zugute kommen. Sie sind ohnehin in Sachen Textil marktstark. Und würden, dies als Beweis der Gesamttextil-These, international als neuindustrialisierte Länder geführt. Also sei der entwicklungspolitische Ansatz falsch.

So weit so gut. Das Verständnis für die deutsche Textilbranche ist sicher bei allen Politikern vorhanden. Ist sie doch lebendes Beispiel für die Folgen eines von außen aufgezwungenen, überaus harten Strukturwandels. Die deutsche Textilindustrie, die sich in den Aufbaujahren nach dem Kriege mit viel Menschenkraft auf den Weg gemacht hatte, die notwendige – und überaus gefragte – heimische Versorgung zu sichern, spürte bald harsche Konkurrenz. Aus jenen Ländern nämlich, in denen die Arbeitskraft sehr bald bei weitem nicht soviel kostete wie in der rasch aufblühenden Bundesrepublik.

Die Folge war ein erbitterter Wettbewerb, der zahlreichen Unternehmen aus dem Textilbereich den Hals brach und noch viel mehr Arbeitsplätze kostete, Arbeitsplätze meist in den als strukturschwach geltenden Gebieten in der Bundesrepublik, die sich zum Teil bis heute davon nicht erholt haben. In den Gegenden mit überwiegend textiler Monokultur, in denen emsige Stricker, Wirker oder Weber für die daheimgebliebenen Frauen – der Mann war derweil auf Montage – Arbeitsplätze boten, gab es keine Alternativen. Daran hat sich übrigens bis heute wenig geändert, allen öffentlichen regionalpolitischen Bemühungen zum Trotz.

Von daher ist der Zorn der deutschen Textilindustrie auf jede wettbewerbsverzerrende Maßnahme durchaus, auch im Interessse der ganzen deutschen Volkswirtschaft, verständlich. Auf der anderen Seite muß aber jeder in der deutschen Textilindustrie einräumen, daß ohne diesen, zugegebenermaßen harten und unbequemen Wettbewerbsdruck von außen die deutsche Textilindustrie nicht das wäre, als das sie sich heute präsentiert. Durchrationalisiert, kapitalintensiv, modern und eine der leistungsfähigsten der Welt, die auf allen Weltmärkten, inzwischen sogar im lange gefürchteten Fernen Osten, dem Wettbewerb Paroli bieten kann. Ohne den insofern heilsamen Zwang zum Strukturwandel wären die dazu notwendigen Investitionen in den mittelständischen Unternehmen nicht geflossen, hätte die Findigkeit der gesamten Branche im Überlebenskampf nicht die notwendigen Qualitäten erreicht, derer es bedarf, will man sich nicht nur rund um den heimischen Kirchturm behaupten.

Sicher, die Bundesrepublik ist immer noch ein Weltmeister im Textilimport. Aber diese Importe decken überwiegend den Standardbereich, der sich im Hochlohnland Bundesrepublik für die Hersteller nicht mehr rechnet. Gleichzeitig haben die deutschen Textilhersteller aber mit Qualität und Besonderheiten für einen guten Klang des textilen „made in Germany" gesorgt, der sie immerhin weltweit an die Spitze getragen hat. Früchte dieses Erfolgs werden derzeit in einem moderaten Gesamtwachstum der Branche geerntet. Das Unternehmenssterben hat sich ebenso wie der Beschäftigtenabbau deutlich verlangsamt.

Vor diesem Hintergrund müßten die Rufe, die jedwede zusätzliche Liefermöglichkeit für die „neuindustrialisierten" Länder verdammen, eigentlich verstummen. Länder wie Brasilien, die übrigens ihre Textilindustrie auch mit deutscher Hilfe aufgebaut haben, brauchen Möglichkeiten, ihre Produkte gegen Devisen zu verkaufen. Ohne diese Chance ist die Verschuldensproblematik derartiger Länder nicht in den Griff zu bekommen. Auch dies ist Entwicklungshilfe, und zwar im wohlverstandenen Interesse der Industrieländer. Mit der Zahlungsunfähigkeit der Schwellenländer ist niemandem gedient.

AUF EIN WORT



„Der sich immer mehr beschleunigende Strukturwandel muß von der Wirtschaft gemeistert werden. Der Staat kann dabei nur Hilfestellung leisten. Die Entwicklung selbst aber ist ein notwendiger Prozeß, der im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft nicht behindert werden darf."

Birgit Breuel, Minister für Wirtschaft und Verkehr des Landes Niedersachsen. FOTO: WERNER SCHÜRING

Investitionen tragen den Aufschwung

dpa/VWD, Köln

Die Investitionsgüterhersteller in der Bundesrepublik haben volle Auftragsbücher, denn die deutschen Unternehmen investieren wieder kräftig. Zu diesem Schluß kommt das unternehmernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln. Noch im vergangenen Jahr habe überwiegend die Auslandskundschaft für eine Auslastung der Produktionsanlagen gesorgt. In diesem Jahr würden hingegen die Inlandsaufträge das Wachstumstempo der Investitionsgüterbranchen bestimmen. Im 1. Halbjahr 1985 hätten die Unternehmen real sechs Prozent mehr Ausrüstungsgüter bestellt als in der gleichen Vorjahreszeit.

WÄHRUNGSPOLITIK

Pöhl begrüßt Bereitschaft der USA zu Interventionen

HEINZ STÜWE, Bonn

Die von den Finanzministern und Notenbankchefs der fünf größten Industrieländer vereinbarte währungspolitische Zusammenarbeit wird nach Ansicht von Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl ihre Wirkung auf die Märkte nicht verfehlen. Er mache sich zwar keine Illusionen, welchen Wert Interventionen an den auf Dauer haben könnten, „es gibt jedoch Situationen, wo sie Sinn machen," erklärte Pöhl auf einer Veranstaltung der SPD-nahen Klaus-Dieter-Arndt-Stiftung in Bonn.

Deshalb begrüße er die geänderte Haltung der USA, die Interventionen früher kategorisch abgelehnt hätten. Bei der Bewältigung der wachsenden amerikanischen Handels- und Leistungsbilanzdefizite hält Pöhl „eine weiche Landung" noch für möglich. Dazu müsse das US-Haushaltsdefizit gesenkt werden. Über sinkende Zinsen und einen schwächeren Dollar könnte dann ein Prozeß zur Verbesserung der Handelsbilanz führen. Die beschlossenen Budgetkürzungen hält er für unzureichend.

Zumindest zum Teil kann Europa nach Ansicht Pöhls in den nächsten Jahren von den USA die Lokomotivfunktion für die Weltwirtschaft übernehmen. Den meisten Spielraum für eine binnenwirtschaftliche Expansion sieht der Bundesbankpräsident in der Bundesrepublik. Zu Forderungen nach einer expansiveren Fianzpolitik erklärte Pöhl, er sei nicht sicher, „ob der zweifelhafte Effekt auf das wirtschaftliche Wachstum es rechtfertigt, die Erfolge beim Abbau der Defizite aufs Spiel zu setzen." Eine forcierte Zinssenkungspolitik der Bundesbank könne auch den gegenteiligen Effekt haben, warnte er.

BERGBAU

Die Beihilfe für Kokskohle wird ab 1989 plafondiert

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Von 1989 an soll die staatliche *Kokskohlenbeihilfe* plafondiert werden. Darauf haben sich der Vorstand der Ruhrkohle AG mit Beamten der Bundesregierung geeinigt. Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann, der gestern im Bundeskabinett die Absprache begrüßt hat, die noch von den Aufsichtsgremien der Ruhrkohle AG, der nordrhein-westfälischen Landesregierung und anderen Bundesministerien gebilligt werden muß, sieht darin ein wichtiges Element der Subventionsbegrenzung.

Die Kokskohlebeihilfe werde auch nach 1988 in ihrer Höhe durch den internationalen Wettbewerbspreis, den einheimischen Kostenpreis und die abgesetzte Kohlemenge bestimmt werden. Der deutsche Bergbau brauche also nicht das in der internationalen Kohlepreisentwicklung liegende Risiko zu tragen. Bei der Festsetzung des Plafonds müßten neben der jeweiligen Lage der Gesamtwirtschaft und des Bergbaus auch die haushaltswirtschaftlichen Notwendigkeiten in Betracht gezogen werden.

Durch die Plafondierung werde der Bergbau nicht in ein starres Kostengerüst gezwungen. Auf Absatzschwankungen solle flexibel reagiert werden. Dies gelte auch für beihilfefähige Kokskohlelieferungen in die EG.

1983 war angekündigt worden, daß die Exportsubventionen nicht längerfristig fortgesetzt würden. Die Ruhrkohle AG werde diese Exporte senken. Beihilfen für Exporte würden unter dem Gesichtspunkt beschäftigungspolitischer Notwendigkeiten geprüft. Bis zum Ende dieses Jahrhunderts würde die Förder- und Absatzpolitik der deutschen Steinkohle auf eine sichere und tragfähige Basis gestellt.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

BDI warnt vor Exportsubventionen

Köln (AP) – Mit Sorge hat der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) die vom amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan angekündigten Subventionen zur Förderung von Exporten aufgenommen. Der BDI betonte, diese Maßnahme könne die Gefahr eines weltweiten Kreditwettlaufs heraufbeschwören. Die US-Regierung müsse sich entgegenhalten lassen, daß die Definition unfairen Verhaltens nach den anerkannten Regeln des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) und nicht nach eigenem Ermessen festgelegt werden sollte.

Volcker Weltbank-Chef?

Washington (AP) – Im amerikanischen Kabinett besteht nach einer Meldung der „Washington Post" der Wunsch, daß der Vorsitzende der US-Zentralbank, Paul Volcker, Präsident der Weltbank wird. Die Amtszeit des amtierenden Weltbank-Präsidenten geht Ende 1986 zu Ende. Volckers Amtszeit läuft erst im August 1987 aus.

Einfuhrpreise niedriger

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Preise für importierte Güter sind von Juli bis August um 1,7 Prozent zurückgegangen und lagen sogar um 0,6 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Gesunken waren die Einfuhrpreise im Jahresvergleich zuletzt im Oktober 1983. Im Juni und Juli waren sie im Vergleich zu den entsprechenden Vorjahresmonaten noch um 1,6 beziehungsweise 3,5 Prozent nach oben

Zwangspfand abgelehnt

Düsseldorf (AP) – Die Glasindustrie hat sich gegen die Einführung eines Zwangspfandsystems mit Rücknahmeplichten" für Glasflaschen ausgesprochen. Der Bundesverband Glasindustie wehre sich dagegen, daß „die Glas-Rohstoff-Wirtschaft durch die beabsichtigte Gesetzesnovelle unter staatliche Kontrolle geraten könnte". Der Industriezweig wolle mittelfristig 1,7 Millionen tonnen Scherben über das Recycling zurückkaufen und damit eine Recyclingquote von mehr als 60 Prozent ansteuern. Ein „wohlgeordnetes System von standardisierten, genormten Mehrwegflaschen und das Glasrecycling hätten dazu geführt, daß die Glasabfälle abgenommen hätten. Dirigistische Maßnahmen des Gesetzgebers könnten diese Erfolge aber zunichte machen.

Bahnhofsläden länger offen

Bonn (VWD) – Läden an Verkehrsknotenpunkten (zum Beispiel an Bahnhöfen und Flugplätzen) sollen mit einer Neuregelung des Ladenschlußgesetzes die Möglichkeit erhalten, künftig von sechs bis 22 Uhr geöffnet zu sein. Die Regierungskoalition verständigte sich auf eine entsprechende Änderung des Gesetzes, wie die CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten Matthias Wissmann, Roland Sauer und Hans-Jürgen Doss in Bonn mitteilten.

Australien-Anleihe

München (sz.) – Eine Anleihe über 50 Mill. Australien-Dollar will die Bayerische Vereinsbank Overseas Finance N. V., Curaçao, unter Federführung ihrer Münchener Muttergesellschaft über ein internationales Bankenkonsortium auflegen. Die Schuldverschreibung mit einer Laufzeit von fünf Jahren ist bei einem Ausgabekurs von 100½ Prozent mit einem Zinssatz von 13 Prozent ausgestattet. Eine Börsennotierung in Luxemburg ist vorgesehen.

Schiedsstelle angekündigt

Stuttgart (rtr) – Der deutsche Einzelhandel will die in der „Gemeinsamen Erklärung" von 16 Handels- und Indutrie-Verbänden bezeichneten Fälle von Nichtleistungswettbewerb mit einer Schiedsstelle im Wege der Selbsthilfe bekämpfen. Der Präsident der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels (HDE), Wolfgang Hinrichs, stellte die Gründung dieser Schiedsstelle zusammen mit den anderen Unterzeichnern der Gemeinsamen Erklärung gestern in Stuttgart für diesen Herbst in Aussicht.

SCHWARZARBEIT

Herion: Strafen helfen nicht

hg. Bonn

„Schwarzarbeit läßt sich nur mit marktwirtschaftlichen Mitteln bekämpfen." Günther Herion, Präsident des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, hält eine Verschärfung der Bußgeld- und Strafvorschriften für wenig hilfreich. „Durch einen konsequenten Umbau des Steuer- und des Abgabensystems muß die Schwarzarbeit wirtschaftlich uninteressant gemacht werden", sagte Herion jetzt in Frankfurt.

„Zwischen dem Preis für eine Arbeitsstunde und dem Lohn für eine Arbeitsstunde liegen Welten", sagte Herion weiter, und daher sei der rasante Anstieg der Schwarzarbeit nicht verwunderlich. Einige sich ein Schwarzarbeiter am Bau mit seinem Schwarzarbeitgeber auf einen Stundenlohn von 25 DM, „so haben beide gut verdient": Regulär erhielte der Arbeiter rund 11,90 DM netto, während der Bauherr etwa 54,50 DM für die Arbeitsstunde zahlen müßte. Hier schlügen vor allem die hohen Lohn-Nebenkosten zu Buche.

Eine weitere Ursache für die Ausbreitung der Schattenwirtschaft vermutet der Bauindustrie-Präsident „in der allenthalben eingetretenen Verkürzung der Regelarbeitszeit". Die Freizeit werde nicht mehr, wie früher, weitgehend zu Erholung genutzt.

Um das Problem in den Griff zu bekommen, schlägt Herion unter anderem vor, die indirekten Steuern zu erhöhen – damit wären auch die „schwarz verdienten" Gelder erfaßt – und die direkten abzubauen. Außerdem solle der Mehrwertsteuersatz im Dienstleistungssektor, insbesondere für Bauleistungen, halbiert werden, „denn der Anreiz zur Schwarzarbeit sinkt mit der Absenkung des Verbraucherpreises". Die 40-Stunden-Woche sollte als verbindliche Maßeinheit bei der Sozialversicherung eingeführt werden, so daß etwa bei Teilzeitarbeit ein Vollschutz in der Krankenversicherung nur erhältlich ist, wenn der Arbeitnehmer zuzahlt. Schließlich plädierte Herion für die Einführung eines Sozialversicherungsausweises.

ALTERSVERSORGUNG / Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik hält tiefgreifende Reform für nötig

Die Vollversorgung durch den Staat ist überholt

PETER JENTSCH, Bonn

Eine „tiefgreifende" Reform der Alterssicherung ist nach Auffassung des Instituts für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik (IWG) unvermeidlich, da das bestehende System nur noch für höchstens zehn Jahre uneingeschränkt funktionsfähig ist. Aus diesem Grunde legte das IWG jetzt ein Reformmodell vor, das unter dem Gesichtspunkt der veränderten wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen auf die ordnungspolitischen Grundsätze von Solidarität und Subsidiarität abhebt. Gefordert wird die Einführung einer staatlich finanzierten Grundsicherung, die es dem einzelnen überläßt, darüber hinausgehende Ansprüche durch private Vorsorge zu finanzieren.

Die Autoren der Studie unterstellen, daß kein Beitragszahler, der heute jünger als 50 Jahre ist, darauf vertrauen könne, bis zu seinem Lebensabend zu erhalten, was ihm vom gegenwärtigen Versicherungssystem in Aussicht gestellt wird. Aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklung sei zudem das bisherige Ziel der Sozialpolitik, dem Bürger den gewohnten Lebensstandard durch hohe Zwangsabgaben und staatliche Vollversorgung zu gewährleisten, überholt. Denn damit „bindet die Politik ohne Not einen immer größeren Teil der Wirtschaftskraft des einzelnen und erhöht zugleich seine Abhängigkeit vom Staat". Dies könne zur „Verweigerung des Bürgers gegenüber der bestehenden Ordnung" führen – so wie sich „heute schon der Schwarzarbeiter den Zwängen einer Solidargemeinschaft" verweigere.

Unter diesen Prämissen wird die Reform der Alterssicherung darauf abgestellt, den kollektiven Aufwand für die Versorgung des alten Bevölkerungsteils zu begrenzen und eine solide Alterssicherung in Form einer Grundsicherung, die allerdings keine Lebens-Standard-Versicherung sein könne, zu gewährleisten.

Im einzelnen schlagen die Autoren Meinhard Miegel und Stefanie Wahl vor, die gesetzlich organisierte Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung ausschließlich auf eine allgemeine und einheitliche Grundsicherung zu beschränken. Die Grundsicherung in Höhe von 40 Prozent des jeweiligen durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts aller abhängig Beschäftigten erhält jeder Bürger mit Vollendung des 63. Lebensjahres, sofern er 25 Jahre lang steuerpflichtig war. Der „Rentner" kann dabei weiter unbeschränkt erwerbstätig sein, eine Bedürftigkeitsprüfung findet nicht statt.

Zentrales Element des Reformmodells ist die Möglichkeit, die Grundsicherung durch zeitweiligen Verzicht zu erhöhen. Konkret: Eine Grundrente, die nicht mit der Pensionsgrenze (63 Jahre) geltend gemacht wird, steigt monatlich um 0,4 Prozent. Bei Inanspruchnahme mit 68 Jahren betrüge die Rente dann 64 Prozent; sie entspräche damit dem heutigen Niveau der Durchschnittsrente. Wer nur die Grundrente bezieht ohne weitere Einkommen soll keine Einkommenssteuer zahlen müssen.

Die Grundsicherung soll nach Darstellung der Studie ausschließlich aus Steuermitteln finanziert werden. Dazu würde im Jahre 2010 ein Betrag von rund 200 Milliarden Mark nötig sein (2030, höchste Altenlastquote, etwa 300 Milliarden). Zur Finanzierung müßten die Steuern um rund 50 Prozent erhöht werden. Die durchschnittliche Einkommenssteuerbelastung stiege damit bis zum Jahre 2030 von heute 17,5 auf 26 Prozent, die Mehrwertsteuer von 14 auf 21 Prozent. Mit diesen Mitteln ließe sich nach heutigem Geldwert eine Grundrente von knapp 1700 Mark finanzieren. Zugleich entfielen aber die Beiträge zur Rentenversicherung, so daß die Belastung der Erwerbstätigen die heutige Höhe nicht übersteigt. Ohne eine Reform wäre die Belastung sogar erheblich höher.

Für heutige Rentenbezieher ändert sich nach dem Modell nichts, für die „rentenorientierte" Altersgruppe der über 55jährigen kaum etwas. Während einer Übergangszeit von 25 Jahren soll die Beitragsfinanzierung schrittweise durch die Steuerfinanzierung ersetzt und die Dynamisierung von Renten und Versorgungsleistungen auf 40 Prozent des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts begrenzt werden. Die Autoren gehen davon aus, daß die private Vorsorge wie bisher dem einzelnen und dem Markt überlassen werden soll.

PENSIONSZUSAGEN / Künftig Rückstellungspflicht

Finanzminister stimmt zu

HEINZ STÜWE, Bonn

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg hat für die geplante Rückstellungspflicht für neue Pensionszusagen, die jährlich 40 bis 50 Mill. Mark an Steuerausfällen mit sich bringen wird, grünes Licht gegeben. Das wurde bei der Anhörung des Bundestags-Rechtsausschusses zum Bilanzrichtlinien-Gesetz bekannt.

Künftig müssen alle Unternehmen, die ihren Beschäftigten Pensionszusagen machen, dafür Rückstellungen bilden. Der Regierungsentwurf des Gesetzes, der dann von den Parlamentariern geändert wurde, hatte in den allgemeinen Rückstellungsvorschriften noch ein dem jetzigen Recht entsprechendes Wahlrecht vorgesehen. Derzeit sind Rückstellungen für diesen Zweck zulässig, es besteht jedoch keine Passivierungspflicht.

Um die Steuerausfälle in Grenzen zu halten, sollen laufende Pensionen, Anwartschaften auf Pensionen und ähnliche Verpflichtungen, die vor dem 1. Januar 1987 zugesagt wurden, von der Passivierungspflicht ausgenommen werden. „Es hat den Anschein, daß wir uns mit dieser Konzeption durchsetzen können", erklärte der Rechtsausschußvorsitzende Herbert Helmrich (CDU) gegenüber der WELT und bestätigte damit indirekt die Zusage Stoltenbergs. Helmrich hob hervor, daß die geplante Rückstellungspflicht, die allgemein als Konsequenz aus dem Fall AEG angesehen wird, bei der Anhörung einhellig begrüßt wurde. Die Anregung einzelner Sachverständiger, auch für mittelbare Ansprüche aus Pensionskassen Rückstellungen vorzuschreiben, hält Helmrich jedoch für zu weitgehend.

Eine Änderung bahnt sich in der Bilanzierung des Firmenwertes an. Nach geltendem Recht kann der Erwerber eines Unternehmens, soweit der gezahlte Kaufpreis das Vermögen übersteigt, diesen Firmenwert zwar handelsrechtlich in fünf Jahren abschreiben, nicht jedoch steuerlich. Die von der Wirtschaft schon seit langem geforderte Abschreibungsmöglichkeit wird nun voraussichtlich mit einer verlängerten Frist zugelassen.

Das brisante Thema der Prüfungsberechtigung für Steuerberater für die mit Inkrafttreten des Gesetzes neu prüfungspflichtigen GmbHs war von der Anhörung ausgeklammert. Eine Entscheidung müsse jedoch in den nächsten Wochen fallen, betonte Helmrich.

Insgesamt habe die Anhörung bestätigt, daß „von Einzelfragen abgesehen die veränderte Konzeption einhellig akzeptiert wird." Ein Unterausschuß des Rechtsausschusses hatte den Regierungsentwurf zur Umsetzung der Vierten EG-Richtlinie nahezu vollständig umgearbeitet und mit dem Entwurf zur Konzernrechnungslegung (Siebte Richtlinie) und zur Prüferqualifikation (Achte Richtlinie) zu einem Gesetz zusammengefaßt.

Die Verbände begrüßen besonders, daß Sondervorschriften der EG-Richtlinie für die AG und die GmbH nicht für die gesamte Wirtschaft verbindlich werden und daß in Bezug auf die Kapitalgesellschaften ein „deutsches Übersoll" vermieden wurde. Wirtschaftsprüfer und Professoren bemängelten dagegen, daß sämtliche Wahlrechte bei der Bilanzierung, die die Richtlinie läßt, auch im deutschen Recht erhalten bleiben sollen.

POLEN / Handel mit der „DDR" soll forciert werden

Maschinen für den Bergbau

JOACHIM G. GÖRLICH, Köln

Das jetzt in Ost-Berlin unterzeichnete bilaterale Protokoll „DDR"–Polen sieht nach Angaben des polnischen KP-Organs „Trybuna Ludu" eine noch engere Koordinierung der bilateralen Wirtschaftspläne sowie eine intensivere wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Staaten vor. Das die Jahre 1986–1990 umfassende Protokoll visiert eine weitere Steigerung der beiderseitigen Warenumsätze um 40 Prozent an, wobei allein der Bereich Maschinen- und Industrieeinrichtungen zwei Drittel ausmachen soll.

Die „DDR" ist gegenwärtig zweitgrößter Importpartner und drittgrößter Exportpartner Polens. In den „letzten Jahren" wurde ein Umsatz von zwei Mrd. Rubel erzielt, 60 Prozent davon waren Maschinen- und Industrieeinrichtungen, heißt es weiter.

Ab 1986 soll intensiver denn je der Kohlebergbau der „DDR", vornehmlich der Braunkohletagebau, von Polen mit Industrieeinrichtungen und Maschinen beliefert werden. Die polnische Exportliste umfaßt u. a. Baumaschinen, Lkw und Pkw, hier den „Fiat 126 P", Industrieautomatik, komplette Anlagen für Zucker- und chemische Fabriken. Polen legt beim Import aus der „DDR" vor allen Dingen wert auf Lieferungen kompletter Druckerei- und Verlagseinrichtungen, von Maschinen für Textil- und Lebensmittelherstellung.

Eine Zusammenarbeit ist auch im Gebiet des Hüttenwesens, bei der Herstellung von Automaten jeglicher Art, Waggons, Werkzeugmaschinen, Datenverarbeitungsmaschinen sowie Landwirtschaftsmaschinen vorgesehen. Insbesondere aber – so „Trybuna Ludu" – wird die wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit auf den Gebieten Mikroelektronik, Grundlagenforschung und Biotechnologie forciert werden.

Eine „umfassende Kooperation" ist laut Warschauer KP-Organ unter anderem im Bereich der Produktion von Pflanzenschutzmitteln und Farbstoffen anvisiert. Als gewichtigster Punkt wird die gemeinsame Suche nach Möglichkeiten genannt, Ersatzerzeugnisse für Importwaren aus kapitalistischen Ländern herzustellen. Darüber hinaus werde Polen noch mehr Dienstleistungsunternehmen in die „DDR" schicken.

Die „Trybuna Ludu" unterstreicht ferner, daß es zwei Hauptströmungen im bilateralen Warenaustausch geben werde. Die erste tendiere in die Richtung, sich gegenseitig zu helfen, den eigenen Rohstoff- und Energiebedarf weitgehend zu decken. Dazu gehören Lieferungen von Kokskohle, Kalisalzen und Florid aus der „DDR" sowie die Ausfuhr von Steinkohle in die „DDR".

Außerdem wird Polen in die „DDR" mehr Lederwaren, Medikamente, Glaserzeugnisse aus Schlesien sowie Obst und Gemüse liefern, die „DDR" nach Polen wiederum Waschmaschinen, Kühltruhen, ebenso Arzneien, Baumwollerzeugnisse, Teppiche und Möbel ausführen.

Daß Polen an die „DDR" noch mehr Medikamente ausführen wird, läßt aufhorchen: Tagtäglich liest man nämlich in der amtlichen polnischen Presse, daß es dort kaum Medikamente gibt, die pharmazeutische heimische Industrie nicht ihr Soll erfüllen könne, weil ihr wegen Devisenmangel Rohstoffe fehlen. Und: Kürzlich verweigerten „DDR" und CSSR gemeinsam Polen wegen Zahlungsunfähigkeit weitere Medikamentenlieferungen. Immerhin bezog Polen zwei Drittel seiner Arneimittelimporte aus den beiden Staaten.

Rückschlag konnte überwunden werden

H.-A. SIEBERT, Washington

Die Weltbank-Tochter International Finance Corp. (IFC), die in den Entwicklungsländern Privatunternehmen fördert, hat sich von ihren Rückschlägen erholt. Im Geschäftsjahr 1985, das am 30. Juni endete, steigerte sie ihre Investitionen um 35 Prozent auf 937 Mill. Dollar. Bedient wurden 75 Vorhaben in 38 Staaten. An Geschäftsbanken verkaufte die IFC Beteiligungen in Höhe von 328 Mill. Dollar, so daß unterm Strich ein Netto-Engagement von 610 Mill. Dollar verblieb. Diese Zunahme machte 55 Prozent aus – ein neuer Rekord. Insgesamt erreichten die Projektkosten nahezu 2,8 Mrd. Dollar.

Damit beteiligte sich die IFC bisher mit 7,2 Mrd. Dollar an 848 Vorhaben, die rund 29,6 Mrd. Dollar erforderten. Auf Konsortialgeschäfte entfielen 3,1 Mrd. Dollar. In den kommenden fünf Jahren will das Institut seine Investitionen in der Dritten Welt mehr als verdoppeln. Es versteht seine Rolle als Katalysator; Kapital will es dorthin lenken, wo die Banken das Risiko scheuen. Die IFC bietet inzwischen langfristige Gelder zu variablen Zinsen an, übernimmt Garantien, führt Swaps durch und betätigt sich als führender Underwriter.

Bei Betriebseinnahmen in Höhe von 173 Mill. Dollar stieg der Nettogewinn im Geschäftsjahr um acht Prozent auf 28,3 Mill. Dollar. Der im vergangenen Jahr empfohlenen Verdoppelung des Kapitals auf 1,3 Mrd. Dollar haben bereits 71 Prozent der Mitgliedstaaten zugestimmt. Erforderlich ist eine Dreiviertelmehrheit. In drei Placierungen emittierte die IFC Anleihen über 130 Mill. Dollar. Im laufenden Geschäftsjahr sollen die Investitionen brutto mehr als eine Mrd. und netto 700 bis 750 Mill. Dollar erreichen. Die gesamten Projektkosten werden auf etwa vier Mrd. Dollar veranschlagt.

Stahl-Befürchtungen noch übertroffen

ews. Bonn

Politische und juristische Schritte – notfalls sogar eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof – erwartet die deutsche Stahlindustrie nun von der Bundesregierung, damit die Subventions-Entscheidungen der EG-Kommission vom 31. Juli nicht rechtskräftig werden. Die schlimmsten Befürchtungen seien durch die Kommissionsentscheidung, deren Inhalt erst durch ein Schreiben vom 23. September bekannt wurde, noch übertroffen worden, heißt es in einer Stellungnahme der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl in Düsseldorf.

Durch die Brüsseler Entscheidungen erhält die Konkurrenz der deutschen Stahlindustrie mehr als elf Milliarden Mark an zusätzlichen Subventionen, muß aber nur 1,7 Millionen Tonnen an Kapazität abbauen, ohne daß der Zeitpunkt für die Stillegung festgelegt wurde, moniert die Wirtschaftsvereinigung. Das seien geringere Auflagen als in der Vergangenheit, als je Milliarde an Subvention knapp 300 000 Tonnen Kapazitäten außer Betrieb genommen werden mußten. Weiter wird kritisiert, die EG habe erst nach einem Befassungsantrag der Wirtschaftsvereinigung ihre Entscheidung übermittelt, die allerdings nicht einmal vollständig sei, weil der Frankreich betreffende Teil nicht darunter sei.

Verletzungen des geltenden Subventionskodexes sieht die Wirtschaftsvereinigung darüberhinaus in weiteren Punkten: weil die Beihilfen nicht wettbewerbsneutral sind, bürden sie der deutschen Industrie weitere Wettbewerbsnachteile auf; die EG verlangt von den Subventionsempfängern keine neuen Umstrukturierungspläne, die die Rentabilität wiederherstellen und die Stahlbeihilfen sind nicht degressiv, sondern progressiv, heißt es weiter.

ENERGIEPOLITIK / NRW-Kammern kritisieren Rau

Forderung nach Kernenergie

ERWIN SCHNEIDER, Bonn

Absolute Priorität dürfe keines der Leitziele haben, die der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau in seiner Regierungserklärung am 10. Juni für die Energiepolitik der Landesregierung darlegte, kritisiert die Vereinigung der Industrie- und Handelskammern des Landes Nordrhein-Westfalen in einem Memorandum. Die gleichzeitige Verfolgung dieser Ziele – Schonung der Umwelt, sichere Energieversorgung und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit – sei ohne Konflikte nur schwer möglich. „Ein Zwang zum Kompromiß ist daher von vorneherein gegeben", heißt es weiter.

Die Kammern bemängeln vor allem, daß die Landesregierung dem Kostengesichtspunkt nur einen untergeordneten Rang zubilligt und weisen darauf hin, daß die Minimierung der Kosten in der Energieproduktion lebenswichtig für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie des Landes sei und deshalb als gleichrangiges Ziel weiterverfolgt werden müsse.

Kernenergie und Kohle müßten auch in Nordrhein-Westfalen eingesetzt werden, um im energiepolitischen Konkurrenzkampf der Bundesländer und der EG-Staaten mithalten zu können. Die Kammern werfen der Regierung Rau aber massiv vor, daß die Strukturbereinigung im größten Bundesland noch nicht abgeschlossen sei. Das Land habe praktisch noch keine Kernkraftwerke, die besonders in der Grundlast für kostengünstige Strompreise sorgen würden. Die Verinigung befürchtet dagegen, daß der Strompreis sich weiter überdurchschnittlich verteuert, es sei denn, „die Landesregierung ermutigt die Elektrizitätsversorgungsunternehmen, Kernkraft einzusetzen".

Zwar stellen die Kammern die Steinkohlenvorrangpolitik im „Interesse nationaler Energiesicherung" heraus und betonen die Position dieser Primärenergie für die Mittellast, weisen aber auch darauf hin, daß die Braunkohle eine zentrale Stütze der bundesweiten Stromversorgung und des Strompreises in Nordrhein-Westfalen sei – wie im übrigen auch Rau erklärt hatte. Dieser Vorteil würde aber durch die Großfeuerungsanlagenverordnung und deren Investitionsvorschriften zur Verhinderung von Emissionen der Braunkohlenkraftwerke gemindert. Deshalb, so fordert die Kammer, dürfe die Landesregierung diesen Energieträger nicht durch weitere Planungs- und Investitionsforderungen behindern.

WERKZEUGMASCHINEN / Sechste EMO schloß Pforten

Andrang und gutes Geschäft

HUBERTUS BLASS, **Hannover**

Mit dem hervorragendsten Ergebnis für Aussteller und Besucher aller bislang stattgefundenen Werkzeugmaschinenausstellungen schloß gestern die sechste EMO in Hannover ihre Tore. Dies erklärte der Generalkommissar der EMO, Markus von Busse, gestern während der Abschlußpressekonferenz. Alleine gegenüber der vorangegangenen EMO in Hannover im Jahr 1981 sei die Besucherzahl um 25 Prozent gestiegen. Vor vier Jahren wären 230 000 Besucher auf dem Messegelände gewesen, dieses Jahr hingegen 294 000, wobei es sich noch um vorläufige Zahlen handele, da erst am Abend Bilanz gezogen werden könne, erklärte von Busse. In dieser Zahl von 294 000 wären allein 216 000 verkaufte Karten enthalten. Dies sei um so erfreulicher, da die Messe von zehn auf neun Tage verkürzt worden sei.

Aus 95 Ländern hätten sich Besucher Exponate von 1899 Ausstellern aus 37 Staaten und Gebieten angeschaut. Als ein Zeichen hoher Internationalität bewertete von Busse den Anteil von rund einem Drittel der Besucher aus dem Ausland.

Die Werkzeugmaschinenindustrie präsentierte auf der sechsten EMO eine durch die Mikroelektronik geprägte neue Generation. Vorwiegend Werkzeugmaschinen als hochentwickelte Einzelmaschinen, flexible Fertigungszellen und -systeme, Transporttrassen, ergänzt durch Transportlager, Kontroll- und Meßtechnik vom Einzelgerät bis hin zu komplexer Industrieinformatik, die die gesamte Fertigung umfaßt, wurden vorgestellt.

Das Besucherinteresse konzentrierte sich weitgehend auf Neuheiten und technische Einzelheiten bei NC-Werkzeugmaschinen, Steuerungstechnik, Cad/Cam-Systeme, Bearbeitungszentren sowie flexible Fertigung und Automation, einschließlich Montage-Handhabungstechnik und Industrieroboter. Die dominierenden Besuchergruppen seien aus der Kfz-Industrie, dem Maschinenbau und der Luftfahrttechnik zu verzeichnen gewesen.

Dank des deutlich verbesserten Investitionsklimas sei die sechste EMO von verstärkter Nachfrage nach qualitativ hochwertigen, flexibel nutzbaren Werkzeugmaschinen gekennzeichnet. Die Einschätzung des geschäftlichen Erfolgs dieser Messe werde von dem weitaus überwiegenden Teil der Aussteller positiv bewertet. Es sei zu zahlreichen konkreten Kontakten, zum Teil auch zu Direktabschlüssen gekommen. Auch in das Nachmessegeschäft setze man allgemein große Hoffnungen.

Neben den Traditionsländern im Werkzeugmaschinenbau seien auch in beachtlichem Maße Aussteller aus ostasiatischen Ländern, aus Afrika, Südamerika und Australien vertreten gewesen, was als ein Zeichen für Bewegung in diesem Markt gewertet würde.

Den westlichen Industrienationen fielen dabei die maßgeschneiderten Problemlösungen mit hohem technischen Komfort, Service und Software zu, die jungen Industrie- und Schwellenländer mit ihren Kosten- und Preisvorteilen bemächtigten sich der Standardproduktion von Werkzeugmaschinen.

NEUE HEIMAT / Der Wohnungsbestand wird weiter reduziert, die Aktivitäten werden rigoros beschränkt

„Es gibt keinen anderen Weg zur Sanierung"

JAN BRECH, **Hamburg**

Der Sanierungs- und Schrumpfungsprozeß des Wohnungsbau-Konzerns Neue Heimat (NH) braucht mehr Zeit als ursprünglich angenommen. Nach den Worten des Vorstandsvorsitzenden Diether Hoffmann werde die NH aber auf dem Weg bleiben, über eine „verantwortungsvolle" Mobilisierung der vorhandenen Reserven die Schwierigkeiten aus eigener Kraft zu bewältigen. Es sei richtiger, so Hoffmann, den Verkauf von Wohnungen und Grundstücken sowie die Reduzierung der Beschäftigtenzahl selbst zu planen, als aufzugeben, die Wohnungen Verwertern zu überlassen und die Verantwortung für Arbeitsplätze zu vergessen. Er könne die Empörung der Mieter zwar verstehen, doch gebe es keine andere Möglichkeit, die NH wieder auf klaren Kurs zu bringen. Die NH habe sich lange Zeit übernommen und keine Grenzen gekannt. Dies gelte es jetzt in eigener Verantwortung zu bereinigen.

Kernpunkt der künftigen Geschäftspolitik ist eine rigorose Beschränkung der Aktivitäten und eine damit einhergehende Anpassung des Mitarbeiterbestands. Die Wohnungsbaugesellschaften, so erklärt Hoffmann, würden in Zukunft nur noch in sehr geringem Umfang Baugesellschaften sein. Ihre vordringliche Aufgabe bestehe darin, den vorhandenen Grundbesitz zu verwerten. Das gelte für Grundstücke, unverkaufte Eigentumsobjekte und vor allem auch für vermietete Wohnungen. Zweites Ziel sie es, die Bewirtschaftung der im eigenen Bestand verbleibenden Wohnungen erheblich zu verbessern.

Der Abschluß für das Jahr 1984 und die Entwicklung in den ersten Monaten dieses Jahres verdeutlichen den nach wie vor katastrophalen Zustand der Unternehmensgruppe. Der bei einem Gesamtumsatz von 3,4 Mrd. DM in der konsolidierten Bilanz ausgewiesene Jahresüberschuß von 4,5 Mill. DM spottet der wahren finanziellen Lage des Unternehmen Hohn.

Die Belastungen aus hohen Abschreibungen und Wertberichtigungen, aus dem Verzicht von Zinsaktivierungen, aus Verlusten im Dienstleistungsbereich (41 Mill. DM), aus Mietausfällen und -verzichten sowie Leerstand (124 Mill. DM) sind nur durch die Reaktivierung stiller Reserven kompensiert worden. Ohne Bewertungsbelastungen sind nach Angaben von Hoffmann im ordentlichen Geschäft an die 200 Mill. DM Verluste angefallen.

Die NH verkaufte 12 505 Wohnungen im Wert von 1,5 Mrd. DM und erzielte daraus 392 Mill. DM Buchgewinne. Die Halde der Eigentumsobjekte wurde bei einem Erlös von 600 Mill. DM auf 3166 Einheiten abgebaut, Grundstücke für 215 Mill. DM bei einem Gewinn von 23 Mill. DM verkauft. Trotz der wesentlich reduzierten Konzernbilanzsumme blieb der Eigenkapitalanteil mit drei Prozent dennoch völlig unbefriedigend. Das wegen dieser zu geringen Eigenmittel aufgenommene Fremdkapital belastet die NH mit 1,2 Mrd. DM Zinsen.

Der „Ausverkauf" der NH geht in diesem Jahr weiter. Nach dem spektakulären Verkauf von 21 365 Wohnungen en bloc für 929 Mill. DM an die BGI hat die Gruppe bislang insgesamt 55 000 Wohnungen mit einem Buchgewinn von 1,7 Mrd. DM veräußert. In den nächsten drei bis fünf Jahren wird die gleiche Zahl noch einmal hinzukommen. Von den Gesamtreserven im Unternehmen, die Hoffmann bei kritischer Bewertung mit 5 bis 6 Mrd. DM angibt, sollen zur Sanierung nochmals fast 2 Mrd. DM mobilisiert werden.

Aus dem Verkauf von Wohnungen erwartet die NH allein für 1985 einen Überschuß von 600 bis 700 Mill. DM. Durch den Deal mit der BGI, die den Preis von insgesamt 1,1 Mrd. DM in vier Jahresraten zahlen wird, sind 5200 Wohnungen in Hamburg, 2000 in Schleswig-Holstein, 8100 in Bremen, 1000 in Bayern und 700 in Baden-Württemberg verkauft werden.

Hoffmann ist zuversichtlich, daß über die Realisierung von Reserven die 1985 nochmal in dreistelliger Millionenhöhe anfallenden Verluste sowie die Belastungen aus Abschreibungen und Wertberichtigungen ausgeglichen werden können. Belastungen ergeben sich einmal aus der Halde unbebauter Grundstücke, die mit 1,4 (2) Mrd. DM zu Buch stehen, sowie aus 3000 unverkaufter Eigentumsobjekte im Wert von 760 Mill. DM.

COMMODORE

International hohe Verluste

dpa/VWD, **Frankfurt**

Die Commodore Büromaschinen GmbH, Frankfurt, erzielte im Geschäftsjahr 1984/85 (30. Juni) ein Umsatzplus von knapp 28 Prozent. Die deutsche Tochter der Commodore International, Westchester/Pennsylvania, erreichte einen Gesamtumsatz von 951,8 Mill. DM. Hieran war der Inlandsumsatz mit etwa 50 Prozent beteiligt. Der Gewinn vor Steuern belief sich auf rund 5 Mill. DM.

Auf den derzeitigen „Verdrängungswettbewerb besonders im Mikrocomputer-Markt" habe Commodore mit hohen Investitionen reagiert, vor allem für die neue Produktlinie. Besonders hohe Ausgaben seien auch für die Werbung erforderlich gewesen, die sich aber in der Marktposition ausgezahlt hätten: Mit etwa 70 Prozent Marktanteil liege Commodore bei Heimcomputern weiterhin unangefochten an erster Stelle.

Die Commodore International Ltd. verzeichnete weltweit für das Geschäftsjahr 1984/85 (30. Juni) einen Verlust von 113,9 Mill. US-Dollar nach einem Gewinn von 144 Mill. Dollar im Vorjahr. Die Umsätze fielen um 30 Prozent auf 883 Mill. Dollar, nach 1,27 Mrd. Dollar 1984. Negative Markteinflüsse beeinträchtigten vor allem den Absatz auf dem nordamerikanischen Markt. Wie Vorstandsvorsitzender Irving Gould erklärte, betrugen die Abschreibungen auf Warenbestände und die einmaligen Wertberichtigungen 1984 insgesamt 101 Mill. Dollar.

Trotz der negativen internationalen Bilanz sieht Commodore bereits für die nahe Zukunft wieder gute Perspektiven. Mit neuen Computern, einer umfassenden Reorganisation der nordamerikanischen Gesellschaften sowie wirksamen Maßnahmen zur Kostendämpfung erwartet der Konzern schon für die 1. Hälfte des laufenden Geschäftsjahres wieder einen Gewinn.

Sacilor saniert Edelstahlsektor

J. Sch. **Paris**

Der tief in den roten Zahlen steckende größte französische Stahlkonzern, die verstaatlichte Sacilor-Gruppe, hat eine umfassendere Strukturierung des Edelstahlsektors eingeleitet. Zu diesem Zweck soll eine neue Unterholding, die Ugine SA, gegründet werden, welche die verschiedenen Edelstahl-Interessen von Sacilor, insbesondere Ugine-Aciers, in ihren Töchtern Ugine-Guengnon (Bleche) und Ugine-Savoie (Langprodukte) übernimmt.

Die Ertragslage von Ugine-Aciers hat sich in den letzten Jahren auf Grund einer Belegschaftskürzung um 800 Personen (seit 1981) wesentlich verbessert. Bis Ende dieses Jahres soll sie um weitere 700 auf 5500 Personen reduziert werden. Sacilor ist nach eigenen Angaben der zweitgrößte Edelstahlproduzent der Welt nach Krupp, mit einer Produktion von 300 000 Tonnen und 5 Mrd. Franc Umsatz. Die Verluste dieses Sektors verminderten sich im ersten Halbjahr auf 14,5 Mill. gegenüber 30 Mill. Franc in der gleichen Vorjahreszeit.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Multi-Express Service-Einrichtungen GmbH, Monschau 7 – Kalterherberg; **Ahrensburg:** Norbert Wenzel Franz Werner, Bargteheide; **Augsburg:** Curt Spindler, Dasing, BGB-Gesellschafter der Fa. Polymetall, Aichach; Jurmin van Leeuwen, BGB-Gesellschafter der Fa. Polymetall, Aichach; Nachl. d. Wilhelm Müller; **Bielefeld:** HDS Holz- u. Dachbau GmbH, Steinhagen; **Hanau:** Küchen-Galerie GmbH; **Hannover:** bo comp Bildschirmtext- u. Computer Handelsges. mbH; **Königstein:** Dreier Zahntechnik GmbH, Kelkheim; **Lebach:** Nachl. d. Alois Wilhelm, Schmelz; **Lörrach:** Max Homberger, Omnibus- u. Reiseunternehmen; **Ottweiler:** B + S Hoch- u. Tiefbau GmbH, Steinbach.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Gütersloh: Bernhard Settertobulte, Bauunternehmer, Rietberg-Westerwiehe.

NAMEN

Heinz Harnisch wurde zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der Hoechst AG, Frankfurt, für den Geschäftsbereich Informationstechnik bestellt.

Fritz Krömer, Geschäftsführer der zur Salzgitter-Gruppe gehörenden Deutschen Schachtbau- und Tiefbohrgesellschaft mbH in Lingen, tritt am 30. September 1985 in den Ruhestand. Seine Position wird nicht neu besetzt.

Hans-Dieter Steinke, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Aigner AG, München, ist mit Wirkung vom 1. Oktober 1985 zum Geschäftsführer der Wilh. Bleyle KG, Stuttgart, bestellt worden. Er ist Nachfolger von **Wilhelm R. Müller**, der zu Aigner wechselt.

Manfred Türks, Mitglied der Geschäftsleitung von A. T. Kearney GmbH, Düsseldorf, und Vice President und Partner der Muttergesellschaft A. T. Kearney Inc., Chicago, wurde auch in deren Aufsichtsrat gewählt. **Hans Günther Bollig** und **Henner Klein** wurden zu Principals der A. T. Kearney GmbH ernannt.

Dr. **Rudolf Tismer**, früherer Direktor des Verbandes der Landwirtschaftskammern, Bonn, ist am 5. September 1985 im Alter von 85 Jahren gestorben.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Übernahmeofferte

New York (dpa/VWD) – Der US-Lebensmittelhersteller General Foods Corp., White Plains, hat von einem nicht näher identifizierten Unternehmen ein Übernahmeangebot erhalten. General Foods steht seit Wochen im Mittelpunkt von Übernahmespekulationen. Nach Informationen aus Wall-Street-Kreisen hat die Citibank für den Zigaretten- und Braukonzern Philip Morris angeblich eine Kreditlinie in Höhe von 6 Mrd. Dollar (derzeit rund 16,2 Mrd. DM) zum Kauf arrangiert.

Weiter Wachstum

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Computerindustrie wird ihr überdurchschnittliches Wachstumstempo fortsetzen. Heinz Nixdorf, Chef der Nixdorf Computer AG, Paderborn, sieht für die vor allem in den USA in Schwierigkeiten geratene Branche von außen jedenfalls keine Gefahr. Probleme drohten jedoch von falscher Unternehmenspolitik. Auch sein Unternehmen habe Ende der 60er Jahre in einer kritischen Phase gesteckt. *Auf diese Krise hin habe* Nixdorf den Vertrieb kontinuierlich ausgebaut. Heute arbeiteten 65 Prozent der 23 000 Nixdorf-Mitarbeiter im Außendienst. Seine auch für die Zukunft hohen Wachstumserwartungen stützt Nixdorf nicht zuletzt auf das Zusammenwachsen von Computertechnik und Nachrichtentechnik, bei dem die Computerhersteller seiner Meinung nach die besseren Karten haben.

Krupp liefert Fabrik

Essen (dpa/VWD) – Die Krupp Industrietechnik GmbH, Essen, liefert Libyen drei Anlagen zur Fertigung von Konserven- und Getränkedosen aus Weißblech. Besteller ist die El-Mamoura Food Est. in Tripolis. Der Auftragswert wird von Krupp mit 30 Mill. DM angegeben. Die Lieferungen sollen im Juni 1986 beginnen.

5. Inter Airport

Frankfurt (dpa/VWD) – Rund 220 Firmen aus 14 europäischen Ländern und den USA zeigen auf dem Frankfurter Rhein-Main-Flughafen derzeit Geräte für die Ausstattung von Flughäfen. Die 5. Inter Airport/Air Cargo (bis zum 28. September) gilt als bedeutendste Fachmesse für Flughafenbau, Bodengeräte, Fluggastverpflegung und Luftfracht. Der Messebereich Air Cargo bietet alles für den Waren- und Posttransport auf dem Luftweg. Parallel dazu finden die 4. Frankfurter Luftfrachttage statt.

Verschmelzung vollzogen

Essen (Bm.) – Die Nordwestdeutsche Kraftwerke AG (NWK) und die Preußische Elektrizitäts-AG (Preußenelektra) sind mit der Eintragung in das Handelsregister am 23. September verschmolzen worden. Das Vermögen der NWK ging auf die Preußenelektra, Hannover, über, die *jetzt Rechtsnachfolgerin der NWK ist.* NWK ging damit als Gesellschaft unter.

Geschäftsbericht des Jahres

Köln (DW.) – Im Wettbewerb „Der beste Geschäftsbericht", jährlich ausgeschrieben vom Industriemagazin in München, errang die Deutsche Lufthansa AG zum zweitenmal den ersten Preis in der Gruppe Handel/Dienstleistung. Zur Bewertung waren 320 Geschäftsberichte von Unternehmen der Industrie, des Handels, von Versicherungen, Banken, Kreditinstituten und von Dienstleistern eingereicht worden. Die Jury bescheinigte den Siegern „internationale Spitzenleistungen" in der Unternehmenskommunikation.

Kartoffeln in diesem Jahr reichlich

dpa/VWD, **Hannover**

Kartoffeln werden in diesem Jahr in ausreichender Menge sowie preisgünstig und von hoher Qualität vorhanden sein. Das hat der Zentralverband des Deutschen Kartoffelhandels gestern auf der Kartoffelherbstbörse in Hannover erklärt.

Nach der vorläufigen Schätzung des Bundesernährungsministeriums ist die diesjährige Ernte mit rund 7,7 Mill. Tonnen um 5,8 Prozent höher als im Vorjahr. Die Anbaufläche ist mit 219 353 Hektar nahezu unverändert geblieben. Die Hektarerträge lagen bei frühen Sorten bei 288 Doppelzentnern (plus 7,35 Prozent und bei mittelfrühen und späten Sorten bei 358 Doppelzentnern (plus 5,84 Prozent).

Von der Landwirtschaft wurden die niedrigen Erzeugerpreise beklagt. Der Deutsche Bauernverband forderte angesichts der schwierigen Lage eine europäische Kartoffelmarktordnung. Außerdem müsse es in der Speisekartoffelvermarktung mindestens zu einem vertragsgebundenen Anteil von 50 bis 60 Prozent kommen.

VICTORIA-VERSICHERUNGEN / Leben verbessert die Gewinnbeteiligung

Beitragseinnahmen sind angestiegen

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Der Rückgang der Schadenquote und des Kostensatzes für die Verwaltung auf *zusammen 94,4 (96,2)* Prozent der verdienten Selbstbehaltprämie haben bei der Victoria Feuerversicherungs-AG, Düsseldorf, 1984 zu einem mehr als verdreifachten technischen Gewinn geführt. Vor Veränderungen der Schwankungsrückstellung ist die Verbesserung des Ergebnisses ausschließlich im direkten deutschen Geschäft erzielt worden, während sich das Rückversicherungsgeschäft deutlich verschlechterte.

Die Zuführungen zur Schwankungsrückstellung betrafen hauptsächlich die Sparten Hausrat, Haftpflicht, Feuer und Technische Versicherungen. Die Wohngebäudeversi*cherung* weist für 1984 mit fast 10 (5,5) Mill. DM den höchsten Verlust aus, den höchsten Gewinn die Unfallsparte (26 Mill. DM) und die gesamte Kfz-Versicherung mit 12 Mill. DM.

Aufgrund der stagnierenden (jetzt ausgeglichenen) Transportsparte und des rückläufigen Prämienaufkommens in den technischen Zweigen hat sich das relative Gewicht von Unfall und Haftpflicht mit 13,6 und 15,7 Prozent der Beiträge erhöht. Größte Einzelsparte bleibt unverändert der Kfz-Bereich mit fast 36 Prozent.

Unter Berücksichtigung des um 3,8 auf 36 Mill. DM gestiegenen Steueraufwands erhöhte sich der Jahresüberschuß auf 39,5 (27) Mill. DM, von denen 28,5 (17,5) Mill. DM den Rücklagen zugeführt wurden. Rund 8,1 Mill. DM beträgt der Aufwand für die 18 Prozent Dividende.

Im 1. Halbjahr 1985 stiegen die Beitragseinnahmen um 6,8 (5,1) Prozent auf 649 Mill. DM. Dazu kommen noch 44 Mill. DM Auslandsprämien. Der Schadenaufwand hat im Industrie-Feuerbereich und in den allgemeinen Sachsparten deutlich zugenommen.

Bei der Muttergesellschaft Victoria Leben ist das eingelöste Neugeschäft in den ersten sechs Monaten dieses Jahres kräftig auf 2,12 (1,66) Mrd. DM gestiegen. Der Bestand erreichte 37,3 (36,2) Mrd. DM Versicherungssumme.

Das Geschäftsjahr 1984 war für die Gesellschaft in wesentlichen Bereichen atypisch und mit 1984 kaum vergleichbar. Das Neugeschäft muß am sehr guten Vorjahresergebnis gemessen werden, das Beitragsaufkommen an der eingeführten Direktgutschrift und zweimaligen Bonusgutschriften.

Der Rückgang der Leistungen hängt mit dem hohen Ablauf von 624-DM-Versicherungen 1983 zusammen. Die gestiegene Abschlußkostenquote geht auf das geringere Neugeschäft zurück, die Entwicklung der Kapitalanlagen und deren Erträge auf die Übertragung des Bestands der Vorsorge Leben. Aus 14,4 (13,2) Mill. DM Jahresüberschuß werden wieder 18 DM Dividende gezahlt.

Victoria Leben	1984	± %	
Versicherungsbestand (Mill. DM)	33 745	+ 4,8	
Eingel. Neugeschäft	3 479	– 23,8	
Beitragseinnahmen	1 263	– 0,9	
Aufw. f. Vers. Fälle	582	– 12,7	
Kapitalanlagen ¹)	11 319	+ 8,1	
Kapitalerträge ²)	865	– 1,6	
Aufw. f. Beitr. Rückerst.	652	+ 1,4	
Rückst. f. Beitr. Rückerst.	1 734	+ 0,2	
	1984	1983	1982
Stornoquote ³)	5,3	5,8	5,4
Verw. Kostenqu. ⁴)	6,5	7,1	7,8
Abschl. Kostenqu. ⁵)	45,2	37,7	38,8
Überschußquote ⁶)	52,7	61,5	35,4

¹) ohne Depotford.; ²) netto; Durchschnittsrendite: 7,9 (7,7) Prozent; ³) Rückk., Umwandlg. in beitr. freie Versich. u. sonst. Vorz. Abgang in % d. Anfangsbestands; ⁴) sonst. Aufw. d. Vers. Betr. in % d. Beiträge; ⁵) in Promille d. eingel. Neugesch.; ⁶) Bruttoüberschuß in % d. Beiträge.

Victoria Feuer	1984	± %	
Bruttoprämie (Mill. DM)	1 189	+ 4,1	
Nettoprämie ¹)	693	+ 5,6	
Aufw. f. Vers.-Fälle	454	+ 5,2	
Vers.-techn. Ergebnis ²)	+ 17,3	(+ 5,9)	
Kapitalanlagen ³)	1 144	+ 8,3	
Kapitalerträge ⁴)	75	+ 11,9	
in % d. verd. Beitr.	1984	1983	1982
Selbstbeh.-Qu. (%)	58,8	57,4	56,6
Schadenquote	66,3	66,6	68,1
Verw.-Kostenqu.	28,0	29,8	30,2
Rückstell.-Qu. ⁵)	124,4	123,1	121,4
Eigenkapitalqu.	42,6	40,6	37,9

¹) Brutto- minus Rückversicherungsbeitr.; ²) nach Zuführung von 22,8 (7,5) Mill. DM zur Schwankungsrückstellung; ³) oh. Depotford.; ⁴) netto; Durchschnittsrendite: Keine Angaben; ⁵) vers.-techn. Rückstellg.

Warenpreise – Termine

Etwas fester schlossen am Dienstag die Gold- und Kaffenotierungen an der New Yorker Comex. Deutlich fester ging Kupfer aus dem Markt. Stetig beziehungsweise nur bruchteilig schwächer notierte Silber. Leicht rückläufig in allen Sichten präsentierte sich Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

	24.9.	25.9.
Weizen Chicago (c/bush)		
Dez.	298,75	291,50
März	304,00	296,50
Mai	296,00	291,50
Weizen Winnipeg(can.$/t) Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	249,20	252,95
Amber Durum	246,14	249,89
Roggen Winnip.(can.$/t)		
Okt.	118,50	119,10
Dez.	121,60	122,20
März	126,60	127,40
Hafer Winnip.(can. $/t)		
Okt.	92,00	92,40
Dez.	94,50	94,40
März	98,80	98,40
Hafer Chicago (c/bush)	24.9.	25.9.
Dez.	129,50	127,50
März	134,00	132,00
Mai	135,00	133,00
Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	226,50	221,75
März	236,25	231,50
Mai	241,75	237,00
Gerste Winnipeg (can.$/t)	24.9.	25.9.
Okt.	105,90	106,00
Dez.	109,00	109,50
März	113,50	113,00

Genußmittel

	24.9.	25.9.
Kaffee New York (c/lb)		
Terminkontr. Dez.	137,10	137,00
März	139,05	138,60
Mai	140,05	139,80
Kakao New York ($/t)	24.9.	25.9.
Terminkontr. Dez.	2298	2320
März	2360	2380
Mai	2390	2410
Umsatz	3555	4855
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Okt.	5,34	5,21
Jan.	5,45	5,32
März	5,87	5,75
Mai	6,06	5,95
Juli	6,27	6,15
Umsatz	9735	10714
Iso-Preis fob karibische Häfen US-c/lb)	24.9.	25.9.
	5,13	5,18
Kaffee London (£/t) Robusta	24.9.	25.9.
Kontrakt Sept.	1535-1539	1580-1583
Nov.	1563-1565	1595-1597
Jan.	1600-1600	1618-1622
Umsatz	3643	2954
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Sept.	1737-1740	1748-1750
Dez.	1779-1780	1781-1782
März	1809-1810	1806-1807
Umsatz	2310	3927
Zucker London (£/t) Nr. 6	24.9.	25.9.
Okt.	140,00-141,00	138,00-158,40
Dez.	145,00-145,20	142,20-143,00
März	154,60-155,00	152,20-152,40
Umsatz	1560	1893

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100kg)	25.9.	24.9.
schw. Sarawak spez.	770,00	767,50
weißer Sarawak	920,00	920,00
weißer Muntok	950,00	950,00

	24.9.	25.9.
Orangensaft New York (c/lb)		
Nov.	133,65	132,80
Jan.	129,70	129,05
März	127,75	127,40
Mai	125,90	126,00
Juli	125,50	125,40
Umsatz	300	500

Öle, Fette, Tierprodukte

	24.9.	25.9.
Erdnußöl New York (c/lb)		
Südstaaten fob Werk	35,00	34,00
Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	21,75	21,75
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Okt.	21,28	21,08
Dez.	21,35	21,18
Jan.	21,55	21,35
März	21,95	21,75
Mai	22,25	22,05
Juli	22,55	22,30
Aug.	22,60	22,35
Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal fob Werk	18,50	19,00
Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	15,00	15,00
Choise white hog 4 % fr. F.	13,50	13,50
Talg New York (c/lb)		
top white	15,00	15,00
fancy	14,25	14,25
bleichfähig	13,75	13,75
yellow max. 10%fr.F	10,25	10,25
Schweine Chicago (c/lb)		
Okt.	40,00	39,95
Dez.	41,90	42,50
Feb.	41,90	43,00
Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Feb.	61,35	63,10
März	61,50	63,00
Mai	62,75	64,40
Häute Chicago (c/lb)	24.9.	25.9.
Ochsen einh. schwere River Northern	54,00	55,50
Kühe einh. schwere River Northern	44,00	44,00
Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Nov.	521,50	523,50
Jan.	534,00	535,00
März	545,50	546,25
Mai	555,50	557,00
Juli	563,50	563,50
Aug.	562,00	562,50
Sept.	552,00	551,00
Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Okt.	135,50	135,20
Dez.	137,70	139,30
Jan.	139,00	140,30
März	141,00	143,00
Mai	144,00	144,50
Juli	146,00	147,30
Aug.	147,00	148,00
Leinsaat Winnipeg (can. $/t)	24.9.	25.9.
Okt.	322,80	312,80
Dez.	320,00	312,00
März	327,00	321,00
Kokosöl New York (c/lb)	24.9.	25.9.
Westküste fob Werk	22,50	20,50
Erdnußöl Rotterdam ($/t)	25.9.	24.9.
jegl. Herk. cif	780,00	780,00
Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	–	585,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	365,00	385,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl.fob Werk	145,00	144,50
Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	442,50	452,50
Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	257,00	250,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	24.9.	25.9.
Baumwolle New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 2:		
Okt.	60,00	59,96
Dez.	59,01	59,15
März	60,26	60,25
Mai	60,55	60,55
Juli	59,40	59,60
Okt.	54,50	54,60
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1	42,75	42,75
Wolle Lond. (Neusl. c/kg)		
Kreuzz.:	25.9.	24.9.
Okt.	477-488	477-488
Dez.	535-538	–
Jan.	536-538	500-501
Umsatz	24	24
Wolle Roubaix (F/kg)		
Kammzüge	24.9.	25.9.
Okt.		51,50
Dez.		52,00
März	unerh.	54,80
Mai		52,20
Umsatz		0
Tendenz: ruhig		
Wolle Sydney (austr. c/kg)		
Merino-Schweißw. Standardtype	24.9.	25.9.
Okt.	610,00-612,00	610,50-614,00
Dez.	622,00-624,50	618,00-620,00
März	624,00-632,00	622,00-624,50
Umsatz	10	34
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	25.9.	24.9.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded:	570,00	570,00
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA ab Lager	24.9.	25.9.
Okt.	12349	geschl.
Nov.	12395	
Kautschuk London (p/kg)	24.9.	25.9.
Nr. 1 RSS loco	58,00-61,00	58,00-61,00
Okt.	–58,00	–58,00
Nov.	–59,00	–59,00
Dez.	–60,00	–60,00
Tendenz: ruhig		
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	24.9.	25.9.
Okt.	183,50-184,50	184,50-185,50
Nov.	185,00-186,00	186,50-187,00
Nr. 2 RSS Okt.	172,00-173,00	172,50-173,50
Nr. 3 RSS Okt.	169,50-170,50	170,00-171,00
Nr. 4 RSS Okt.	165,00-166,00	165,50-166,50
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	25.9.	24.9.
BWC	520	520
BWD	495	495
BTC	525	525
BTD	500	500

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengenang.: 1 troyounce (Feinunze) 31,1035 g; 1lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	25.9.	24.9.
Aluminium: Bas.Lond.		
laufend. Monat	266,05-266,42	268,09-268,48
drittfolg. Monat	274,56-274,76	276,65-277,04
Blei: Bas. London		
laufend. Monat	110,14-110,52	111,28-111,48
drittfolg. Monat	113,63-113,82	114,20-114,40
Nickel: Bas. London		
laufend. Monat	1206,06-1209,94	1215,94-1216,33
drittfolg. Monat	1223,51-1225,45	1231,50-1233,45
Zink: Bas. London		
laufend. Monat	177,61-178,39	180,74-180,95
Produz.-Preis	212,16	211,95
Reinzinn 99,9 %	3687-3723	3771-3815

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	25.9.	24.9.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	378,50-381,79	377,62-380,95
Blei in Kabeln	118,00-119,00	119,00-120,00
Aluminium f. Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorziehdraht	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	25.9.	24.9.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	339-341	341-344
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	379-380	380-385
MS 63	374-377	373-376

Zinn-Preis Penang

	25.9.	24.9.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	30,49	30,74

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	25.9.	24.9.
Leg. 225	335-355	335-360
Leg. 226	337-357	337-362
Leg. 231	372-390	372-395
Leg. 233	382-400	382-405

Preise für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

Platin (DM je g)	29,50	29,75
Gold (DM/kg Feing.)		
Banken-Vkfpr.	28460	28460
Rücknahmepr.	27210	27210
Gold (DM/kg Feing.) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	29270	29270
Rücknahmepr.	28510	28520
verarbeitet	30700	30700
Gold (Frankf. Börsenkurs) (DM je kg)	28700	28720
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	550,40	552,70
Rücknahmepr.	534,40	536,30
verarbeitet	574,50	576,90

Internationale Edelmetalle

	25.9.	24.9.
Gold (US-$/Feinunze) London		
10.30	328,70	328,40
15.00	328,50	327,90
Zürich mittags	329,20-329,70	328,90-329,40
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	88000	88000
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	430,55	430,00
3 Monate	442,10	441,90
6 Monate	453,40	452,65
12 Monate	477,10	475,95
Platin (£/Feinunze) London	24.9.	25.9.
fr. Markt	218,90	unerh.
Palladium (£/Feinunze) London	25.9.	24.9.
f. Händlerpreis	70,45	unerh.

New Yorker Metallbörse

	24.9.	25.9.
Gold H & H Ankauf	327,90	327,70
Silber H & H Ankauf	618,00	612,50
Platin fr. Händlerpr.	293,00-294,50	293,00-294,50
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	101,00-102,00	102,00-103,00
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
Sept.	617,00	613,00
Okt.	617,80	617,80
Dez.	626,00	627,50
Jan.	630,80	630,90
März	640,00	638,50
Mai	649,00	648,10
Juli	657,50	656,50
Umsatz	16000	19000
Kupfer (c/lb)	24.9.	25.9.
Sept.	59,80	58,50
Okt.	59,95	58,80
Dez.	60,70	59,55
Jan.	60,95	59,85
März	61,35	60,25
Mai	61,80	60,65
Juli	62,15	61,05
Umsatz	8200	7600

Londoner Metallbörse

	25.9.	24.9.
Aluminium (c/lb)		
mittags Kasse	686,00-687,00	687,00-688,00
3 Monate	708,00-708,50	709,00-710,00
Blei (£/t) mittags	284,00-285,00	286,50-287,00
3 Monate	293,00-293,50	294,75-295,00
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	955,50-956,00	950,00-950,50
3 Monate	980,00-981,00	975,50-976,00
abends Kasse	–	956,20-957,00
3 Monate	–	981,00-982,00
(Kupfer-Standard)		
mittags Kasse	941,00-942,00	943,00-944,00
3 Monate	966,00-967,00	966,00-968,00
Zink (£/t) mittags	458,00-460,00	470,00-471,00
Zinn (£/t) mittags	8675-8680	8720-8730
3 Monate	8610-8620	8680-8681
Quecksilber ($/Fl.)	–	283-294
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	65-71

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheibe (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

Rentenkurse zogen an

Das Geschäft auf dem Rentenmarkt lief nur schleppend an. Als Folge des leichten Anstiegs der US-Bonds am Vortag herrschte aber vom Beginn an eine freundlichere Stimmung. Dabei wird davon ausgegangen, daß sich weltweit die Zinssenkung fortsetzen wird. Öffentliche Anleihen lagen bis zu 0,40 Prozentpunkte fester. Langsam kehren auch hier die Ausländer als Käufer zurück. Nach dem Dollarschock hatten sie zunächst nach neuen Orientierungspunkten gesucht. Der Handel in DM-Auslandsanleihen verlief weitgehend schleppend.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschr.

Bundesbahn

M 6½ dgl. Pf 3	95,5G	95,5G
M 6½ dgl. Pf 12	95,5bG	95,5G
M 7 dgl. Pf 20	102,5bG	102,75G
B 5 Berl.Pfandb. Pf 7	105,5G	105,5G
B 7 dgl. Pf 31	101,5	101,5
B 6 dgl. Pf 34	100G	100G
B 6½ dgl. Pf 37	100,5G	100,5
Hn 5 BrHann. Hypo. Pf 1	118G	118G
Hn 7 dgl. Pf 80	100,25G	100,25G
Hn 7½ dgl. Pf 87	105,5G	105,5G
Hn 6 dgl. KS 29	90,5G	90,5G
Hn 7 dgl. KS 30	102G	102G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	123G	123G
D 5 dgl. Pf 54	117,5G	117,5G

D 4 dgl. Pf 18	109G	107G
D 6 dgl. Pf 28	100,75G	100,75G
D 6½ dgl. Pf 67	93G	93G
D 5½ dgl. KO 3+E	128G	128G
D 7½ dgl. KO 77	100G	100G
S 5 RhHyp.Mannh.Pf59	110G	110G
S 5½ dgl. Pf 107	79G	79G
S 7 dgl. Pf 125	102,5G	102,75G
S 7 dgl. Pf 128	98G	98G
S 8 dgl. Pf 177	–	–
S 6 dgl. KS 77	87,5G	87,5G
Br 5 SLKr.Ol-Br Pf17	124,25G	124,25G
Br 5½ dgl. Pf 24	107,75G	107,75G
Br 5 dgl. Pf 36	93,5G	93,5G
Br 5½ dgl. Pf 43	93G	95G

Industrieanleihen

F 7¼ dgl. 71/86	100,5G	100,5G
F 7½ dgl. 74/87	101G	101G
F 7¾ Klöckner W. 71/86	100,5T	100,5T
F 8 dgl. 72/87	102,1T	102,1T
F 6 NWK 61/86	100,1	100,1G
F 6 dgl. 62/87	100,7G	100,7G
F 6 Ob.Don.Krwk. 64/89	99,5G	99,5G
F 6 Rh.Brkw. 63/89	99,3T	99,5T
F 6 dgl. 65/90	99,1T	99,1T
F 6 RWE 63/88	99,5	99,5T
F 6 dgl. 65/90	99,25G	99,25G
F 7¼ dgl. 71/86	100,75T	100,75T
F 7 dgl. 72/87	101G	101,3
F 6 Rh.-M.-Don. 62/87	100,65G	100,65G
F 6½ dgl. 68/88	103G	103G

Optionsscheine

Optionsanleihen

Sonderinstitute

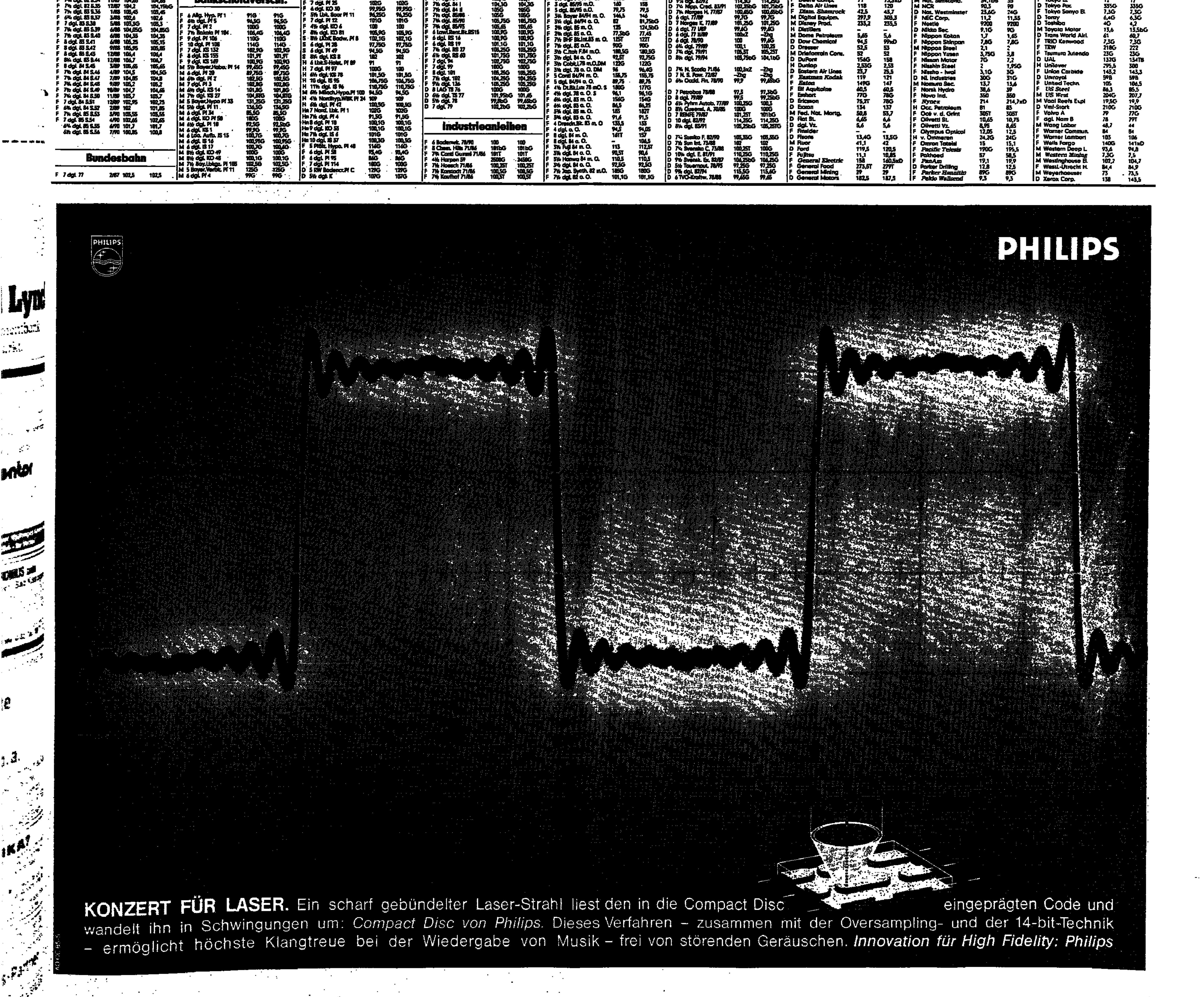
Wandelanleihen

Währungsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien in DM



Hausse bei den Aktien

Kaufaufträge aus dem Aus- und Inland fegten die Märkte leer

DW. – Der durch den Dollarsturz am Montag ausgelöste Schock ist am deutschen Aktienmarkt überwunden. Völlig überraschend für die meisten Banken traf eine Vielzahl recht massiver Kaufaufträge ein. Daran waren Ausländer, im wachsenden Umfang aber auch Inländer beteiligt. Da in den ersten beiden Wochentagen das auf ermäßigter Basis angebotene Material offensichtlich weitgehend in feste Hände gegangen ist, führte die entstandene Marktenge in zahlreichen Standardaktien zu sprunghaft steigenden Notierungen.

Von den Banken wird vermutet, daß den Kaufaufträgen der Ausländer vor allem die Erwartung einer DM-Aufwertung gegenüber den meisten anderen Währungen zugrunde liegt. Außerdem wird auf den soliden Konjunkturaufschwung in der Bundesrepublik verwiesen, sowie auf die trotz der langen Hausse international immer noch *preiswerten deutschen* Spitzenwerte. Selbst die in letzter Zeit stärker gedrückten Autoaktien nahmen an der Aufwärtsbewegung mit Tagesgewinnen bis zu 10 DM teil. Im Mittelpunkt des Interesses standen Bankaktien, wo in Einzelfällen Kurssteigerungen bis zu 20 DM zustande kamen. Bei der Commerzbank hat offensichtlich die abgeschlossene Placierung von 840 000 Stücken aus einer Optionsanleihe stammend den lange versperrten Weg nach oben freigemacht. Im Elektrobereich zogen Siemens bei hohen Umsätzen um mehr als 10 DM an, PKI lagen um 20 DM fester.

Frankfurt: Degussa kletterten um 20 DM, Salamander um 21 DM und Cassella um 5 DM. Altana zogen um 7 DM an. Binding St. verbuchten einen Gewinn von 11 DM und Tucher von 15 DM.

Düsseldorf: Audi NSU verloren *6 DM. Ver. Rumpus* gaben um 7 DM und EVA um 6 DM nach. Verbessert haben sich Heinrich um 10 DM, Nino um 7 DM und Zanders um 5 DM. Allianz Vers. verbesserten sich um 60 DM.

Hamburg: Beiersdorf erhöhten um 7 DM. Hapag Lloyd verbesserten sich um 2,80 DM. HEW gingen bis 120 DM und NWK-Vz. unverändert zu 230 DM aus dem Markt. Holsten Brauerei stockten um 8 DM auf.

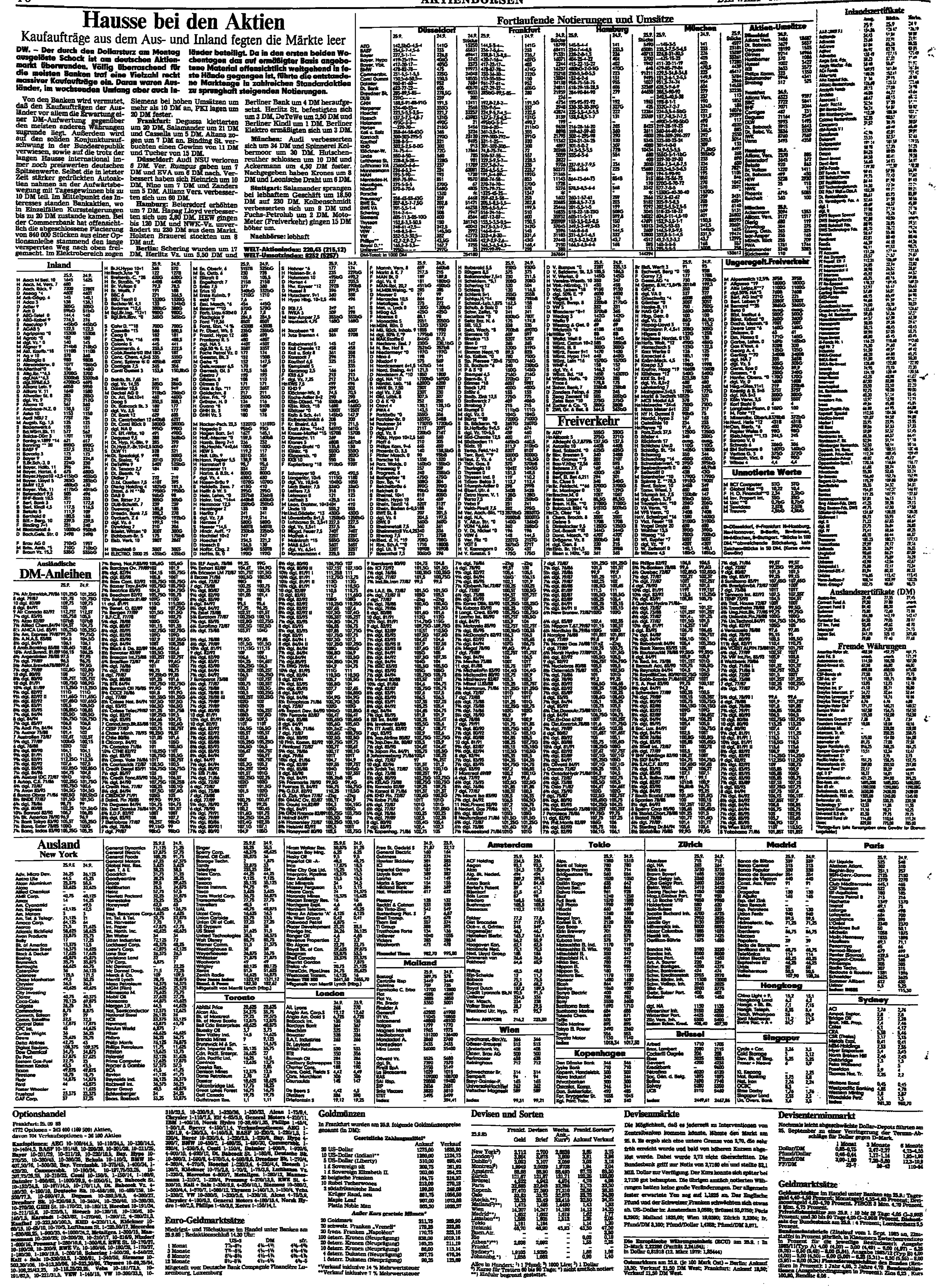
Berlin: Schering wurden um 17 DM, Herlitz Vz. um 5,50 DM und Berliner Bank um 4 DM heraufgesetzt. Herlitz St. befestigten sich um 3 DM, DeTeWe um 2,50 DM und Berliner Kindl um 1 DM. Berliner Elektro ermäßigten sich um 3 DM.

München: Audi verbesserten sich um 34 DM und Spinnerei Kolbermoor um 30 DM. Hutschenreuther schlossen um 10 DM und *Ackermann um 4,50 DM fester.* Nachgegeben haben Krones um 8 DM und Leonische Draht um 6 DM.

Stuttgart: Salamander sprangen bei lebhaftem Geschäft um 18,50 DM auf 230 DM. Kolbenschmidt verbesserten sich um 8 DM und Fuchs-Petrolub um 2 DM. Moto-Meter (Freiverkehr) gingen 15 DM höher um.

Nachbörse: lebhaft

WELT-Aktienindex: 220,43 (215,12)
WELT-Umsatzindex: 8232 (5257)



JUDO-WM

Los-Pech für die deutschen Favoriten

OLAF BROCKMANN, Seoul

Es war nach den Auslosungen zu den Kämpfen um die Judo-Weltmeisterschaften in Seoul. Klaus Glahn, einst Deutschlands bester Judoka und nun Präsident des hiesigen Verbandes, machte ein bekümmertes Gesicht. „Unsere Chancen, eine Medaille zu gewinnen," analysierte Glahn, „sind sehr gering geworden.

Was Axel von der Groeben widerfahren ist, das ist nun wirklich kein Los, um sich zu freuen. In seiner Gruppe ist alles vorhanden, was Rang und Namen hat. Wenn er dennoch eine Medaille gewinnen sollte, wäre das für mich eine große Überraschung."

Graf von der Groeben aus Köln, 123 Kilogramm schwer, 1,98 Meter groß, blond, blauäugig, gehört seit Jahren zu den besten Judo-Schwergewichtlern der Welt. Der 29 Jahre alte Europameister trifft zu Beginn der zweiten Runde auf den Sowjetrussen Grigori Weritschew, gegen den er in den bisherigen fünf Kämpfen fünfmal verloren hat. Sollte er dennoch gewinnen, ist sein nächster Gegner der japanische Top-Favorit Hitoshi Saito. Er gilt in seiner Heimat als legitimer Nachfolger des ungeschlagen zurückgetretenen japanischen Judo-Denkmals Yamashita.

Etwas besser erging es von der Groebens Zimmernachbarn Günter Neureuther aus München. Der Halbschwergewichtler muß sich zunächst mit dem Australier Dean Lamkin auseinandersetzen. Doch wenn er diesen schlägt, kommt es auch für Neureuther knüppeldick: Der nächste Gegner ist kein Geringerer als der südkoreanische Olympiasieger Hyung Joo Ha. Und dieser Mann kämpft in der neuen Olympiahalle von Seoul vor 20 000 Landsleuten. Neureuther: „Man muß sich mal vorstellen, was da im Finale los ist. Diese Kämpfe sind in Seoul seit Wochen ausverkauft."

Nur einer machte in der deutschen Mannschaft kein verdrießliches Gesicht: Olympiasieger Frank Wienike aus Hannover. Er hat einen Gegner in der ersten Runde erwischt, gegen den er sich gewissermaßen in Ruhe warmlaufen kann – den Österreicher Peter Reiter.

FUSSBALL / Die deutschen Junioren nach ihrer Niederlage nicht zur EM?

Der große Frust des Berti Vogts: „Dieser Aderlaß ist einfach zu groß"

In der Niederlage wurden die Probleme, Verärgerungen und Enttäuschungen von Berti Vogts an die Oberfläche gespült. „Der Frust setzt langsam bei mir ein", reagierte der Trainer nach dem 1:2 (0:1) der „U 21"-Auswahl des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) in Eskilstuna gegen Schwedens Junioren, das in der Europameisterschafts-Qualifikation praktisch das Aus bedeutet. „Man kann nicht immer nur für andere arbeiten, sondern will auch selbst mal den Erfolg haben", machte sich Vogts Luft. Vogts weiter: „Ich bin sehr enttäuscht, weil unsere Chance auf den Gruppensieg nun nur noch minimal ist – vielleicht fünf Prozent. Kaum ein Spieler hat diesmal Normalform gebracht. Gegen die bekannt unbequemen Schweden haben wir es nicht verstanden, ins Spiel zu kommen. Es ist das alte Lied: Der Aderlaß ist einfach zu groß."

Nilsson erzielt das zweite Tor für Schweden – Ruländer sitzt auf dem Hosenboden. FOTO: EPA

dpa/sid, Stockholm

Berti Vogts hat Probleme. Probleme, die so leicht nicht zu lösen sind, weil sie in der Struktur seiner Aufgabe liegen. Berti Vogts, der frühere Weltklasse-Verteidiger aus Mönchengladbach, ist Fußball-Trainer. Doch er ist ein Trainer ohne Mannschaft. Zwar betreut er offiziell die sogenannte Junioren-Mannschaft „U-21", doch als Mannschaft kann diese Formation kaum bezeichnet werden.

Vielmehr handelt es sich um eine Art Talentschuppen mit ständig wechselnder Besetzung. „In dieser Runde habe ich über 40 Leute eingesetzt," klagt Vogts, „schon gegenüber dem Spiel in der UdSSR gab es fünf Veränderungen." Und weiter: „Für Lehrgänge gibt es bei uns keine Zeit. Dabei ist die U-21 dür die Nationalmannschaft und auch für die Bundesliga doch so wichtig." Lehrgänge und ein fester Spielerstamm – das ist für Trainer Vogts Wunschdenken.

Die Realität aber sieht so aus: „Wer gut ist, ist weg," erklärt Egidius Braun, der Schatzmeister des Deutschen Fußball-Bundes (DFB). So ist das alles schließlich mal gedacht gewesen: Die U-21 sollte Sprungbrett für die Nationalmannschaft sein, sie ist gedacht als internationale Sichtungsbühne und zur gezielten Vorbereitung auf höhere Aufgaben. Spieler wie Völler, Littbarski, Herget, Matthäus, Frontzeck, Falkenmayer, Waas, Kögl oder Thon sind daraus hervorgegangen. Sie sind inzwischen A-Nationalspieler und haben erreicht, was Talente wie Hansi Dorfner oder Dieter Eckstein (beide Nürnberg) erst noch anstreben.

Genau da setzen die Probleme für Trainer Berti Vogts ein. Denn erstens ist die Fluktuation in der U-21 hoch. Zweitens versuchen viele Spieler, sich durch uneffektive Alleingänge in den Vordergrund zu spielen, in der Hoffnung, Teamchef Franz Beckenbauer aufzufallen. Drittens fühlen sich einige Spieler durch eine Berufung in die U-21 zurückgestuft. Vogts: „Ältere Spieler kommen nicht gern, weil man sie hier besonders kritisch sieht. Ihre Einstellung lautet: Was soll ich bei den Bubis." Viertens ist scheinbar auch die Zusammenarbeit mit dem Duo Beckenbauer/Köppel nicht optimal.

Vogts: „Zum wiederholten Mal saßen am Mittwoch A-Spieler draußen, die ich am Dienstag dringend gebraucht hätte." Gemeint waren Buchwald und Thon. „Hätte ich das rechtzeitig gewußt, hätte ich noch einen anderen nachnominieren können."

Doch Vogts trug selbst zur Schwächung seiner Mannschaft bei, indem er den Münchener Stürmer Kögl eine Stunde lang auf der Ersatzbank sitzen ließ, was besonders den schwedischen Trainer Lennartson freute: „Ich bin glücklich daüber, daß Kögl nur eine halbe Stunde spielte. Mit ihm hatten wir beim Hinspiel die größten Schwierigkeiten, und als ich die Deutschen zuletzt in Moskau sah, war er der beste Mann." Als Kögl endlich kam, lag die deutsche Mannschaft schon 0:2 zurück. Weil gleichzeitig mit Kögl (für Rummenigge) auch Christian Hochstätter (Mönchengladbach) für Stefan Reuter (Nürnberg) eingewechselt wurde, war das Auswechselkontingent bereits erschöpft, als eine Viertelstunde später der Bremer Matthias Ruländer mit einer Knöchelverletzung ausscheiden mußte.

Die Deutschen mußten mit nur zehn Feldspielern weitermachen und hatten gegen die athletischen und kampfstarken Schweden keine Chancen mehr. Während des Spiels bot sich der deutschen Mannschaft nur eine echte Torchance, nach einem Abwehrfehler der Schweden – doch Klinsmann traf nur den Pfosten, nachdem er bereits Torwart Andersson ausgespielt hatte. Das Tor schließlich resultierte aus einem Elfmeter, der von Klinsmann verwandelt wurde.

RAD / Profi Rolf Gölz auf dem Weg nach oben

Ein Zweijahresvertrag in Italien zur Belohnung

KLAUS BLUME, Bonn

Für den 22 Jahre alten Rolf Gölz aus Bad Schussenried wurde die erste Saison als Berufs-Radrennfahrer zu einem unerwarteten Erfolg. Sein italienisches Team Del Tongo-Colnago schloß mit ihm einen Zweijahresvertrag bis 1987 ab. Die WELT sprach mit Rolf Gölz.

WELT: Sie sind gut vorangekommen, Sie wollen noch besser vorankommen ...

Gölz: Das beinhaltet auch mein neuer Vertrag. Ich soll zwar Giuseppe Saronni nicht als Kapitän ablösen, aber ich soll im nächsten Jahr größere Rennen gewinnen. Dafür brauche ich eine sorgfältige Vorbereitung im Winter und deshalb gehe ich nicht zu irgendwelchen Rennen in die Halle.

WELT: Rolf Gölz als Siegfahrer – bei einem so starken Team?

Gölz: Ja, das wird sehr schwer. Wir haben vier neue Leute bekommen, zwei junge Italiener aus dem Amateur-Lager, den polnischen Profi Lang und seinen Landsmann, den Amateur-Straßenweltmeister Piasetzki. Da muß man sich durchsetzen.

WELT: Aber beim Giro d'Italia werden Sie doch wohl diesmal dabeisein?

Gölz: Wir sind 13 Leute im Team, neun dürfen beim Giro mitmachen. Also für vier kommt vorher das Aus.

WELT: Wenn Sie auf die Saison zurückblicken, wie sehen Sie diese?

Gölz: Es hat mit dem Sieg bei der spanischen Routa del Sol sehr gut angefangen. Aber dann waren die Erwartungen in der deutschen Öffentlichkeit wohl zu hoch. Um es mal so zu sagen: Ich bin zwar gut gefahren, doch die Plazierungen waren nicht immer entsprechend.

WELT: Aber beim Henninger-Rennen sind Sie Dritter geworden ...

Gölz: Mehr ging nicht. Hinter mir fuhr die gesamte Panasonic-Mannschaft, das stärkste Team der Welt. Was sollte ich allein gegen die ausrichten? Da habe ich etwas mitbekommen von den taktischen Spielchen in diesem Geschäft.

WELT: Was denn?

Gölz: Daß ich zum Beispiel immer dann, wenn es noch gar nicht sein muß, Tempo mache. Ich muß abgebrühter werden.

WELT: Ist es Ihnen nicht beim schweren Herbstklassiker von Paris nach Brüssel auch so ergangen?

Gölz: Als ich in der Spitzengruppe fuhr, auf belgischem Kopfsteinpflaster, sah ich auf einmal ein Straßenschild: noch 65 Kilometer bis Brüssel. Da dachte ich, das kann nicht gutgehen. Hinter uns kam schon wieder die Panasonic-Truppe. Und wie! Als sie uns eingeholt hatte, war ich müde, enttäuscht – einfach kaputt.

WELT: Aber es war ja ein Lehrjahr ...

Gölz: Und ich habe noch genug Moral.

WELT: Auch genug Geld verdient?

Gölz: Im Grunde ja, aber es ist wenig für das, was man tun muß.

STAND ● PUNKT / *Schmaler Grat*

Das Studium hat er nun drangegeben. Denn nach einem Jahr Profi-Dasein hat er begriffen, daß er es auf dem Fahrrad durchaus zu höherem Ruhme bringen kann. Rolf Gölz ist einer derjenigen deutschen Sportler, die mit großer Zähigkeit, mit viel Einsatz, aber auch mit einer Portion Talent im Ausland versuchen, ihren Weg zu machen.

Der junge Mann aus Bad Schussenried hätte mit seinem hervorragendem Abitur-Zeugnis durchaus erfolgreich studieren können. Eine entsprechende Karriere wäre ihm zweifelsohne sicher gewesen. Doch Gölz vertauschte diese Sicherheit mit der Unsicherheit des Radprofis. Der Grat zwischen Sieg und Debakel, zwischen Triumph und Tragik, ist äußerst schmal. Wie viele haben sich schon vorzeitg verschlissen! Viele, die mit ähnlichem Talent wie Gölz gesegnet waren.

Aber wie viele haben sich auch durchgesetzt – nicht von heute auf morgen, sondern peu à peu. Aber Rolf Gölz weiß, daß im Profi-Radsport Talent zwar viel, doch Arbeit alles bedeutet. K. Bl.

SCHACH-WM / Auch die achte Partie mußte in Moskau vertagt werden

Kasparow: Karpows Stil aufgezwungen

LUDEK PACHMANN, Bonn

Nach der 8. Partie um die Schach-Weltmeisterschaft in Moskau wird klar, daß es Weltmeister Karpow auch diesmal gelungen ist, seinen eigenen Stil weitgehend Herausforderer Kasparow aufzuzwingen. Kasparow läßt sich wie im ersten Wettkampf auch diesmal zur Wiederholung von recht farblosen Varianten verführen – die Weltmeister Karpow ausführlich analysiert, um dann kleine Vorteile zu sammeln.

Karpow (Weiß) – Kasparow (Schwarz), Damengambit:

1.d4 d5, 2.c4 e6, 3.Sc3 Le7, 4.Sf3 Sf6, 5.Lg5 h6, 6.Lh4 0-0, 7.e3 b6, 8.Lxf6 ...

Im ersten Wettkampf erreichte man dieselbe Stellung immer mit 8.Le2 Lb7, 9.Lxf6 Lxf6, 10.cxd5 exd5, 11.b4 c5. Bei dieser Zugfolge hat Schwarz die mögliche Alternative 8. ... dxc4, 9.Lxc4 Sxd7 – dies will wahrscheinlich der Weltmeister verhindern und wählt eine andere Zugfolge.

8. ... Lxf6, 9.cxd exd, 10.b4 Lb7

Hier hat Schwarz die zusätzliche Möglichkeit 10. ... c6 nebst Le6 oder Lf5, dabei bleibt jedoch der Bauer c6 schwach.

11.Le2 c5, 12.bxc bxc, 13.Tb1 Lc6, 14.0-0 Sd7, 15.Lb5 Dc7, 16.Dd3 ...(!)

Im ersten Wettkampf wurde hier ausschließlich 16.Dc2 gespielt, nun folgt ein neuer und recht starker Zug: Schlecht wäre jetzt 16. ... c4? 17.Df5 Sb6, 18.a4 etc.

16. ... Tfd8, 17.Tfd1 Tab8, 18.Lxc6 Dxc6, 19.Txb8 Txb8, 20.dxc Lxc3, 21.Dxc3 Dxe5, 22.Dxc5 Sxc5, 23.h3 Se4(!?), 24.Txd5 Tb1+, 25.Kh2 Sxf2, 26.Tc8+ Kh7, 27.Td7 a5, 28.Txf7 ...

Jedoch nicht 28.Td5(?) wegen Th1+, 29.Kg3 Se4+.

28. ... Tb2, 29.a4 Sd1(!?)

Vielleicht wäre sofort Tb4 besser, denn nach 30.Tf4 Sxf4, 31.exf4 Sd3 erobert Schwarz den Bauern a4. Falls 30.Sd4 sofort Sd1, 31.Se6 Kg6, 32.Txg7+ Kf6, 33.Td7 Kxe6, 34.Txd1 Txa4 muß die Partie ebenfalls Remis enden.

30.Te7 Tb4, 31.Sd4 Sxe3(!), 32.Sc6(!) Tc4, 33.Txe3 Txc6, 34.Te5 Tc3(!)

Die Abgabe des Bauern ist die beste Verteidigung, denn nach 34. ... Ta6 rückt Weiß seinen h-Bauern bis h5, zentralisiert seinen König, und Schwarz kann auf die Dauer den Bauern a5 sowieso nicht halten.

35.Txa5(!) Ta3, 36.h4 Kg6, 37.g4 Kf6, 38.Tf5+ Ke6, 39.Tf4 g5, 40.hxg hxg, 41.Tb4 – vertagt.

SPORT-NACHRICHTEN

275 000 Dollar Gehalt

Dallas (dpa) – Der ehemalige Leverkusener Basketballspieler Detlef Schrempf hat beim amerikanischen Profi-Klub Dallas Mavericks einen Vierjahresvertrag unterschrieben. Schrempf wird im ersten Jahr 275 000 Dollar verdienen, im zweiten Jahr dann 300 000 Dollar. Damit liegt er um 25 000 Dollar höher als der frühere Münchner Uwe Blab, der zuvor bei den Mavericks unterzeichnet hatte.

Todesopfer beim Fußball

Salzburg (dpa) – Der bei den Ausschreitungen beim Fußballspiel Salzburger AK gegen Rapid Wien schwerverletzte Salzburger Fan ist verstorben. Der 24jährige Alois Tiefengraber hatte schwere Kopfverletzungen erlitten.

Deutsches Team geplatzt

Hamburg (dpa) – Der Deutsche Tennis-Bund (DTB) gab bekannt, daß weder Claudia Kohde noch Steffi Graf die deutsche Mannschaft bei der inoffiziellen Mannschafts-WM vom 1.–13. Oktober in Japan vertreten werden. Sylvia Hanika wird wahrscheinlich wegen einer Leistenzerrung ausfallen. Damit besteht das Team aus Bettina Bunge, Myriam Schropp und Petra Keppeler.

Franko muß aufhören

Belgrad (sid) – Jugoslawiens Ski-As Jure Franko muß seine Laufbahn nach einem schweren Trainingsunfall beenden. Der 22jährige Olympiazweite im Riesenslalom zog sich schwere Hüft- und Beinverletzungen zu.

Mecir spielt zweites Einzel

Prag (dpa) – Miloslav Mecir (21) wird neben Ivan Lendl als zweiter Einzelspieler im Team der CSSR beim Daviscup-Halbfinale vom 4.–6. Oktober in Frankfurt gegen Deutschland eingesetzt. CSSR-Kapitän Jan Kodes meint, Mecirs Spielweise sei für den schnellen Hallenboden in Frankfurt besonders geeignet. Smid wird nur im Doppel spielen.

Krautzun TB-Trainer

Berlin (dpa) – Eckhard Krautzun (44), der in der zweiten Fußball-Liga bisher Union Solingen betreute, übernimmt von Sonntag an die Mannschaft des Berliner Aufsteigers Tennis Borussia. Er löst damit Gerd Achterberg ab.

Weltcup ohne Lewis

Canberra (sid) – Der vierte Leichtathletik-Weltcup vom 4.–6. Oktober in Canberra (Australien) findet ohne den amerikanischen Olympiasieger Carl Lewis statt. Aus Deutschland starten: Monika Schäfer (Fürth), Harald Schmid (Gelnhausen), Klaus Just (Kornwestheim), Jörg Vaihinger (Dortmund) sowie Sabine Braun (Leverkusen).

Nicht Heysel – Anderlecht

Brüssel (sid) – Das Hinspiel zwischen Belgien und Holland am 16. Oktober um die Teilnahme an der Fußball-Weltmeisterschaft wird nicht im Brüsseler Heysel-Stadion, sondern aus Sicherheitsgründen im Stadion von Anderlecht stattfinden.

ZAHLEN

FUSSBALL

EM-Qualifikationsspiel „U 21" in Eskilstuna: Gruppe 2: Schweden – Deutschland 2:1 (1:0), in Ostrau: CSSR – Portugal 3:1 (1:1). – Tabellenspitze: 1.Schweden 5:3 Tore/7:3 Punkte, 2. CSSR 5:3/5:3, 3.Deutschland 4:5/3:5. – **Zweite Bundesliga, Nachholspiel vom 10. Spieltag:** Karlsruher SC – Viktoria Aschaffenburg 4:2 (1:1). – Tabellenspitze: 1. Arminia Bielefeld 23:12 Tore/14:6 Punkte, 2. Fortuna Köln 21:13/14:6, 3. Karlsruher SC 17:12/13:7.

BASKETBALL

Bundesliga Männer: 1. FC Bamberg – TSV 1860 Hagen 106:84 (55:42). – Tabellenspitze: 1. TSV 04 Leverkusen 110:51 Körbe/2:0 Punkte, 2. BG Bayreuth 77:49/2:0, 3. SSV Hagen 78:62/2:0.

HANDBALL

Bundesliga Herren: Dankersen – Kiel 24:25 (7:11). – Tabellenspitze: 1. TV Großwallstadt 50:29 Tore/4:0 Punkte, 2. TuSEM Essen 48:35/4:0, 3. TuRu Düsseldorf 42:30/3:1.

RINGEN

Bundesliga, Gruppe Süd: KSV Aalen – AV Reilingen 19,5:17.

EISHOCKEY

Freundschaftsspiel: Mannheimer ERC – ZSKA Moskau 4:5 (1:3, 1:2, 2:0)

TENNIS

Internationale Meisterschaften von Spanien in Barcelona, Herren-Einzel, erste Runde: Laura (Peru) – Popp (Deutschland) 7:6, 6:0, Tulasne (Frankreich) – Schwaier (Deutschland) 6:0, 7:6. – **Zweite Runde:** Pecci (Paraguay) – Pinner (Deutschland) 5:7, 7:6, 6:3. –**Transamerica-Cup in San Francisco, Herren-Einzel, erste Runde:** Anger (USA) – Curren (USA) 7:6, 6:3, Teltscher (USA) – Wilkison (USA) 1:6, 7:5, 6:4, Kriek (USA) – Denton (USA) 6:4, 6:4, Amritraj (Indien) – Gullikson (USA) 7:5, 7:6. – **Damen-Turnier in New Orleans, erste Runde:** Evert-Lloyd (USA) – Nelson (USA) 6:4, 6:2, Shriver (USA) – Spain-Short (USA) 6:1, 6:2.

Zutiefst erschüttert trauern wir um

Axel C. Springer

Ehrenbürger von Jerusalem

Mit ihm verlieren wir einen Mann, der, innig verbunden mit unserer Stadt, sehr viel zu ihrer Entwicklung beigetragen hat. Sein Wirken für Jerusalem wird immer gegenwärtig bleiben.

Wir trauern um einen unersetzlichen Freund.

Stadtverwaltung Jerusalem
Jerusalem Foundation
Teddy Kollek

Wir trauern um das Mitglied unseres Landesbeirats Nordrhein-Westfalen, Herrn

Hans-Georg Kirstein

der am 23. September 1985 im Alter von 62 Jahren verstorben ist.

Mit Herrn Kirstein verlieren wir einen langjährigen bewährten Freund unseres Hauses, dessen sachkundigen Rat und menschliche Ausstrahlungskraft wir sehr geschätzt haben.

In Dankbarkeit nehmen wir Abschied.

Aufsichtsrat und Vorstand
der
COMMERZBANK
Aktiengesellschaft

Wir trauern um

Dr. h. c. Axel C. Springer

den treuen Freund und unermüdlichen Verfechter der Rechte Israels. Sein unersetzlicher Beitrag um Verständigung und Aussöhnung zwischen Deutschen und Juden wird für uns weiterhin Vermächtnis und Auftrag sein.

Wir werden unseren Freund und Förderer nicht vergessen.

Deutsch-Israelische Gesellschaft e. V.

Erik Blumenfeld, MdEP
Präsident

Horst Dahlhaus
Peter Dehn, MdL
Johannes Gerster, MdB
Moshe G. Hess
Prof. Dr. Karl-Hans Laermann, MdB
Heinz Striek

Vizepräsidenten

Am 18. September 1985 entschlief nach kurzer, schwerer Krankheit plötzlich mein lieber Mann, unser guter, treusorgender Vater und Opa

Carl-Heinz Höppner

im 75. Lebensjahr.

In stiller Trauer
Friedel Höppner geb. Helm
Haye Tychsen
und Frau Karin geb. Höppner
Manfred Wähner
und Frau Ingrid geb. Höppner
Kaya und Carsten

Droysenstraße 49, Hamburg 52

Die Trauerfeier hat auf Wunsch des Verstorbenen in aller Stille stattgefunden.

Dipl.-Ing.

Friedrich-Wilhelm Galladé

Geschäftsführender Gesellschafter der Firma F. W. Galladé KG.

* 22. April 1924 † 20. September 1985

Er wird in seinem Werk weiterleben.

F. W. Galladé KG.
Warmpreßwerk
5810 Witten

Geschäftsleitung, Betriebsrat und Belegschaft

Auf Wunsch des Verstorbenen fand die Beisetzung in aller Stille statt.

Anstelle zugedachter Blumen und Kränze bitten wir um eine Spende an den Verein Waisenheimat, Witten, Kontonummer 40 600, Stadtsparkasse Witten (BLZ 452 500 35).

Anonymer Aufstand der Mittelmäßigkeit? SFB-Intendant Lothar Loewe steht im Kreuzfeuer der Kritik

„Das Klima hier im Haus ist stark unterkühlt"

Es war einmal ein Sender, drinnen und draußen im Lande bisweilen als „Rotfunk" verschrien und oft mit der SPD als Mutterhaus in Verbindung gebracht. Da kam im Frühjahr 1983 die frohe Kunde, mit all dem habe es nun ein Ende. Eifer, Fleiß und journalistischer Geist seien fortan nur noch die Wellen, auf denen der SFB sende. „Märchenhaft", sagten die Berliner. Aber statt des Matriarchats begann ein Patriarchat: Lothar Loewe, einer der besten und quickesten ARD-Reporter, steht 30 Monate nach seiner Amtsübernahme als SFB-Intendant von 1406 Mitarbeitern vor einem Scherbenhaufen. Die Redakteursmehrheit – von links bis weit rechts – liegt mit Loewe über Kreuz. Der Intendant wiederum zeigt einigelnde Bunker-Mentalität. Die Lage spitzt sich zu. Dabei stand zunächst alles zum besten, als der 56jährige Ur-Berliner (parteilos) im 13. Stock des TV-Zentrums im Schatten des Funkturms seine Zelte aufschlug.

Mag sein, daß ein harter linker Kern im Sender von Anfang an gegen Loewe opponierte – die gutwillige Mehrzahl stellte sich auf Kumpel-Typ Loewe ein. Seine Maxime lautete: „Für mich ist nicht wesentlich, ob Journalisten links, rechts oder in der Mitte stehen. Entscheidend ist, daß sie ihre journalistische Arbeit so ordentlich verrichten, daß ich keinen Grund zur Beanstandung habe."

Doch bald zeigte sich, behaupten seine Kritiker, nicht Wandel durch Annäherung, sondern Wandel durch Abkanzelung. Sein Geschmack setzte den Maßstab. Der Draht zwischen oben, Mitte und Basis im Sender glimmt nur noch. Von einem 31köpfigen Rundfunkrat kontrolliert (acht Abgeordnete, 23 einflußreiche „Graue" aus allen Berliner Bereichen), demonstriert Loewe immer wieder Eigenwilligkeit. „Das Klima im Haus ist stark unterkühlt. Es bedarf dringend einer Besserung", stellte Rundfunkratchef Hans Höppner besorgt fest.

Jetzt schlug der Dauerkrach an die Oberfläche. 111 von 200 SFB-Redakteuren unterschrieben ein 19-Seiten-Papier, das ein bedrückendes Zustandsbild entwirft: Meist in vage Frageform gekleidet, werden dabei auch handfeste Verstöße gegen Geist und Satzung des SFB, Spesenordnung und allerlei persönlich-politische Verfilzereien behauptet. Niemand weiß, was aus diesem Horror-Katalog zutrifft. FDP-Chef Walter Rasch, mit drei CDU-Vertretern im Rundfunkrat gleichsam auf der Koalitionsbank und somit eine wichtige Schlüsselfigur, will der Sache aber auf den Grund gehen: „Man kann eine derartige Ansammlung von Anwürfen nicht so einfach mit einer Handbewegung vom Tisch fegen."

Dagegen befand sein Ratskollege Klaus Landowsky (CDU), der als Loewes „Entdecker", Mentor und graue Eminenz im Sender gilt, kurz und bündig: „Anonymer Aufstand der Mittelmäßigkeit." Der angesehene, alles andere als linke Berliner Journalistenverband konterte: „Pauschale Verunglimpfung".

Am kommenden Montag soll nun hinter verschlossenen Türen im Rundfunkrat ein Krisen-Management versucht werden. Die Anti-Loewe-Stimmung erhielt indes einen neuen Schub, weil die Tagesordnung weit vor Erörterung der Redakteur-Proteste zunächst die Wahl des neuen Chefredakteurs Jürgen Engert (SFB) und des neuen Programmdirektors Geert Müller-Gerbes (RTL-plus, Bonn) vorsieht. Erst unter Punkt 6 steht das Protest-Papier der 111.

Die SFB-Querelen erreichten unterdessen längst die höchste politische Ebene in der Stadt: Als kleine Acht-Prozent-Anstalt (Finanzausgleich 1985: 65,4 Millionen Mark) muß der Sender auf seinen Ruf in der ARD-Republik bedacht sein. Auf einer ARD-Sitzung am gestrigen Mittwoch in Bremen kamen bereits Drohungen zur Sprache, den bisherigen Acht-Prozent-Anteil auf fünf Prozent zu vermindern, weil der Sender seine Planungen „nicht einhalte".

Nun soll der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen in Sachen SFB ein Machtwort sprechen. Einer Großen Koalition der Vernunft, den SFB zu befrieden, steht offenbar nichts im Wege. Dies müßte auch dem CDU-Hang zur „sanften Politik", die Berlins Ansehen auch via SFB nach *draußen* trägt *und nicht* beschädigt, entsprechen. Im Rathaus Schöneberg buchstabiert man als Loewe-Nachfolger für oder vor 1988 meist nur einen Namen: Winfried Fest (CDU), Diepgens Sprecher, gebildet-gediegener Ex-Kultur-Staatssekretär.

HANS-RÜDIGER KARUTZ

KRITIK

Umständliche Giftmischerei

Es ist bekanntlich unmöglich, von Edgar Wallace nicht gefesselt zu sein. Der Slogan *galt bisher* mindestens gleichberechtigt auch für Georges Simenon. Aber seit **Sonntag** (ZDF) wissen wir, daß es doch möglich ist – und zwar mit Hilfe einer Fernsehbearbeitung.

„Sonntag" hieß nämlich der Fernsehfilm von Stanislav Barabas nach dem gleichnamigen Simenon-Roman, den wir nur pflichtgemäß zu Ende sahen; gefesselt fühlten wir uns nicht. Simenons Ehrgeiz, mehr zu sein als nur der „Maigret"-Autor, kompensiert leider nicht den dadurch entstehenden Verlust an Spannung, die sich normalerweise gegenüber der mehr äußerlichen Spannung bei Wallace durch stärkere Intensität auszeichnet. Barabas, der diesen Mangel wohl spürte, hätte besser getan, die Handlung zu konzentrieren, statt sie auszuweiten.

So zieht sich die umständliche Giftmischerei zäh und schier endlos hin, immer wieder unterbrochen von Rückblenden, kommentiert von inneren *Monologen und Selbstgesprä*chen, und zwischendurch gibt ein alter Mann makaber seinen Geist auf. Derweil plagt sich der halbherzige Schuft und Möchtegernmörder Erwin schwitzend mit seinem Rattengift, und das unbedarfte Küchenmädchen, das er verführt hat, muß aufopferungsvoll die vergiftete Suppe auslöffeln, die er eigentlich seiner Frau eingebrockt hat.

Diese aber erweist sich als eine viel kaltblütigere Mörderin und glaubt, damit den Mann wiedergewonnen zu haben, der ihr nie gehört hat. Nun sei alles wieder beim alten, sagt sie und ahnt gar nicht wie recht sie hat; denn das Alte war fürchterlich. Auf jeden Fall sollte sie fortan die eigene Küche meiden.

EO PLUNIEN

Reisen ohne Ankunft

Ein Stück Nachempfindbarkeit, ein Stück Geschichte, die sieben Leben schrieben, ein Stück ohne Firlefanz – John Sayles' **Die Rückkehr nach Secaucus** (ZDF). Ein bewegender Film über ein modernes Fähnlein von sieben Aufrechten, genauer: Schulkameraden an der US-Ostküste nahe Boston, die sich nach zehn wichtigen Jahren eigener Wegstrecken wieder zusammenfinden.

Das ist im Grunde nichts Besonderes, weil so etwas überall und alle naslang geschieht. Aber daß das so ist, macht gerade das Besondere dieses Sayles-Films aus, der so locker daherkommt wie eine szenische Improvisation von Cassavetes.

Denn diese Dreißiger sind, trotz aller biographischen Unterschiede, Repräsentanten einer Generation, die sich mit der Vietnam- und Watergate-Tragödie fürs Leben präparierte, US-spezifisch gesellschaftliche Umschwünge und Bewußtseinskorrekturen seismographisch erspürte und noch immer jene Sensibilität zeigt, die alle Voraussetzungen für Verletzbarkeiten bietet: Aus den High-School-Absolventen sind junge Erwachsene geworden, die so prädestiniert für Konflikte erscheinen wie kein andere Generation vor ihnen.

Und bei aller Ausgelassenheit zeigt sich schnell, wie wenig die meisten im Grunde tatsächlich an Lebenskraft zugenommen haben: Die Privatleben, die Innenwelten sind noch immer, was sie waren – melancholische Reisen ohne Ankünfte, am schwersten zu meistern gerade für die, die nachzudenken gelernt haben, ohne die eigenen emotionalen Vermögen zu korrumpieren. Ein ungewöhnlich schöner Film ohne Sentimentalität, aber mit jeder Menge Hautnähe und Einfühlungsvermögen.

ALEXANDER SCHMITZ





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ZDF-Info Arbeit und Beruf
10.00 heute
10.03 Beinah Trinidad
11.50 Umschau
12.10 Querschnitte
Bericht von Volker Arzt
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Ein Nest voller Spatzvögel
16.55 Denkste!?
Der Doppelgänger
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Der 7. Sinn
20.18 Streitet für die CDU ...
Heiner Geißler – der schwarze General
Von Walter Sucher
21.00 Känguru
Mit Hape Kerkeling
21.45 Bitte umblättern
Mit Beiträgen von Albert Krogmann
22.30 Tagesthemen
23.00 Heinrich Heine
Die zweite Vertreibung aus dem Paradies (1)
Zweiteiliger Fernsehfilm von Karl Fruchtmann
Mit Wolfgang Hinze, Donata Höffer, Kurt Sobotka u. a.
Regie: Karl Fruchtmann
Heinrich Heine, am 13. Dezember 1797 in Düsseldorf geboren und am 17. Februar 1856 in Paris gestorben, ist der bedeutendste Schriftsteller zwischen der Romantik und dem Realismus. Seine Lyrik, seine Ironie, seine utopisch-sozialistischen Gedanken, seine Kritik vor allem an den deutschen Zuständen verfehlten ihre Wirkung auf die bürgerliche Gesellschaft nicht.
0.45 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Unsere Nachbarn, die Briten
Wie macht man einen Gentleman?
Von Henry Livings und Bruce Mac Donald
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Tips für Aktive
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Der rosarote Panther
Zu Gast bei Paulchens Trickverwandten
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Die Nervensäge
Der Nebenbuhler
Mit Dieter Hallervorden u. a.
19.00 heute
19.30 Show & Co. mit Carlo
Made in Germany
21.00 Kontakte
Magazin für Lebensfragen
Meine Seele braucht Musik
Wie abhängig ist der Mensch von Musik? Kann sie ihn manipulieren?
Walter Harrich und Wolf-Rüdiger Schmidt erfragen bei Musikern, Normalverbrauchern und Psychotherapeuten die Wirkung von Musik auf den Einzelnen.
21.45 heute-journal
22.05 Terror
Der geheime Krieg des internationalen Terrorismus
Deutsche Fassung: Gerhard Löwenthal
2. Teil: Politik und Terror
Anschl. Diskussion mit internationalen Terrorismus-Experten
Anschl. heute

SAT 1

13.30 Kum Kum
14.00 Von drei nach zwei bis zwei vor drei
15.00 Siehste in die Welt
15.30 Musicbox
16.30 Die Bären sind los
17.00 Kobra übernehmen Sie
18.00 Abenteuer Wildnis
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick
18.45 Der Glockengießer von Tirol
Deutscher Spielfilm (1956)
20.30 Holiday Island – Die Trauminsel
21.20 Der Frauenarzt von Bischofsbrück
21.30 APF blick
22.15 Piraten wider Willen
Amerikanischer Spielfilm (1952)
23.25 APF blick

3SAT

18.00 Bilder aus Deutschland
19.00 heute
19.30 Derrick
Steins Tochter
20.30 Rundschau
Politik und Wirtschaft – aus Schweizer Sicht
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Die Welt im Jahre 2001
22.30 Lieben Sie Klassik?
23.15 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

19.30 Dr. Jonathan Ferrier (1)
20.20 RTL-Spiel
20.30 Töte Amigo
Italienischer Spielfilm (1966)
22.15 RTL-Spiel
22.25 Ladendiebstähle
23.20 Betthupferl

III.

WEST
15.00 „...die Suche nach einer bewohnbaren Sprache in einem bewohnbaren Land..."
Hommage für Heinrich Böll
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Die siebte Kavallerie
Amerikanischer Spielfilm (1956)
21.30 Zum 100. Geburtstag von Erich von Stroheim
21.45 Landesspiegel
Nicht irgendeine Reise (2)
22.15 Spanische Kunst
Eduardo Chillida
23.00 André Bazin
0.15 Letzte Nachrichten

NORD
18.30 Formel Eins
19.15 Der große Panda
20.00 Tagesschau
20.15 Die nackte Frau
Ital.-franz. Spielfilm (1981)
21.55 Anna Magnani (1)
Zweiteiliges Filmporträt
22.40 Literatur im Kreienhoop
Schriftstellerwerkstatt
0.15 Nachrichten

HESSEN
18.30 Konrad Zuse (1)
19.05 Autoreport
19.20 Wachtmeister Studer
Schweizer Spielfilm (1939)
21.05 Kulturkalender
21.30 Drei aktuell
21.45 Bild der Woche
21.55 Notizen vom Nachbarn
22.40 Dolly und Brenton (1)
Achtteilige australische Fernsehserie über ein Mädchen, das im Jahre 1880 einen Schiffsuntergang überlebt.

SÜDWEST
15.00 Wie WEST III
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Martin Luther (2)
21.10 Unser Mann in Bonn
Heiner Geißler
21.25 „Leben im Louvre der Natur"
Buschmann-Malereien
Nur für Baden-Württemberg:
22.10 Im Heim zuhause
22.50 Nachrichten
Nur für Rheinland-Pfalz:
22.10 Kulturkalender
Theater – Ausstellungen – Bücher – Unterhaltungstips
22.50 Landtag aktuell
Nur für das Saarland:
22.10 Wir spielen auf

BAYERN
19.00 Tatort
Das Mädchen auf der Treppe
20.35 Blumen für die Welt
20.45 „Ich danke Gott für jeden Tag"
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Der Panther wird gehetzt
Franz.-ital. Spielfilm (1959)
Mit Jean-Paul Belmondo u. a.
23.30 Rundschau
23.35 Actualités

Lichteffekte ohne Funken

gtl. – Das „Jahr der europäischen Musik", ausgerufen von Europarat und Europäischer Gemeinschaft, soll inmitten der überall kräftig anlaufenden Wintersaison nun noch ein „Festival Europäischer Musik" erhalten. Es findet an fünf Tagen zwischen dem 12. und 19. Oktober im Riesensaal des Berliner Internationalen Congress Centrums (ICC) statt und steht unter der künstlerischen Leitung des Domkapellmeisters Roland Bader, der den Chor der Berliner St. Hedwigs-Kathedrale leitet.

Das Besondere dabei: Bader verspricht seinem Publikum 550 Mitwirkende bei den Aufführungen der 9. Sinfonie Beethovens, des „Deutschen Requiems" von Johannes Brahms, einer konzertanten Aufführung von Verdis Oper „I Lombardi". Aber selbst ein schlichtes Sinfoniekonzert wartet mit 170 Musikern auf. Den Solisten Maurice André mit seiner Trompete und dem Dirigenten abgezogen, bleiben immer noch 168 Mitwirkende, die Tschaikowskis „Pathétique" spielen sollen, sich bei der Begleitung der Trompetenkonzerte von Haydn und Albinoni jedoch arg drängeln dürften.

Darüber hinaus wird „eine belebende Form der Präsentation" angestrebt. „Ein Farbenspiel spezieller Lichteffekte – gesteuert von programmierten Computern – begleitet die Partitur. Stimmungen der Komposition werden auf diese Art verstärkt interpretiert", heißt es in der Ankündigung. Wenn sich Beethoven, Brahms, Verdi und Tschaikowski schon nicht mehr dagegen wehren können, einer zumindest kann es: Krzystof Penderecki. Er wird am 13. Oktober (hoffentlich ohne visuellen Firlefanz) sein „Polnisches Requiem" dirigieren.

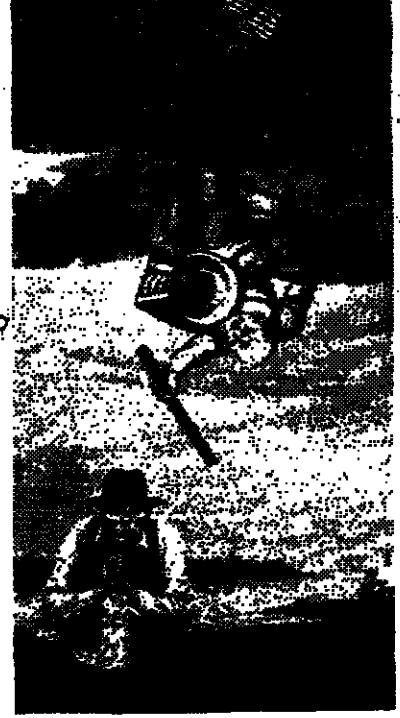
Man hofft auf ein starkes finanzielles Engagement der Wirtschaft für Baaders ehrgeizige musikalische Pläne. Denn Freude ist, wie man seit langem weiß, zwar ein Götterfunke, doch es bedarf leider beträchtlichen irdischen Kapitals, ihn zu zünden. Bleibt es aus, drehen die Götter gelassen die Daumen. Doch kann man sich paradoxerweise gerade am nicht gezündeten Funken ganz schön die kunstreichsten und tatenlustigsten Dirigentenfinger verbrennen.

Jahresausstellung des Deutschen Künstlerbundes

Tatenlose Kanalarbeiter

Im Sprengel-Museum zu Hannover steht derzeit ein Zelt, an dessen rechter Wand die gewaltige Anrede steht: „An die Mächtigen, an die Machthaber, an die Regierenden und an die übrigen Volksvertreter in der Republik!" Und an der linken Zeltwand steht: „Wir sind die ewige Buddelei & Murkserei in diesem Lande leid, haben die Arbeit hingeschmissen und sind erstmal in Urlaub!! Wenn sich die Verhältnisse in der BRD geändert haben, machen wir hier weiter! Die Kabel-Reparierer und Kanalarbeiter."

Das Kunstobjekt stammt von dem 65jährigen Karl Schaper und trägt den Titel „Protest der Kanalarbeiter". Es gehört zur 33. Jahresausstellung des Deutschen Künstlerbundes, die zur Hälfte unter dem seltsamen Thema „Ohn-Rechteck und Sockel" steht (die andere Hälfte nennt sich ganz allgemein „Prisma 85"), und damit



Matthias Koeppel: „Beckmann kehrt zurück", Öl auf Leinwand (1984) FOTO: KATALOG

Bezug nehmen möchte zu Tendenzen der 50er und 60er Jahre, als es noch Aufregung verursachte, wenn jemand den Rahmen sprengte oder die Leinwand zerschnitt.

Ein zweites Beispiel: Stefan Szczesny (Jahrgang 1951) malt ein rundes Bild in der Art der Jungen Wilden – Gesichter, Pferde, Kreuze, Bauten, symbolische Zeichen. Das Bild heißt „Metamorphosen II" und gestaltet mit bewußt primitiven Mitteln ein Gemenge an Formen und möglichen Bedeutungen. Beide Arbeiten befolgen strikt ihr Thema – kein Sockel, kein Rechteck. Beiden Arbeiten ist aber auch etwas anderes gemeinsam: Sie beziehen sich eigentlich gar nicht auf ihr Thema, sie wollen gar nicht sprengen, gar nicht attackieren, gar keinen Freiraum gewinnen. Solche Freiräume hat sich die Kunst längst geschaffen. Aber beide Arbeiten wollen offenbar auch gar keine Auseinandersetzung anregen, geschweige provozieren, weder inhaltlich noch formal.

Schapers Kanalarbeiter haben die Werkzeuge aus der Hand gelegt. Ihr Protest ist reine Rhetorik, bestenfalls ironisch gemeint. Szczesny malt auf einen runden Bildgrund wie auf einen rechteckigen – keine Grenzkonflikte, keine Abrisse, keine Spannungen. Das Runde ist eine Spielerei. Es bewegt den Bildgedanken kaum.

Im Katalog-Vorwort bestätigt Lothar Romain diese Erscheinung und verweist zugleich auf die Unterschiede zu Kunst-Tendenzen der 50er und 60er Jahre: „Der Ausbruch aus dem Rahmen knüpft dabei mehr an das Erproben des Bildes in den 50er Jahren an, wenn auch nicht in dem damaligen existenziellen Verständnis, sondern spielerischer, privater, in fröhlichem Eklektizismus und weitgehend ohne Rechtfertigungsprogramme." Romain drückt das sehr vornehm aus. Man könnte auch sagen: Hier handelt es sich um flotte Spielereien, die belanglos das wiederholen, was die Künstler „damals" als geistiges Abenteuer erlebten. Der Versuch, Freiheit zu erringen, ist in vielem, was Hannover präsentiert, zur reinen Beliebigkeit im Umgang mit ihr entleert worden. Das Epigonale geriert sich als „Lust an der Freiheit". Und das ist nun gewiß nicht miteinander identisch.

Das Fatale an vielem, was in Hannover zu sehen ist, mag noch nicht einmal das ideenlose Wiederholen einstiger Errungenschaften sein, sondern das Fehlen jedweder geistigen oder seelischen Anstrengung. Da schneidet Utz Brocksieper Metallstücke an und nennt das „Eingriff". Da knallt Yvonne Goulbier zwei Stapel fluoreszierendes Papier vor Fotos einer Kunstaktion in der U-Bahn. Da nagelt Horst Lerche ein paar gefärbte Bauholzbretter nebeneinander. Wie lange will man so etwas eigentlich noch wiederholen?

Am schlimmsten trifft das Epigonalitätsproblem naturgemäß manche von denen, die „damals" schon mit von der Partie waren und sich nun krampfhaft um eine Variation ihrer eigenen Schmalspuransätze bemühen. Der Röhrenkünstler Friedrich Gräsel zum Beispiel. Die düstere Wucht seiner frühen Ästhetisierungen eines Industrieprodukts ist heute einer Disneyland-Ästhetik gewichen. Seine bemalte Ringstele sieht aus wie ein Rettungsring-Halter aus der Fernsehserie „Traumschiff". Oder Thomas Grochowiak, der einmal zu den führenden deutschen Informellen gehörte: Eine runde Scheibe wird mit einem Dreieck konfrontiert und fleckig bemalt. Das Ausbrechen aus dem rechteckigen Tafelbild ist eine vergagte Attitüde ohne innere Zwangsläufigkeit geworden. Und das ist in der Abteilung „Prisma 85" nicht viel besser.

Eigentlich müßte es den Künstlerbund doch nachdenklich stimmen, daß sich wieder kaum einer der augenblicklich international renommierten deutschsprachigen Künstler an der Ausstellung beteiligt. Kein Baselitz, kein Beuys, kein Brus, kein Dokoupil, kein Immendorff, kein Penck, kein Gerhard Richter. Sie gehören dem Künstlerbund meist nicht an, sind aber auch nicht als Gäste vertreten.

Natürlich ist daran wieder die böse Kunstkritik schuld. Schon 1912 habe die Kritik, so wird im Vorwort geklagt, von einem „Tohubawohu" der 16. Künstlerbund-Ausstellung gesprochen. Ein glattes Eigentor! Hat man in 73 Jahren nichts dazugelernt? (Bis 27. Oktober, Katalog 22 Mark)

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

KULTURNOTIZEN

Jürgen-Dieter Waidelich, Düsseldorf, wurde in Stockholm neuer Präsident der Internationalen Arbeitsgemeinschaft der Theaterbesucherorganisationen.

Elisabeth Leonskaja wird bei den diesjährigen Römerbad-Musiktagen in Badenweiler für A. Gawrilow spielen, der aus gesundheitlichen Gründen absagte.

Der Deutsche Künstlerbund hat in Hannover einen neuen Vorsitzenden gewählt: den Bildhauer Siegfried Neuenhausen.

Französische Tapisserien aus den letzten 40 Jahren werden bis zum 31. Oktober in der Pariser Kunstakademie ausgestellt.

Dem Eau de Cologne, berühmtes Wahrzeichen der Stadt Köln, widmet das Kölnische Stadtmuseum eine eigene Ausstellung (25.9. bis 1.12.).

Andrea Palladio entwarf es, sein Sohn baute es zu Ende: Das Teatro Olimpico in Vicenza wird 400 Jahre alt

Spielstätte aus dem Geist der Antike

Mit „Ödipus Rex", der größten der griechischen Tragödien, wurde im Karneval des Jahres 1585 das Teatro Olimpico in Vicenza eröffnet. Mit „Ödipus Rex" feierte nun die „Olympische Akademie", zu deren 22 Begründern im Jahre 1556 Andrea Palladio gehörte, dessen letztes und reifstes Werk. Palladio ist kurz nach dem Baubeginn 1580 gestorben. Sein Sohn Silla hat das Teatro Olimpico, das man das schönste Theater der Welt genannt hat, nach den (verlorengegangenen) Entwürfen seines Vaters beendet. Es war der erste nachantike Theaterbau in Italien und blieb, samt seiner Geschichte, ein Unikum, wie sein Auftraggeber, die Accademia Olimpica.

„Ein Spielwerk, aber ein recht gutes, es erhält noch ein bißchen Salz und Leben unter den Leuten", notierte Goethe am 22. September 1786, nachdem er unter dem Namen Johann Philipp Möller an einer Sitzung der Akademiker teilgenommen hatte. Wie die vielen zur Humanistenzeit entstandenen Akademien widmete sich auch diese gelehrten Studien, der Kunst und der Wissenschaft mit besonderer Betonung des antiken Theaters.



Faszinosum für jeden Besucher: Das feste Bühnenbild des Teatro Olimpico, das Palladios Schüler Scamozzi 1585 errichtete FOTO: DIE WELT

Daß sie noch heute besteht und unter ihren 157 Mitgliedern auch ein paar Ausländer zählt, spricht für den Traditionsgeist der alten Römerstadt Vicetia (Vicenza), das auf seine Prospekte „Signiert von Palladio" schreibt. Denn Andrea Palladio, der 1508 in Padua geborene Sohn eines Müllers, der seine Wahlheimat mit Kirchen, Palästen und Villen aus antikischem Geist anfüllte, ist so etwas wie ihr profaner Schutzpatron. Daß er der meistbegehrte Architekt des 16. Jahrhunderts und der meistkopierte aller Jahrhunderte war, ist bekannt. Daß der Palast der Arbeiter in Leningrad, 1919 von Ivan Formin erbaut, von Palladio und sein Theater direkt vom Teatro Olimpico inspiriert wurden, ist eher ein Kuriosum.

Palladio hatte schon mehrfach Szenen für antike und humanistische Stücke geschaffen, die jeweils in Höfen oder Sälen von Palästen standen und nach der Aufführung wieder abgebaut wurden. Die Mysterienspiele waren vergessen, nur noch die Gebildeten ergötzten sich am gelehrten Theater und hätten, wenn es nicht zu teuer gewesen wäre, am liebsten steinerne Theater errichtet, wie die Antike. So erhielt Palladio 1580 auf eigene Anregung den Auftrag der Akademie, ein hölzernes Theater hinter der Mauer des einstigen Stadtgefängnisses zu bauen.

Aus seinen „Quattro libri dell'Architettura" weiß man, daß neben den kürzlich wiedergefundenen Schriften des Vitruv die antiken Theater von Rom, Gubbio, Pola, Verona und Vicenza seine Lehrmeister waren. Nicht buchstabengetreu archäologische Relikte zusammensetzend, wie die Klassizisten seiner Zeit, sondern im Geist der Antike, schuf er sein Theater. Mit dem Proszenium, auf dem sich die Handlung vollzieht, der „frons scenae" als Bühnenwand mit der „porta regalis" in der Mitte, und einem elliptischen Zuschauerraum aus 13 aufsteigenden Sitzreihen, gekrönt von einem Säulengang. Dieser Raum blieb ein architektonisches Wunder trotz moderner „Verbesserungen", die leider auch seine ehemals perfekte Akustik zerstört haben.

Das feste Bühnenbild hinter der „porta regalis", das Palladios Schüler Vincenzo Scamozzi 1585 für den „Ödipus Rex" errichtet hat, ist das Entzücken aller Besucher, aber ein Verrat an Palladios Theater. Denn die Straßen von Theben zielen in ihrer schon fast barocken trompe-l'œil-Verspieltheit zwischen statuengekrönten Palästen und raffinierten Perspektiven den Blick von der klassischen Strenge Palladios ab. Aber das stört allenfalls Puristen. Alle anderen Besucher sind zu Recht verzaubert von dieser „idealen Stadt", die eher einem Traum von Vicenza als dem armen Theben gleicht.

Mit dem Bau des „Olimpico" und der feierlichen Eröffnung, bei der Hunderte von Fackeln vor der Bühnenwand und von Öllämpchen dahinter glühten, hatte sich die Olimpische Akademie finanziell so verausgabt, daß jahrhundertelang keine Aufführung mehr in ihrem Theater stattfand. Nur „Turniere", Feste und Empfänge wurden zuweilen noch abgehalten. Zumal, da für die neue Leidenschaft des Publikums, die Oper, inzwischen auch in Vicenza ein „Italienisches Theater" mit Logenrängen erbaut worden war. Erst im 19. Jahrhundert begann eine neue Glanzzeit des Teatro Olimpico, die bis heute andauert: mit einer Aufführung von Verdis „Macht des Schicksals", mit seinem „Requiem" und 1847 mit dem „Ödipus", der seitdem zu den meistgespielten Stücken im Olimpico gehört.

Aber auch die Probleme dauern an. Das Theater ist unheizbar, also nur in den warmen Monaten zu benutzen. Palladios strenge Großartigkeit und Scamozzis festes Bühnenbild stellen Ansprüche an Schauspieler und Regisseure, die zum Fiasko führen können, wenn man sie nicht beachtet. Auch das hat Goethe erkannt und am schönsten beschrieben: „Das Olympische Theater ist ein Theater der Alten, im kleinen realisiert und unaussprechlich schön, aber gegen die unsrigen kömmt mir's vor wie ein vornehmes, reiches, wohlgebildetes Kind gegen einen klugen Weltmenschen, der, weder so vornehm, noch so reich, noch wohlgebildet, besser weiß, was er mit seinen Mitteln bewirken kann."

Auch der jetzt gespielte „Ödipus Rex" zeigt, wie schwer es ist, mit diesem Rahmen umzugehen. Der Regisseur, Renzo Salveti, hat zwar mit Recht die Tragödie ganz auf das Wort, auf die im Innern vollzogene Handlung gestellt: auf die schrittweise Enthüllung der entsetzlichen Wahrheit, die Ödipus zur Selbstblendung führt. Aber das Dunkel, in das er ihn und alle Figuren hüllt, die Lichtkegel, die sie aus ihm reißen, verführen zum schwer erträglichen Pathos.

Daß der blinde Seher Teiresias wie Ödipus in Liberty-Frauengewänder gehüllt wurde, wirkt ebenso störend wie die melodramatischen Lichteffekte, die die Figuren in der Bühnenwand und den Himmel über Theben aufleuchten lassen.

Seit ein paar Jahren findet im Olimpico regelmäßig ein Mozart-Festival statt. Seit vielen Jahren spielen hier große Solisten und Kammerensembles. Auch Ballettaufführungen klassischer und moderner Tanztruppen gastieren im Olimpico, wie die besten italienischen Theatertruppen. Warum nur haben ausländische Regisseure dieses Theaterkleinod immer noch nicht entdeckt? Sie könnten eines internationalen Publikums sicher sein, das großes Theater in einem einmaligen Rahmen zu schätzen weiß. Noch heute schwärmen die alten Theaterfreunde Vicenzas von der einzigen Ausnahme: von dem „Cid", den Jean Vilar 1952 hierher brachte, und von dem Titelhelden Gérard Philipe, der sich nach der Aufführung mit allen Mitspielern von dem jubelnden Publikum abwandte, um sich vor Palladios Genie zu verneigen.

MONIKA von ZITZEWITZ

Gitarren-Kongreß in Mettmann mit K. Jamashita

Star im zupfenden Clan

Wenn sie ihn hören, ruhen alle philologischen Stellungskriege um Fähnchen an Achteln, Punkten hinter Halben, um Crescendi, Fingernägel, Daumenfleisch, um Interpretation, Bearbeitung, Werkverrat oder -treue. Die Zunft der klassischen Gitarristen ist ein noch kleines, darum aber um so streitbareres Völkchen, und es bedürfte schon der Herabkunft eines neuen Saiten-Gottes, den Friedensfürst zu spielen im zupfenden Clan.

Der kommt nun, leibhaftig, zu seinem ersten und einzigen Konzert bislang in deutschen Landen und wird, am 27. September, dem fast schon „alt"-eingesessenen jährlichen Mettmanner Gitarren-Kongreß die Krone aller Kronen aufsetzen: Kazuhito Yamashita, 24 Jahre jung, das Gitarrengenie aus Nagasaki.

Ständig tut sich etwas um diesen jungen Virtuosen, seit er 1978 mit Interpretationen von Fernando Sor und Benjamin Britten in Japan (RCA RDC-8, wie die folgenden Platten über TIS erhältlich) und drei, vier Jahre darauf mit seiner monumentalen Bewältigung von Mussorgskys „Bildern einer Ausstellung" auch über Deutschland den Gitarrenhimmel in nie geschauten Glanz tauchte: Seit Mussorgsky nimmt der Twen es mit allem und jedem auf, und das sowohl als Bearbeiter schwieriger Vorlagen, wie auch als Gitarrenspieler: Kazuhito sprengt buchstäblich alle Grenzen des technisch Machbaren.

Im Falle dieses ungewöhnlichen Künstlers gilt das Vorurteil nicht mehr, die asiatischen Interpreten europäischer Musik ließen es an Einfühlungsvermögen fehelen, an „Seele" und angemessenem Ausdruck. Das mochte für Isaac Stern in China zutreffen, das mag auch für bestimmte japanische Jazzinterpreten angehen – für Kazuhito Yamashita gilt das nicht, sieht man einmal ab von dem schier wahnwitzigen Unterfangen, Beethovens Violinkonzert op. 61 für Gitarre zu transkribieren und es mit einem ausgewachsenen Orchester, dem New Japan Philharmonic, aufzunehmen – wie geschehen und auf Platte gepreßt im Mai 1982 (RCA RCL 8324).

Da dringt japanische Experimentierfreude durch, zugegeben, aber wer gedacht hätte, die weisen abendländischen Klassikgitarristen schüttelten darob nur geringschätzig die Häupter, der hätte geirrt: Niemand in unseren Breiten verfügte über diese Mischung aus Respektlosigkeit und virtuoser Perfektion, ein solches Wagnis anzugehen. Doch von Denkmalssturz tuschelte hier niemand. Beethoven war heil geblieben.

Kazuhito, der Gitarrist, besteht keineswegs nur aus Mussorgsky und Ludwig van, wie inzwischen seine acht, neun Platten beweisen. Im selben Jahr wie die „Ausstellung" (Ullstein-Musik RL 14203) spielte Yamashita Mompou, Manén und Tarrega ein (RCA RCL 8301) 1983, ein Jahr nach seinem Beethoven ging er wieder „fremd", nämlich mit Dvoráks Largo aus der „Neuen Welt", Liszts Ungarischer Rhapsodie (!), dem Schwan von Saint-Saëns und Paganinis Capriccio 24 (RCA RCL 8370). Noch im gleichen Jahr spielte er Sonaten ein von Turina, Lennox Berkeley, Ponce und Torroba (RCA RCL 8379), schob 1984 eine nicht minder atemberaubende Platte nach mit Asencios „Colectici Intim", Viñas' Fantasia Original und Ponces „Folia de Espana"-Variationen (RCA RCL 8398). Und im September 1984 ging er gemeinsam mit dem Jazzgitarristen und lernenden Klassikverehrer Larry Coryell ins Studio und machte aus Vivaldis „Vier Jahreszeiten" ein Duo-Ereignis, aus dem, ausgerechnet, der kleine, große Japaner als klarer Sieger hervorging: Er bewahrte das klassische Schiff vorm Sinken in blue-note-verbogenen US-Gewässern (RCA RJL 8102). Und die neueste Nachricht aus Fuji-Land: Kazuhitos letzte Einspielung soll, nicht zu fassen, Strawinskys „Feuervogel" sein.

Wie wahr: Solchen Mut, solche Kraft, solche schier unfaßbare Gelöstheit auch vor den allerschwersten Hürden hat es bislang noch nicht gegeben. Wenn Yamashita auf seiner Gitarre spielt, erschallt ein gewaltiges Orchester; da führen die Finger wahre Hexentänze auf und holen Dinge aus dem Instrument heraus, die bislang niemand in jenem kleinen braunen Körper erahnt hatte – eine gitarristische Revolution, ausgerechnet aus dem Land vom Shakuhachi und Koto.

ALEXANDER SCHMITZ

Neu im Kino: „Versteckt" von Anthony Pages

Stilles Heldenleben

Auch diesen Film aus der Zeit der braunen Menschenverfolgung sieht man wieder mit dem Willen zum Ergriffensein – aber man folgt ihm ohne Ergriffenheit. Alles mit dem besten Willen so gut gemeint, alles so redlich ausgebreitet und fleißig dokumentiert. Trotzdem kommt einem Gottfried Benns strenges Diktum nicht aus dem Sinn: „Gut gemeint" sei das Gegenteil von Kunst.

Wer die dreißiger und die noch schlimmeren frühen vierziger Jahre in Deutschland miterlebt hat, erkennt, schaudernd, so vieles wieder. Einzelheiten sind korrekt und sicher akkurat wiedergegeben. Der Ungeist der großen Judenverfolgung in jenen dunklen Jahren ist allerdings auch diesmal nur andeutungsweise, aber deshalb eben auch nur kinohaft getroffen.

Eine junge, adelige Studentin gebt im Alleingang in den Widerstand. Sie hat auf den Straßen Berlins die Untaten der braunen Horden erlebt. Sie greift ein. Sie erträgt das Unsagbare nicht. Sie versteckt einen Verfolgten in ihrer engen Studentenbude. Sie verliebt sich in ihn. Sie will ihn retten gegen die täglichen Übergriffe.

Die tapfere Rolle, die die schwedische Kirche damals in Berlin spielte, wird richtig zitiert und gezeigt. Die mutigen Schweden versuchten ja tatsächlich, unzähligen Verfolgten beizustehen, sie zu verstecken, sie, auch als das mitten im Kriege viel zu spät schien, ins Ausland zu retten.

Die junge Studentin bekommt ein Kind. Sie findet für den sogenannten „Mischling" einen vorgetäuschten Vater, einen Homosexuellen, der ebenfalls auf der Abschußliste der Nazis steht. Beiden, dem falschen Vater und dem Kind, könnte geholfen sein. Aber das Kind stirbt.

Der wahre, der junge, versteckte Jude und Vater kann das Leben im ständig bedrohten Versteck nicht mehr ertragen. Er wagt sich nach draußen. Dort wird er, während er im Park des Charlottenburger Schlosses kurz die Freiheit tief atmet und sein unerträgliches Dasein im jahrelangen Versteck vergessen will, von einem sogenannten „Judenfänger", einem abtrünnigen Juden im gedungenen Solde der Gestapo, erkannt und verfolgt.

Die unbarmherzigen Häscher dringen ein in sein Versteck. Er kann ihnen wie durch ein Wunder entrinnen. Berlin wird von den siegreichen Roten Armeen entsetzt. Wieder gerät der jahrelang Verfolgte zwischen die Fronten. Am Schluß sind beide gerettet. Eine junge Frau hat todesmutig aktiv Widerstand geleistet. Es hat sich trotz all der unsäglichen Schwierigkeiten gelohnt. Ein stilles Heldenleben soll filmisch besungen werden.

Ziemlich alles, wie es hier ausführlich gezeigt wird, ist „richtig". Aber es stimmt im ganzen wieder mal nicht. Anthony Pages hat seinen Film mit dokumentarischen Ausschnitten, sozusagen „echt", unterschnitten. Das trägt zu der wirklichen Echtheit nur geringfügig bei. Jaqueline Bisset, als der tapfere, fast heilige Engel für die Menschen im Untergrund, spielt sehr angemessen ihre schwere Rolle. Jürgen Prochnow (Der „Alte" aus dem „Boot") kann aus seiner ständigen Dulderrolle nur wenig Anteilnahme erspielen.

Irene Worth, die große englische Tragödin, gibt, sicher eindrucksvoll, die Studie einer feinen, alten, jüdischen Dame, die schließlich doch in Theresienstadt enden muß. Und doch und wiederholt: Alles so gut gemeint! Aber im Grunde eher reißerisch verrührt. Die Wirklichkeit, sie war wohl doch ganz anders.

FRIEDRICH LUFT



Die Rote Armee „befreit" Berlin: Szene aus Pages Film „Versteckt" FOTO: DIE WELT

JOURNAL

Deutsche Impressionisten für Riga gestrichen

mj. Hannover

Der Bevölkerung der lettischen Hauptstadt Riga wird die Ausstellung „Impressionisten aus dem Niedersächsischen Landesmuseum" von den sowjetischen Behörden vorenthalten. Seit dem 15. August hatten die 124 Werke in der Leningrader Eremitage große Besucherscharen angezogen; gestern sollten sie auf mehrere Wochen hinaus in Riga präsentiert werden. Nach Angaben des niedersächsischen Ministers für Wissenschaft und Kunst, Johann-Tönjes Cassens, begründeten die sowjetischen Stellen den Bruch eines entsprechenden „eindeutigen Abkommens vom 29. August" mit „Transportproblemen". Offen geblieben war bei der Vereinbarung die Durchfahrtgenehmigung durch militärische Sperrgebiete im Baltikum für die Hannoveraner Spezialtransporter; die nötigenfalls zugesagten sowjetischen Tieflader standen jetzt jedoch „nicht zur Verfügung".

Essen lädt ein zum Hearing „Kultur 90"

DW. Essen

„Forderungen der Gesellschaft an die kommunale Kulturarbeit" ist das Thema eines Hearings unter dem Titel „Kultur 90", zu dem die Stadt Essen für den 14. Oktober einlädt. Zehn Wissenschaftler verschiedener Fachrichtungen sollen Aufschlüsse geben über das Anforderungsprofil, dem sich im nächsten Jahrzehnt der von den Gemeinden getragene Kulturbetrieb ausgesetzt sieht, Auskunft, darunter die Professoren Wolfgang Wild, Alois Huning, Hans Lenk und Dieter Sauberzweig.

Alte Gewandhäuser in Krakau entdeckt

J. G. G. Krakau

Die vom deutschen Baumeister Martin Lindintoldi erbauten bekannten Krakauer Gewandhäuser rund um Ring und Marienkirche der Königsstadt hatten Vorgänger: Unterhalb der Mauern des mittelalterlichen Collegium Juridicum in der alten Krakauer Vorstadt wurde jetzt ein großes Gewandhaus freigelegt. Es stammt bereits aus den 20er Jahren des 14. Jahrhunderts, ist also um fast ein Jahrhundert älter. Die einstöckigen, 11 mal 7 Meter großen Geschäfte meist deutscher Kaufleute waren zu einem großen Warenhaus zusammengefaßt, das eine Länge von 60 Metern aufwies. In den 60er Jahren des 14. Jahrhunderts wurde das alte große Gewandhaus aus merkantilen Gründen geschlossen und die Geschäftswelt in die Innenstadt verlegt.

Wieder Verzeichnisse über Jugendliteratur

dpa, Mainz

Hilfestellung bei der Auswahl des „richtigen Buchs zum richtigen Zeitpunkt" für Kinder und Jugendliche wollen auch in diesem Jahr wieder drei Verzeichnisse des Deutschen Jugendschriftenwerks (Mainz) geben, die Ende September erscheinen. Das Verzeichnis „Deutscher Jugendliteraturpreis '85" kommentiert die mit dem jährlich verliehenen Preis ausgezeichneten Bücher und enthält die Auswahlliste der letzten drei Jahre in den Gruppen Bilderbuch, Kinderbuch, Jugend- und Sachbuch. „Von drei bis acht" ist der Titel des dritten Verzeichnisses, das für diesen Alterskreis rund 200 verschiedene Bücher und Lernspiele empfiehlt.

Kontinuität der Zeit und Roboter-Invasion

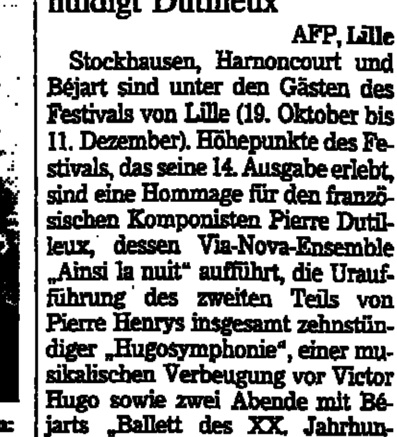
J. St. London

„Toki-Tradition in Japan te-day", so heißt das größte Festival des altherkömmlichen Japans, das je unter einem Dach in Britannien aufgezogen wurde. Es findet vom 28. November bis zum 26.1.1986 im Barbican Centre statt. Es werden u. a. Werke von fünfzig führenden „Nihonga"-Künstlern gezeigt, die, obwohl sie von westlichen Einflüssen beeinflußt werden, althergebrachte Techniken verwenden. Toki bedeutet „Kontinuität der Zeit". Zur gleichen Zeit findet eine Schau von „Karakuri ningyo" statt. Dies sind die Vorgänger der modernen Roboter. Sie wurden im 17. Jahrhundert für Festzüge entwickelt und sind in der Lage, akrobatische Bewegungen auszuführen.

Festival von Lille huldigt Dutilleux

AFP, Lille

Stockhausen, Harnoncourt und Béjart sind unter den Gästen des Festivals von Lille (19. Oktober bis 11. Dezember). Höhepunkte des Festivals, das seine 14. Ausgabe erlebt, sind eine Hommage für den französischen Komponisten Pierre Dutilleux, dessen Via-Nova-Ensemble „Ainsi la nuit" aufführt, die Uraufführung des zweiten Teils von Pierre Henrys insgesamt zehnstündiger „Hugosymphonie", einer musikalischen Verbeugung vor Victor Hugo sowie zwei Abende mit Béjarts „Ballett des XX. Jahrhunderts".



Folgenreiche Beziehung zu einem Straftäter

Staatsanwältin wegen schwerer Delikte festgenommen

UWE BAHNSEN, **Hamburg**

Einen in mehrfacher Hinsicht höchst delikaten Fall hat gegenwärtig die Staatsanwaltschaft in Hamburg zu bearbeiten: Es geht um eine Kollegin, die noch nicht auf Lebenszeit ernannte 32jährige Staatsanwältin Angelika S. Die Juristin wurde am Dienstag nachmittag in ihrer Dienststelle am Hamburger Karl-Muck-Platz aufgrund eines Haftbefehls festgenommen und nach längeren Verhören durch einen Oberstaatsanwalt in das Hamburger Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Der Grund, nachzulesen in einer gequält-sachlichen Pressemitteilung der Staatsanwaltschaft beim Hanseatischen Oberlandesgericht: Frau S. sei „dringend verdächtig, außerdienstliche Kontakte zu einem wegen Diebstahls mehrfach in Erscheinung getretenen Straftäter, den sie im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit kennengelernt hatte, unterhalten und in einem Fall mit diesem gemeinschaftlich einen Wohnungseinbruch verübt und in einem zweiten Fall dem Täter Hinweise für einen weiteren Einbruchsdiebstahl gegeben zu haben."

Doch das ist noch nicht alles. Die Frau Staatsanwältin steht ferner unter dem Verdacht, eine Straftat vorgetäuscht und Betrug begangen zu haben. Das soll sie getan haben, indem sie bei der Polizei Strafanzeige gegen Unbekannt erstattete und, so die Staatsanwaltschaft, „hierbei wider besseres Wissen behauptete, sie sei Opfer eines Raubüberfalls geworden, bei dem ihr unter anderem 15 Euro-Schecks entwendet worden seien". Auf ihren Antrag seien der Staatsanwältin von dem Geldinstitut 6000 Mark erstattet worden. Tatsächlich aber habe die Juristin die Schecks zumindest teilweise selbst unterzeichnet und auch eingelöst. Die Ermittlungen dieser Sache, so die Anklagebehörde lapidar, „dauern an".

Die Hintergründe dieses kriminologisch interessanten und menschlich tragischen Falles sind noch reichlich undurchsichtig. Fest steht bislang nur: Die Juristin, die als befähigt gilt, lebte nach dem Tod ihres Vaters mit ihrer Mutter zusammen. Bei ihrer Tätigkeit als Jugendstaatsanwältin lernte sie im Verhör einen jetzt 21jährigen Mann kennen, der mehrere Einbruchsdelikte verübt hat. Er wohnt in demselben Stadtteil wie die Juristin.

Zwischen diesem Straftäter, der sich gegenwärtig auf freiem Fuß befindet, und der Staatsanwältin entwickelte sich eine engere Beziehung. Ob daraus sexuelle Hörigkeit wurde, ist bislang nur Gegenstand von Spekulationen. Sicher ist jedoch, daß Angelika S. die ihr zur Last gelegten Taten in den wesentlichen Sachverhalten bei den Vernehmungen zugegeben hat. Der Haftbefehl wurde mit Flucht- und Verdunkelungsgefahr begründet.

Als die Staatsanwältin nach mehrtägiger polizeilicher Observation an ihrem Schreibtisch festgenommen wurde, hatte sie ihrer Mutter in einem Telefonat, das ihr noch gestattet worden war, in Aussicht gestellt, sie hoffe auf einen unverzüglichen Termin bei einem Haftrichter, um am Abend wieder frei zu sein und in ihre Wohnung zurückkehren zu können. Das erwies sich als Irrtum.

Die Hamburger Staatsanwaltschaft, der dieser Fall aus den eigenen Reihen naturgemäß besonders peinlich ist, gibt sich in der Sache zugeknöpft. Es gilt jedoch als sehr wahrscheinlich, daß die Anklagebehörde verlangen wird, ihre bisherige Mitarbeiterin zumindest so lange weiter in Haft zu halten, wie die Verdunkelungsgefahr nicht beseitigt ist. Das wird vermutlich erst dann der Fall sein, wenn der Mittäter eingehend vernommen worden ist. Dies war bis gestern mittag noch nicht geschehen.

Neue Impulse vermitteln

Deutsche Krebshilfe legte Jahresbilanz 1984 vor

EVI KEIL, **Bonn**

Die Arbeit der „Deutschen Krebshilfe" ist auch nach dem Tode ihrer Gründerin Mildred Scheel außerordentlich populär. In diesem Jahr haben bis Ende August Bürger der Bundesrepublik Deutschland schon mehr als 20 Millionen Mark gespendet. Dies gab gestern in Bonn der Vorstandsvorsitzende der Krebshilfe, Sparkassenpräsident Helmut Geiger, bekannt. 1984 hatte die Deutsche Krebshilfe, die jetzt seit elf Jahren besteht, ihr zweitbestes Jahr: Sie nahm 30,2 Millionen Mark ein. Insgesamt beläuft sich das Spendenaufkommen inzwischen auf 243 Millionen Mark.

Bei Vorlage der Jahresbilanz 1984 gab Geiger zu, daß es immer noch ein schier unlösbares Problem gebe: Bisher sei es nicht gelungen, eine Nachfolgerin für Mildred Scheel zu finden. Geiger: „Das Thema ist schwierig und delikat."

Die Krebshilfe versuchte dennoch, einen Ausweg zu schaffen: Sie ernannte die Freiburger Universitätsprofessorin Sabine von Kleist, Direktorin am dortigen Institut für Immunbiologie, zur stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstandes. Frau von Kleist war mit Mildred Scheel befreundet. In Bonn erklärte sie gestern, sie wolle versuchen, Frau Scheels Lebenswerk fortzuführen.

Bei ihren vielen Tätigkeiten hat die Deutsche Krebshilfe 1984 wieder Schwerpunkte gesetzt. Sie unterstützte vor allem onkologische Arbeitskreise an regionalen Schwerpunktkrankenhäusern mit dem Ziel, später einmal allen Krebskranken im Lande eine optimale Krebsdiagnostik, Krebstherapie und Krebsnachsorge anbieten zu können.

Auf Wunsch vieler Spender wurden noch mehr Gelder für die Krebsforschung eingesetzt. So finanziert die Krebshilfe unter anderem eine Professur für chirurgisch-onkologische Therapieforschung und Nachsorge an der Uni Heidelberg. Der Krebschirurgie in der Bundesrepublik sollen neue Impulse vermittelt werden. Die Deutsche Krebshilfe beteiligt sich mit 2,5 Millionen Mark.

Weitere Stiftungsmittel erhielt die Modellstation zur Betreuung Schwerstkranker an der Chirurgischen Universitätsklinik Köln. Schwerpunkt der Forschung ist die Schmerztherapie. Es ist eben jene Station, auf der auch Mildred Scheel lag. Für drei Jahre sind insgesamt 809 000 Mark an Geldern eingeplant.

Zu den großen Projekten der Krebshilfe gehört weiterhin das Leukämie-Therapie-Forschungsprogramm an der Universitätskinderklinik München, ein Programm, in dessen Mittelpunkt die Knochenmarktransplantationen stehen. Mehr als eine Million Mark gibt die Krebshilfe dafür aus, über sechs Jahre verteilt. Eine erste Erfolgsbilanz zeichnet sich ab: „Die Überlebenschancen leukämiekranker Kinder konnten erheblich verbessert werden", heißt es heute.

Die von Mildred Scheel ins Leben gerufenen Experten-Treffen gehen weiter: Vom 3. bis 5. Oktober befassen sich internationale Krebsforscher in Bonn mit der Rolle von Viren bei der Entstehung menschlicher Tumoren. „Ein Thema, das bei der Diskussion um Aids-Erkrankungen wieder Brisanz erhalten hat", so Geiger.

Helmut Geiger gab bekannt, daß nach dem Tode von Frau Scheel 335 000 Mark an Kondolenzgeldern in die Kasse der Krebshilfe flossen. 1984 kamen weitere 13,2 Millionen über Erbschaften.

WETTER: Zunehmend freundlich

Wetterlage: Eine vom nördlichen Mitteleuropa bis nach Skandinavien reichende Hochdruckzone verstärkt sich und bestimmt zunehmend das Wetter in Deutschland.

Deutscher Wetterdienst 25. September 1985, nachm.

Vorhersage für Donnerstag:

In ganz Deutschland in den Frühstunden Bildung von Nebel oder Hochnebel. Nach dessen Auflösung wolkig mit zunehmenden Aufheiterungen und trocken. Tageshöchsttemperaturen im Nordosten um 15, im übrigen Gebiet zwischen 18 und 22 Grad. Nächtliche Tiefstwerte zwischen 10 und 5 Grad. Schwachwindig.

Weitere Aussichten:

Weiterhin sonnig und warm, keine Niederschläge.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Ort	Temp.	Ort	Temp.
Berlin	15°	Kairo	36°
Bonn	14°	Kopenh.	12°
Dresden	17°	Las Palmas	25°
Essen	15°	London	17°
Frankfurt	16°	Madrid	21°
Hamburg	13°	Mailand	24°
List/Sylt	12°	Mallorca	21°
München	20°	Moskau	8°
Stuttgart	19°	Nizza	24°
Algier	26°	Oslo	10°
Amsterdam	17°	Paris	20°
Athen	31°	Prag	18°
Barcelona	25°	Rom	25°
Brüssel	15°	Stockholm	9°
Budapest	23°	Tel Aviv	28°
Bukarest	23°	Tunis	28°
Helsinki	9°	Wien	21°
Istanbul	25°	Zürich	21°

Sonnenaufgang* am Freitag: 7.16 Uhr, Untergang: 19.09 Uhr; **Mondaufgang:** 19.05 Uhr, Untergang: 5.05 Uhr

*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Deutsche Helfer bergen Überlebende in den Trümmern von Mexico City



Etwa 70 der berühmten Wandmalereien („Murales") in Mexico City sind durch das Beben so schwer beschädigt worden, daß sie kaum noch zu restaurieren sind. Die Abbildungen zeigen Diego Riveras Serie „Corridos" im teilweise zerstörten Erziehungsministerium (v. l. n. r.): „Die Arbeiter besetzen die Fabrik", „Dreieinigkeit", „Die Nacht der Reichen" und „Sieg über die bürgerliche Kunst" aus den Jahren 1926–28 FOTOS: DIE WELT

„Keiner von uns wird diesen Einsatz vergessen"

WERNER THOMAS, **Mexico City**

Sie sind erschöpft, unrasiert und überwältigt von ihren bisherigen Eindrücken und Erlebnissen. „Das waren harte Tage", sagt Hartmut Grütter (45) in der Kommandozentrale des Camino Real-Hotels. Der Düsseldorfer leitet seit Samstag den Einsatz der deutschen Rettungsmannschaft in Mexico City. Das Technische Hilfswerk (THW) stellte 56 Leute, der Arbeitersamariterbund fünf Mann. Zu dem Team gehören noch zwölf Spürhunde. Die bisherige Bilanz: Drei Überlebende wurden geborgen und die Vorbereitungen für sechs Lebensrettungen geleistet. Die Deutschen zogen ein Todesopfer aus den Trümmern und informierten mexikanische Bergungsgruppen über den Fundort von 87 Leichen.

Schon gleich nach der Ankunft am Samstag mittag mit der Lufthansa-Maschine ging es los. Die erste Einsatzstätte war ein eingestürzter Kindergarten. Hundeführer Leo Salzig von der Freiwilligen Feuerwehr Lahnstein (Rheinland-Pfalz) berichtet: „Ein unglaublicher Schock." Seine Staffel entdeckte nur noch Kinderleichen, viele plattgedrückt von den Betonmassen. Überall Puppen und Spielsachen. Die Deutschen hatten noch nie eine Katastrophe dieses Ausmaßes erlebt.

Uwe Bollinger (27) von der Freiwilligen Feuerwehr Frankenthal (Rheinland-Pfalz) erzählt über eine äußerst gefährliche Arbeit. Oft drohten die Trümmerberge einzustürzen. Oft konnten die Hunde Lebenszeichen registrieren, aber eine Rettung war unmöglich, weil die Überlebenden unter brüchigen Ruinen lagen und ausströmendes Gas den Einsatz von Schneidbrennern unmöglich machte. Betondecken von 20 Zentimeter Stärke liegen in zehn bis 15 Schichten übereinander, so daß nur mit schwerem Hebegrät gearbeitet werden kann. Die Suche geht rund um die Uhr. Nachts wird bei Flutlicht gearbeitet.

Gewöhnlich fährt ein Erkundungstrupp morgens zwischen sechs Uhr und 6.30 Uhr in die zerstörten Innenstadtbezirke und stellt fest, wo sich ein Einsatz lohnen könnte. Dann schickt Grütter eine der drei Hundestaffeln los, die aus Rheinland-Pfalz und Wesel (Nordrhein-Westfalen), stammen. Die Hunde, die in den Zimmern ihrer Führer im Camino Real schlafen dürfen, dem vornehmsten Hotel der mexikanischen Hauptstadt, können zwischen Überlebenden und Leichen unterscheiden. Sie bellen aufgeregt, wenn sie ein Lebenszeichen wittern. Sie winseln und gehen rückwärts, wenn sie Leichengeruch schnuppern.

Hundeführer Salzig: „Auch die Hunde scheinen dann deprimiert zu reagieren." Mit jedem weiteren Tag schwindet die Hoffnung auf die Rettung Überlebender. Es kommt einem Wunder gleich, daß am Dienstag noch 20 Erdbebenopfer lebend aus den Trümmern gezogen werden konnten. Unter ihnen sechs Babys in dem schwer beschädigten Krankenhaus „Centro Medico".

Grütters Stellvertreter Hans-Georg Schneider (31), ebenfalls aus Düsseldorf, sagte: „Normalerweise sind die Überlebenschancen nach 120 Stunden unter solchen Bedingungen gleich null."

Die letzten Erfolgsmeldungen veranlaßten die Behörden jedoch, den Beginn der geplanten Sprengmaßnahmen noch einmal zu vertagen, trotz der wachsenden Seuchengefahr. Sie trafen die Entscheidung, alle Gebäuderuinen und die vom Einsturz bedrohten Gebäude, etwa 700 Häuser, samt den noch eingeschlossenen Leichen beseitigen zu lassen.

Die deutschen Rettungsarbeiter glauben, daß man sich in der Bundesrepublik kein genaues Bild über die Situation der Stadt machen kann. Leo Salzig: „Es ist schlimm, aber nicht so schlimm, wie viele Leute im Ausland glauben." Man erlebt zwei Mexico Citys. Im größten Teil dieser 18-Millionen-Metropole verläuft das Leben normal. Die Sonne scheint, die Regenzeit ging bereits zu Ende.

Nur in dem abgesperrten Ruinenviertel, das ausgerechnet im Zentrum liegt, herrscht Katastrophenstimmung: Trümmer, Ambulanzwagen, Sirenengeheul, Zeltsiedlungen aus bunten Plastikplanen, weinende Menschen und süßlicher Leichengeruch. Diplomatische Beobachter schätzen, daß nur zwei Prozent der Bevölkerung von der Tragödie direkt betroffen wurden.

Die deutsche Rettungsmannschaft wird voraussichtlich am kommenden Samstag wieder in die Heimat zurückkehren. Hartmut Grütter meint: „Keiner von uns wird diesen Einsatz so schnell vergessen." (SAD)

Verschlossene Türen?

p. p.-**Bonn**

Das Bemühen von Deutschen, etwas über ihre Verwandten in Mexico City zu erfahren, kennt keine Grenzen. So wurde in einem Fall mit Hilfe von Amateurfunkern Südamerika erreicht, ein dortiger Amateurfunker bekam Verbindung zum „Kollegen" in den Außenbezirken der mexikanischen Hauptstadt, telefonisch konnte die Gesuchte erreicht werden – und so konnte die Freudenbotschaft auf dem gleichen verschlungenen Weg wieder nach Deutschland übermittelt werden.

Inzwischen hat auch ein ausführlicher Brief, der von einem KLM-Piloten mitgenommen wurde, über die Niederlande die Heimat erreicht. Darin wurde offenbar, was auch der Oberstaatsanwalt und Tourist Fred Sahlmüller inzwischen als massiven Vorwurf erhoben hat: Die Deutsche Botschaft sei während des größten Chaos nicht besetzt gewesen, habe sich ins Wochenende begeben. Übereinstimmend wird von einem Schild berichtet: „Heute geschlossen". Auch telefonisch gab es keine Verbindung. Unter dem Datum 21. September heißt es: „Sie waren noch nicht einmal heute morgen zu erreichen."

Doch das Auswärtige Amt in Bonn bestreitet: Die Botschaft sei rund um die Uhr besetzt gewesen, habe 15 Listen mit mehr als 800 Namen nach Deutschland übermittelt und 1400 Anfragen beantwortet. Man habe sogar den Österreichern noch „Nachbarschaftshilfe" geleistet. Die Tür sei offen gewesen, das Dienstzeit-Schild nicht abgehängt worden.



Aufräumtrupps beherrschen das Bild der schwer betroffenen Bezirke von Mexico City. Immer noch werden Überlebende geborgen FOTO: DPA

LEUTE HEUTE

Abgeschirmt

Ma Anand Sheela (Silverman), die angeblich abtrünnige Vertraute des indischen Gurus Bhagwan **Shree Rajneesh**, hält sich gegenwärtig auf der Nordseeinsel Juist auf. Das wurde gestern vom Hotel bestätigt, in dem sie abgeschirmt zusammen mit rund 15 Vertrauenspersonen wohnt. Nach Angaben der Polizei liegt gegen Sheela und ihre Begleiter nichts vor, was die Behörden zum Handeln veranlassen müßte. Sheela äußerte sich jetzt auch zu ihrem „Ausstieg": Als sie erfahren habe, daß Bhagwan im fernen Oregon sogar Rauschgift einsetze, um seinen Jüngern, den Sanyasin, Geld zur Anschaffung seiner Rolls-Royce-Flotte zu entlocken, habe sie nicht mehr bleiben können.

Ungeschminkt

Die UNO-Frauenrechtskonferenz in Nairobi im vergangenen Juli scheint bei dem kenianischen Staatssekretär für Umwelt und Bodenschätze, **Martin Shikuku**, keinen Eindruck hinterlassen zu haben. Das Regierungsmitglied übte jetzt Kritik an den Stewardessen der kenianischen Fluggesellschaft „Kenya Airways". Einige der Damen an Bord seien „nicht schön, tragen Perücken und malen sich die Lippen derart rot an, daß sie wie die Vampire aussehen", erklärte er ungeschminkt.

Hingenommen

Der Münchener Heilpraktiker **Manfred Köhnlechner** nimmt anonyme Drohbriefe mit Geldforderungen nicht ernst. „Ich bin nicht erpreßbar", sagte der 59jährige gestern vor dem Münchner Landgericht im Erpressungsprozeß gegen einen 43jährigen ehemaligen Kampfschwimmer der „DDR"-Volksarmee. Dieser soll von Köhnlechner 1983 unter der Androhung der „totalen Vernichtung" zwei Millionen Mark verlangt haben. „Ich reagiere sicherlich atypisch", sagte Köhnlechner. Auch der frühere CSU-Schatzmeister im Bezirk Oberbayern, der 49jährige Rechtsanwalt **Karl-Heinz Aigner**, und der Literaturagent **Josef von Ferenczy** (66) hatten zur gleichen Zeit Erpresserbriefe derselben Machart erhalten. „Für mich war das leider kein Novum", sagte Ferenczy, „ich habe die Sache ernst genommen und meine zwei Enkelkinder sofort nach Kitzbühel bringen lassen."

Herstatt-Pleite vor Bundesgerichtshof

DW. **Köln/Karlsruhe**

Die größte Bankpleite der Nachkriegszeit – der Zusammenbruch des Kölner Privatbankhauses I. D. Herstatt am 26. Juni 1974 – wird jetzt die Richter des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe im Revisionsverfahren beschäftigen. Nach jahrelangen Prozessen vor dem Kölner Landgericht waren Bankangestellte und Devisenhändler zu Freiheitsstrafen zwischen zwei und siebeneinhalb Jahren wegen Konkursvergehens, Betruges und Untreue verurteilt worden. Der einstige persönlich haftende Gesellschafter der Bank, Iwan David Herstatt, „kassierte" viereinhalb Jahre. Am 16. Oktober werden sich die Bundesrichter mit dem Fall des Ex-Bankiers in mündlicher Verhandlung befassen. Dabei geht es um die Frage, ob Herstatt nach Bekanntwerden des Zusammenbruchs rund 200 000 Mark an seine Tochter und eine Bekannte aufgrund von Verpflichtungen und Schenkung zurecht gezahlt hat.

Spiele '85 – Ernst und Scherz vereint

GABRIELE HERLYN, **Essen**

„Wir suchen im Spiel die Gerechtigkeit, die im Leben nicht herrscht", sagt Alex Randolph, der Altmeister unter den Spiele-Erfindern. Der ehemalige Agent im US-Geheimdienst hat die aktuelle Antwort auf Bonns derzeitige Sicherheitsprobleme gefunden, sozusagen spielerisch. Dokumentenbeschaffung lautet der Auftrag in „Top secret", in den zwei bis vier Spione verwickelt sind. Wer ist der Verräter unter ihnen? „Top secret" – verraten wird von der Herstellerfirma nur, daß dieses Gesellschaftsspiel dem Bundesinnenministerium vor der Weltpremiere am kommenden Freitag frei Haus geliefert wurde.

Alex Randolph gehört zu den etwa 40 Erfindern von Spielen, die jetzt auf den „Deutschen Spielertagen '85" vorgestellt werden. Bis zum 29. September heißt es in drei Hallen der Essener Messe „Komm, spiel mit". Auf 11 000 Quadratmetern beweisen 110 Aussteller die Kreativität dieser Branche.

Der Trend bei Spielen geht zum Hochwertigen – für Jugendliche wie für Erwachsene. Brettspiele liegen mit 44 Prozent in der Beliebtheitsskala ganz vorne, gefolgt von Karten (39 Prozent) und Würfelspielen (sieben Prozent). Zuwachsraten von derzeit mehr als sieben Prozent bei einigen Herstellern sprechen dafür. Doch will man den Prognosen für das Jahr 2000 glauben, wird die Bedeutung kommunikativer und kreativer Gesellschaftsspiele für die Freizeitgestaltung noch deutlich zunehmen.

In Essen können jetzt wieder Autoren, Hersteller, Versender und Spieler voneinander lernen, getreu dem Motto von Otto Robert Maier „Unterhaltung und Regierung, Ernst und Scherz aufs glücklichste zu vereinen". Seine von ihm 1883 gegründeten „Ravensburger Spiele" – heute Deutschlands ältester und größter Fabrikant dieser Branche – sind ebenso mit von der Partie wie ein deutsches Trio, das mit dem anspruchsvollen „Senator" den Spielmarkt erobern will. Auf fünf Aktionsflächen mit integrierten Ausstellungsflächen gilt es auszuprobieren, zu lernen und Spaß zu haben. Anfassen und fragen ist erwünscht.

„Komm, spiel mit" läßt die Kleinen vergessen, daß die Großen die Hauptpersonen sind. Bei Weltaufführungen wie „Müller und Sohn" von Autor Reinhold Wittig, bei der Einführung in Neuheiten wie dem Umweltspiel von Gilbert Obermair „Macht die Bäume wieder grün", Randolphs Wortlegespiel „Jago", oder dem 6300 Fragen starken „Quiz Royal". Wer Bumerang und Drachen bauen und auch fliegen lassen will, kann dies und darf dies.

Schach in Literatur, am Computer oder mit Experten, asiatische Spiele aller Art, Spezialrätsel für hochbegabte Köpfe, Kostproben großer Zauberkünstler, Unterricht im Einzelspiel mit Karten, dem Tarot, das zur Zeit eine enorme Renaissance erlebt – Spielspaß ohne Grenzen für jeden Geschmack.

Nur Video und kriegsähnliche „Ballerspiele" bleiben vor der Tür. Freitag, Samstag und Sonntag üben sich Anfänger wie Experten in Science-fiction-, Wildwest-, Wirtschafts- und Rollenspielen.

Der Kritikerpreis für das Spiel des Jahres wird „Sherlock Holmes Criminalcabinet" (Franckh Kosmos) verliehen, einem Detektivspiel, das sich durch eine einfühlsam hergestellte neue Einheit von literarischer Vorlage und Elementen des Rollenspiels auszeichnet.

Mehr als 15 Verletzte bei Anschlag in Rom

dpa, **Rom**

Bei einem Bombenanschlag auf das Büro der Fluggesellschaft „British Airways" in Rom sind gestern mindestens 15 Menschen, zum Teil schwer, verletzt worden. Wie bei dem Anschlag auf ein Straßencafe der italienischen Hauptstadt vor neun Tagen waren die Ermittler auch diesmal sicher, daß Terroristen aus dem Nahen Osten hinter dem Verbrecher stehen. Ein junger Mann, der nach eigenen Angaben ein Palästinenser aus einem Flüchtlingslager in Beirut ist, wurde unmittelbar nach der Explosion im Innenstadtbüro der britischen Fluggesellschaft verhaftet. In drei nahegelegenen Krankenhäusern wurden 15 Männer und Frauen behandelt. Die 33jährige Italienerin Raffaella Leopardo schwebte mit schweren Verbrennungen in Lebensgefahr. Der Tatort an der Via Bissolati liegt nur wenige hundert Meter entfernt vom „Cafe de Paris" an der Via Veneto, wo neun Tage zuvor bei einem Anschlag 39 Menschen verletzt wurden. Auch nach diesem Verbrechen war ein Palästinenser, der allerdings die Tat leugnet, verhaftet worden.

Umweltschutzkarte

AP, **Freiburg**

Die Einwohner von Freiburg werden auch künftig besonders preiswert mit Straßenbahn und Bus fahren können: Ohne Gegenstimme entschied sich am Dienstag abend der Gemeinderat der Stadt für die Fortführung des vor einem Jahr zunächst als Experiment beschlossenen Umweltschutz-Abonnements. Seither kostet eine frei übertragbare Monatskarte nur noch 38 statt zuvor 51 Mark, Schüler, Studenten und Auszubildende zahlen für ein solches, allerdings nicht übertragbares Ticket nur 32 Mark.

Schüler beging Raubmord

dpa, **Kleve**

Ein 16jähriger Schüler aus Weeze im Kreis Kleve wurde zum Mörder, weil ihm nach Biergenuß und Diskothekenbesuch das Geld ausgegangen war: Er tötete eine 69jährige Kioskbesitzerin für rund 200 Mark, die er aus der Ladenkasse raubte. Die Jugendstrafkammer des Landgerichts Kleve verurteilte den Schüler gestern wegen Raubmordes zu acht Jahren Jugendstrafe.

Studienwünsche

dpa, **Köln**

Die Abiturientinnen in der Bundesrepublik Deutschland möchten immer noch vielfach traditionelle Frauenberufe ergreifen, insbesondere den der Lehrerin. Wie das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln gestern berichtete, standen im Wintersemester 1984/85 Sprach- und Kulturwissenschaften, Veterinärmedizin und Kunst in der Gunst der Studienanfängerinnen obenan. Diese Fächer seien von gut einem Drittel der rund 66 000 Studienanfängerinnen belegt worden. In diesen Studiengängen stellten Frauen mit jeweils über 69 Prozent auch den größten Anteil an den Erstimmatrikulierten.

ZU GUTER LETZT

Drei Gründe machte ein Heidelberger Jura-Student dafür verantwortlich, daß er auch beim zweiten Anlauf durch die erste Staatsprüfung gefallen war: Erstens habe eine Neonleuchte über seinem Arbeitsplatz geflackert. Zweitens sei im Prüfungsraum die Temperatur zu hoch und die Luft „zum Schneiden dick" gewesen, und drittens habe Baulärm auf der Straße vor dem Prüfungsgebäude seine Konzentration gestört.